



# ZivilCourage

Magazin der DFG-VK

## „Die Waffen nieder!“

Gilt das auch heute noch?

*Erklärung des DFG-VK-Bundesverbands: Gewalteskalation in Nahost stoppen*

*Margot Käßmann: Die Aktualität des Rufs „Die Waffen nieder!“*

*Helmolt Rademacher: Ohne Zweifel gibt es keinen Dialog*

*Stefan Philipp: Steinmeier und andere Verfassungsfeinde*

## Adressen

### DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart  
Telefon 0711 - 65 29 62 46  
E-Mail [verwaltung@dfg-vk.de](mailto:verwaltung@dfg-vk.de)  
E-Mail [shop@dfg-vk.de](mailto:shop@dfg-vk.de)

### Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer  
Telefon 0176 - 23 57 52 36  
E-Mail [svg@dfg-vk.de](mailto:svg@dfg-vk.de)

### Bundessprecher:innenkreis

- Ralf Buchterkirchen  
E-Mail [buchterkirchen@dfg-vk.de](mailto:buchterkirchen@dfg-vk.de)
- Jürgen Grässlin  
E-Mail [graesslin@dfg-vk.de](mailto:graesslin@dfg-vk.de)
- Fabian Grote  
E-Mail [grote@dfg-vk.de](mailto:grote@dfg-vk.de)
- Shari Kohlmeyer  
E-Mail [kohlmeyer@dfg-vk.de](mailto:kohlmeyer@dfg-vk.de)
- Christoph Neeb  
E-Mail [neeb@dfg-vk.de](mailto:neeb@dfg-vk.de)
- Marius Pletsch  
E-Mail [pletsch@dfg-vk.de](mailto:pletsch@dfg-vk.de)
- Jan Sander  
E-Mail [sander@dfg-vk.de](mailto:sander@dfg-vk.de)
- Thomas Carl Schwoerer  
E-Mail [schwoerer@dfg-vk.de](mailto:schwoerer@dfg-vk.de)
- Hauke Thoroë  
E-Mail [thoroë@dfg-vk.de](mailto:thoroë@dfg-vk.de)
- Adrián Villa Urrego  
E-Mail [villa@dfg-vk.de](mailto:villa@dfg-vk.de)

### Landesverbände und Gruppen:

[www.dfg-vk.de/kontakte](http://www.dfg-vk.de/kontakte)

### Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK

E-Mail [stiftung@dfg-vk.de](mailto:stiftung@dfg-vk.de)  
[www.bertha-von-suttner-stiftung.de](http://www.bertha-von-suttner-stiftung.de)

### Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK

<http://cvo.dfg-vk.de/cvo-start>

### Redaktion *ZivilCourage*

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart  
Telefon 0711-51 89 26 20  
E-Mail [zc@dfg-vk.de](mailto:zc@dfg-vk.de)



Liebe Leserin, lieber Leser, das Massaker, das Hamas-Terroristen am 7. Oktober in Israel begangen haben, war ein abscheuliches Verbrechen, für das es weder entschuldigende noch rechtfertigende Gründe gibt. Ich kann die blinde Wut verstehen, die viele angesichts dieses Massenmords empfinden. Aber blinde Wut ist eben: blind. Deshalb stimme ich dem US-Präsidenten Joe Biden zu, der bei einer Rede Mitte Oktober in Tel Aviv Israel davor gewarnt hat, die Fehler der USA nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zu wiederholen. Diese waren, auch wenn Biden dies nicht explizit so sagte, die Kriege in Afghanistan und dem Irak mit Hunderttausenden von Toten, Verletzten, Traumatisierten und der Zerstörung weiter Landstriche sowie der von Hoffnungen und Lebensperspektiven.

Wut, Zorn und Rache zerstören nur – auch die Moral und die Werte der Rächenden.

Ausgehend von meiner pazifistischen Grundüberzeugung würde ich sagen: Gegen Gewalt hilft nicht noch mehr Gewalt. Gegen Gewalt ist Gerechtigkeit und Recht zu setzen – und durchzusetzen. Also die Bestrafung von Schuldigen. Die „kollektive Bestrafung des palästinensischen Volkes“ könnten die Terror-Angriffe der Hamas jedenfalls nicht rechtfertigen, sagte der UN-Generalsekretär António Guterres. Einseitigkeit in der Betrachtung des Konflikts kann man ihm wohl nicht vorwerfen, hat er doch den Terror und die Angriffe der Hamas eindeutig, klar und scharf verurteilt. Sein Verweis auf das Völkerrecht und die sich daraus ergebenden Pflichten zum Schutz der Zivilbevölkerung sind richtig und seine Aufgabe. Ebenso seine Mahnung, „dass die Angriffe der Hamas nicht im luftleeren Raum stattfanden.“ Das relativiert den Massenmord an den Israelis keineswegs, gehört aber zum Gesamtbild.



Foto: privat

Noch einige Bemerkungen „**In eigener Sache**“: Im Editorial der letzten Ausgabe hatte ich geschrieben, dass sich bei mir nach einer schweren Corona-Infektion Anfang des Jahres eine Post-Covid-Erkrankung entwickelt hatte. Ich bedanke mich für die zahlreichen freundlichen, besorgten und aufmunternden Mails, die mich daraufhin erreicht haben (und bitte um Entschuldigung, dass ich nicht alle beantworten konnte). Aus denen wurde deutlich, dass die *ZivilCourage* für viele DFG-VK-Mitglieder eine große Bedeutung als Diskussionsplattform und verbindendes Element hat.

Ich bin nun seit Juni krank bzw. arbeitsunfähig geschrieben; vermutlich wird sich das in absehbarer Zeit nicht ändern. Den Gremien der DFG-VK habe ich das deutlich kommuniziert und dargelegt, dass ich nicht wie bisher die redaktionelle Gesamtarbeit und Koordination etc. sowie das Layout leisten kann. Der Bundesausschuss hat dann eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die kurz- und langfristige Lösungen entwickeln soll.

Diese Ausgabe ist nun so entstanden, dass ich die inhaltliche Konzeption gemacht habe. Felicitas Obst-Dietlerle aus der Gruppe Stuttgart hat sich bereit erklärt, die Koordination zu übernehmen. Cornelia Mannewitz aus dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern hat alle Texte Korrektur gelesen. Vielen Dank für diese Bereitschaft und die tatkräftige Unterstützung. Die Layoutarbeiten wurden teilweise an eine externe Dienstleisterin vergeben.

Auf diese Basis lässt sich aufbauen. Ich gehe davon aus, dass ich meiner Verantwortung als gewählter verantwortlicher Redakteur bis zum nächsten Bundeskongress (2.-4. Oktober 2024 in Halle a.d. Saale) unter diesen Rahmenbedingungen ehrenamtlich gerecht werden kann.

Es grüßt herzlich

# Noch deutlicher pazifistisch!

Michael Schulze von Glaßer,  
politischer Geschäftsführer der DFG-VK



Foto: privat

Der Krieg in der Ukraine. Die massive militärische Aufrüstung Deutschlands und vieler weiterer Staaten. Der politische Rechtsruck zu Gunsten einer militaristischen und menschenfeindlichen Partei. Und nun auch noch die Gewalteskalation zwischen der Hamas und Israel. Die Lage ist übel. Und in Zeiten von Krieg und Aufrüstung stehen Friedenspositionen seit jeher unter besonderem Druck. Unsere Positionen – und teilweise wir als Verband oder sogar Einzelpersonen – werden über ein sachliches Maß hinaus angegriffen oder diskreditiert. Dieser Druck spiegelt sich auch intern wider: Die Stimmung war schon mal besser. Unterkriegen lassen wir uns aber nicht – die DFG-VK hat schon viele politisch schwere Zeiten überstanden. Und es ist gut, dass wir uns streiten und auseinandersetzen: Nach meiner letzten – und eindeutigen – Kolumne hatte ich viele gute Gespräche. Etwa auch über das „Stoppt das Töten“-Bündnis.

Die Bundesausschuss-Mitglieder hatten im Sommer mit einer Zweidrittel-Mehrheit beschlossen, sich an der „Stoppt das Töten in der Ukraine“-Aktionswoche im September zu beteiligen. Insgesamt fanden 14 Aktionen statt – fast alle gingen von DFG-VK-Aktiven aus. Dabei wurde die Aktionswoche von einem Bündnis aus am Ende 17 Organisationen getragen – die anderen Gruppen schafften es aber nicht, ihre Mitglieder für die Aktionswoche zu mobilisieren. Die Gründe dafür sind sicher vielfältig. Dennoch müssen wir die Frage stellen: „Lohnt“ sich das Bündnis, mit dem wir bereits im November 2022 und im Februar 2023 Aktionen gemacht haben für uns (noch)? Darüber hat un-

ser Bundesausschuss Anfang Oktober beraten und beschlossen: Aufrufe werden wir nur noch bei klare Ablehnung von Waffenexporten an die Ukraine (und überall hin) unterschreiben. Ebenso muss die Forderung nach Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer\*innen und Deserteur\*innen im Aufruf sein. Zwei Forderungen übrigens, die in dem Aufruf „Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten“ einiger – auch bekannterer – Einzelpersonen zu einer Demonstration in Berlin Ende November fehlen.

Als DFG-VK werden wir uns daher auf eine andere Aktion konzentrieren: Vom 4. Dezember bis zum „Internationalen Tag der Menschenrechte“ am 10. Dezember rufen wir zu einer Aktionswoche für Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer\*innen und Deserteur\*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine auf – gemeinsam mit über 40 weiteren Organisationen aus Deutschland, aber auch anderen Ländern. Es wäre schön, wenn in der Woche möglichst viele DFG-VK-Gruppen eine Aktion (Infostand, Kundgebung, Vortragsveranstaltung etc.) auf die Beine stellen würden. Alle Infos zur Aktionswoche gibt es auf [www.objectwarcampaign.org](http://www.objectwarcampaign.org) und viele Materialien bei [www.shop.dfg-vk.de](http://www.shop.dfg-vk.de)

Schon jetzt sollten wir alle aber – leider – auch diesen Termin im Blick haben: Am 24. Februar 2024 wird sich der russische Großangriff auf die Ukraine zum zweiten Mal jähren. Da sollte es auch wieder Aktionen von uns geben: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten“ – bringen wir unseren Grundsatz auf die Straßen!

## Inhalt

### Hamas-Israel-Krieg

4 DFG-VK-Erklärung: Gewalteskalation in Nahost stoppen  
5 Stefan Philipp: „... gegen die Dummheit, den Hass, die Gewalt“

### Titel

#### Die Waffen nieder! – Gilt das noch?

6 Franz Hippler: Suttner und die Zukunft des Friedens  
8 Margot Käßmann: Die Aktualität des Rufs „Die Waffen nieder!“  
12 Jasmin Lörchner: Suttner – Pazifistin in militaristischen Zeiten  
15 David Scheuing: Ja, die Forderung „Die Waffen nieder!“ gilt – aber nicht ohne Anstrengung

### Antimilitarismus

16 Klaus Pfisterer: Gegen die „Rattenfänger“ der Bundeswehr  
18 Johanna Pfeffer: Mit langem Atem  
20 Marina-Felicitas Obst-Dieterle: Notwendige Fragen zu Rüstungsexporten  
22 Jan Sander: Zivilklauseln unter Beschuss

### Kriegsdienstverweigerung

23 Rudi Friedrich: Deserteure und KDVer unterstützen  
24 Kommunikationsguerilla: „Putins Krieg sabotieren!“  
26 Stefan Philipp: Steinmeier und andere Verfassungsfeinde

### International

28 Keno Goertz: Global betrachtet

### Pazifismus

30 Stefan Philipp: Mehr Pazifismus wagen  
32 Helmolt Rademacher: Ohne Zweifel gibt es keinen Dialog

### Antifaschismus

34 Cornelia Mannewitz: Die herbeigeredete Unbestimmtheit: cui bono?

25 Impressum • 36 Literatur • 37 Briefe • 43 Satire • 44 Karikatur

## Gewalteskalation in Nahost stoppen

Erklärung des DFG-VK-Bundesverbands vom 12. Oktober

**D**er DFG-VK-Bundesverband verurteilt aufs Schärfste die Gewalteskalation in Nahost durch den Angriff der Hamas und den Gegenangriff durch das israelische Militär. Bereits über 1 000 Tote binnen weniger Tage auf beiden Seiten sind das bisherige Resultat dieser kriegerischen Auseinandersetzung.

Für diesen Angriff der Hamas gibt es keine Rechtfertigung oder Entschuldigung. Weder die ständigen Einschränkungen der Rechte der Palästinenser\*innen durch Besetzung noch Siedlungsbau jenseits der grünen Linie oder die sehr schwierigen Lebensbedingungen in Gaza und der Westbank. Bomben und Raketen auf Städte, ein Angriff auf ein friedliches Musikfest, bei dem Feiernde getötet oder verschleppt wurden, sind ein Verbrechen.

In der israelischen Zivilgesellschaft gibt es auch Militärdienstverweigernde, die aus Protest gegen die Unter-

drückung der palästinensischen Menschen ihren Reservistenstatus aufkündigten. Massenproteste gegen die Netanjahu-Regierung gab es in den letzten Monaten nicht nur wegen deren Plänen, die Rechtsstaatlichkeit stückchenweise abzubauen. Für diese Protestbewegung in Israel bedeutet der Angriff und der nun ausgerufenen Kriegszustand die deutliche Einschränkung ihrer Handlungsmöglichkeiten.

**Der DFG-VK-Bundesverband** verlangt die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln. Geiselnahme ist ein Kriegsverbrechen.

Die Gewaltspirale muss sofort gestoppt werden. Die Drohung des Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, alle Orte in Schutt und Asche zu legen, von denen er annimmt, dass sich dort die Hamas versteckt, ist ebenso unerträglich wie die Eskalationsdrohungen und die Angriffe der

Hisbollah aus dem Libanon und weitere Angriffe aus Syrien. Keine\*r der Toten wird durch Vergeltung wieder lebendig.

Als politische Pazifist\*innen lehnen wir die Gewalteskalation nicht nur aus moralischen Gründen ab, sondern sehen einmal mehr, dass sie das vermeintlich verfolgte politische Ziel konterkariert. Der Angriff der Hamas wird die Lage der Palästinenser\*innen ebenso wenig verbessern wie der Gegenschlag des israelischen Militärs den Menschen in Israel dauerhaft Sicherheit bringen wird.

Bis auf religiöse und politische Extremist\*innen und Waffenhersteller wird es – wie in allen Konflikten – nur Verlierer\*innen geben. Dabei führt der Konflikt über den Nahen Osten hinaus zu mehr Unfrieden: Menschen jüdischen Glaubens werden – auch in Deutschland – von vielen Seiten zunehmend bedroht und Palästinenser\*innen mit legitimen politischen Forderungen drohen pauschal als mit der Hamas sympathisierend diffamiert zu werden.

Es hat sich gezeigt, dass Einflussnahme aus der Weltgemeinschaft auch im Nahostkonflikt deeskalierend wirken kann. So beteiligt sich die einst kriegerische Fatah seit Jahren nicht mehr militärisch an dem Konflikt. Unparteiische Vermittlung mit dem Ziel eines dauerhaften Waffenstillstands ist jetzt dringend geboten.

Die Lieferung von Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete lehnen wir ab – auch in diesem Konflikt. Die Gewalt in Nahost muss beendet werden. Eine israelische Bodenoffensive in Gaza, die Ausweitung des Konflikts auf den Libanon und auf weitere Teile der Region würde zahlreiche weitere Opfer, vor allem unter der Zivilbevölkerung, zur Folge haben. Die Bundesregierung sollte hier mäßigend eingreifen und diplomatische Initiativen starten. <<



## „... gegen die Dummheit, den Hass, die Gewalt“\*

Die Hoffnung auf Einsicht, Veränderung und Umkehr stärken

Von Stefan Philipp

**K**ann, darf, soll man als Pazifist positiv auf jemand hinweisen, der Soldat, Offizier, Generalstabschef war? Der einer paramilitärischen Untergrundorganisation angehört hatte und später als Angehöriger der regulären Armee und schließlich deren Oberkommandierender und anschließend als Verteidigungsminister und als Regierungschef sicherlich Befehle ausführte und erteilte, die Menschenleben kosteten und Opfer unter eigener und fremder Zivilbevölkerung forderte. Dieser „jemand“ war Jitzchak Rabin. Und wie vermutlich jeder Lebensweg war auch seiner nicht widerspruchsfrei und geradlinig.

Der Nahost-Konflikt ist wohl einer der kompliziertesten und einer mit vielen Dimensionen – politisch, religiös, historisch, ideologisch, militärisch, kulturell; und existenziell, bei dem mindestens Teile der einen Konfliktpartei der anderen das Existenzrecht bestreiten und sie vernichten wollen, und die Gegenseite wiederum der anderen faktisch die Lebensgrundlagen massiv einschränkt.

Anfang der 1990er Jahre setzte sich bei den Vernünftigen auf beiden Seiten die Erkenntnis durch, dass eine Zweistaatenlösung mit sicheren und anerkannten Grenzen für Israel und für Palästina ein Weg aus dem Konflikt sein könnte. So kam es als erste Schritte zu Friedensgesprächen in Madrid und 1993 zum Oslo-Abkommen. Der israelische Ministerpräsident Rabin, sein Außenminister Schimon Peres und der Vorsitzende der PLO (Palestine Liberation Organization), Jassir Arafat, erhielten dafür 1993 den Friedensnobelpreis.

Beim Abschluss des zweiten Oslo-Abkommens in Washington 1994

sagte Rabin in seiner Rede: „Werfen Sie jetzt nach einer langen Reihe offizieller, feierlicher Erklärungen einen Blick auf dieses Podium. Der König von Jordanien, der Präsident von Ägypten, Vorsitzender Arafat und wir, der Ministerpräsident und der Außenminister von Israel, auf einer Plattform. Lassen Sie diesen Anblick tief auf sich wirken. Was Sie hier vor sich sehen, war noch vor zwei oder drei Jahren unmöglich, ja, phantastisch. Nur Dichter haben davon geträumt, und zu unserem großen Schmerz sind Soldaten und Zivilisten in den Tod gegangen, um diesen Augenblick möglich zu machen. Hier stehen wir vor Ihnen, Männer, die vom Schicksal und der Geschichte auf eine Friedensmission geschickt wurden: einhundert Jahre Blutvergießen für alle Zeiten zu beenden. Unser Traum ist auch Ihr Traum. König Hussein [von Jordanien], Präsident Mubarak [von Ägypten], Vorsitzender Arafat, all die anderen und vor allem Präsident Bill Clinton [der USA] [...], wir alle lieben dieselben Kinder, weinen dieselben Tränen, hasen dieselbe Feindschaft und beten um Versöhnung. Der Frieden hat keine Grenzen.“

Am 4. November 1995 fand in Tel Aviv eine große Friedenskundgebung mit ca. 200 000 Menschen unter dem Motto „Ja zum Frieden, Nein zur Gewalt“ statt, bei der Jitzchak Rabin als Ministerpräsident sagte:

„Ich möchte gerne jedem Einzelnen von euch danken, der heute hierher gekommen ist, um für Frieden zu



Grab von Jitzchak (und seiner Frau Leah) Rabin in Jerusalem

Foto: Stefan Philipp

demonstrieren und gegen Gewalt. Diese Regierung, der ich gemeinsam mit meinem Freund Shimon Peres das Privileg habe vorzustehen, hat sich entschieden, dem Frieden eine Chance zu geben – einem Frieden, der die meisten Probleme Israels lösen wird. [...] Der Weg des Friedens ist dem Weg des Krieges vorzuziehen. Ich sage euch dies als jemand, der 27 Jahre lang ein Mann des Militärs war.“

Wenige Minuten nach dieser Rede wurde Rabin durch ein Attentat ermordet – begangen von dem 25-jährigen jüdisch-religiösen und rechtsextremen Israeli Jigal Amir.

Ja, auch als Pazifist kann man positiv auf Jitzchak Rabin hinweisen und ihn als vorbildliches Beispiel dafür nehmen, dass Einsicht, Änderung und Umkehr zum Verhaltensrepertoire jedes Menschen gehören.

*Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage.*



\*aus dem Refrain des Gedichts „Leben einzeln und frei“ des türkischen Dichters Nâzım Hikmet (1902-1963)

# Die Waffen nieder! Gilt das auch heute noch?

Antworten bei einem Symposium zum 180. Geburtstag Bertha von Suttners und dem 30-jährigen Bestehen der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK



## Suttner und die Zukunft des Friedens

Das Suttner-Symposium Ende September in Bonn im Rückblick

Von Franzi Hippler

**A**us Anlass des 180. Geburtstages von Bertha von Suttner und des 30-jährigen Bestehens der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK widmete sich das Symposium am 23. September in Bonn der Frage, was die Forderung nach dem Niederlegen der Waffen heute bedeutet und welche Herausforderungen und Perspektiven für Pazifismus und Friedensbewegung daraus entstehen.

Es ist die Forderung nach dem Ende der bewaffneten Gewalt, ein Schrei nach der Einsicht in die Nutzlosigkeit und fundamentale menschliche Verirrung des Militarismus: „Die Waffen nieder!“ Der Titel des Romans von Bertha von Suttner verursacht damals wie heute Irritation, er eckt an, aber er eröffnet bis heute Wege, die Frage nach der friedlichen Beilegung von Konflikten und Beendigung von Kriegen aktiv zu stellen. Welche Handlungen unternehmen wir, welche unterlassen wir? Wer spricht für wen über welche Handlungen im Krieg, wie können wir Krieg verhindern?

Eröffnet wurde das Symposium durch einführende Worte von Vertreter\*innen der veranstaltenden Organisationen – von Kristian Golla vom Netzwerk Friedenskooperative, Elise

Kopper vom Frauennetzwerk für Frieden sowie von David Scheuing von der DFG-VK und ihrer Bertha-von-Suttner-Stiftung. Für die Stiftung berichtete er anhand eines Videos über die mehr als 300 geförderten Projekte der letzten 30 Jahre. David Scheuing betonte, dass das Ziel des Symposiums sei, im Dialog mit den ca. 80 Teilnehmer\*innen Impulskräfte für das heutige Friedensengagement zu liefern. Zudem rief er zu einer gegenseitigen Befruchtung von Wissenschaft und Friedenspraxis auf und kritisierte den Zwangscharakter der Wehrpflicht. Gemeinsam solle eine Friedenskultur sowie eine atomwaffenfreie Zukunft geschaffen werden

**Die Diskussionsrunde** nach den Vorträgen von Margot Käßmann und Jasmin Jasmin Lörchner (die auf den folgenden Seiten abgedruckt sind) beschäftigte sich mit dem Thema „Unser „die Waffen nieder“ – Was kann uns Suttner heute noch sagen?“.

Die belarusische Friedensaktivistin Olga Karatch schaltete sich virtuell zu. Bereits seit ihrer Jugend kämpft sie gegen die Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten des belarusischen Systems. Hierbei spricht sie sich klar für Kriegsdienstverweigerung aus:

KDV stelle ein effektives Mittel dar, um dem Krieg die Soldaten zu entziehen und ihn somit zu stoppen. Allerdings fehle auch hinsichtlich der 5000 KD-Ver in Belarus die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft – die Verantwortung sei hauptsächlich Pazifist\*innen überlassen. Dementsprechend rief sie zur Aufnahme der KD-Ver in anderen Staaten auf, um sie der Verfolgung in ihren Heimatstaaten zu entziehen. Im Rahmen der *#ObjectWarCampaign* ruft sie entsprechend zu Solidarität mit Kriegsdienstverweigerern auf.

Bianca Walther vom Geschichtspodcast „Frauen von damals“, setzte sich damit auseinander, wie Frauen ihre Mittel nutzten, um sich Freiräume und Handlungsmöglichkeiten zu schaffen. Welche Mittel hatten sie? Welche Hindernisse standen ihnen gegenüber? Welche Strategien standen ihnen zur Verfügung, Rahmenbedingungen zu verändern, und wie arbeiteten sie mit, in und gegen die Strukturen der Welt, in die sie hineingeboren wurden. Für uns gelte es, auf der friedenspolitischen Arbeit von Pionierinnen wie Bertha von Suttner aufzubauen und auch Dinge in Frage zu stellen und weiterzuentwickeln. Feministische Außenpolitik heute müsse

beispielsweise intersektional gedacht werden. Mahnungen allein bringen nichts (was Suttner, die kaum andere Mittel hatte, schmerzlich erfahren musste); Entscheidungs- und Deutungsmacht müsse auf breitere Füße gestellt werden, und es brauche enorme Anstrengungen, neue Männlichkeitsbilder (masculinities) zu schaffen.

Petra von Keppler des Bertha von Suttner Peace Institute Den Haag schlüpfte in die Rolle Suttners und rief als Bertha vor allem dazu auf, Möglichkeiten der Finanzierung von Friedensarbeit zu suchen. Frieden müsse finanziert werden, und auch Bertha von Suttner habe den Großteil der Dotierung ihres Friedensnobelpreises in die Friedensarbeit gesteckt. Sie hat dabei insbesondere Mäzene im Blick, die zu Spenden im höheren Bereich motiviert werden sollten.

Während der anschließenden Pause konnten die Teilnehmer\*innen Werkstattgespräche zu Förderprojekten der Bertha-von-Suttner-Stiftung besuchen:

Jürgen Menzel und Andrej Novikov der Non-Profit-Kooperative „Act4 Transformation“ stellten ihr Förderprojekt zur Unterstützung von KDVern aus Russland, der Ukraine und Belarus vor. Neben einer Beratungshotline bieten sie rechtliche Beratung zum Asylrecht in der EU, Hilfe beim Finden einer Wohnung, Arbeitsstelle und Kontakten sowie Meetings und Seminare an. Zusätzlich ermöglichen sie Vernetzung mit anderen KDVern an und betreiben Lobbyarbeit für die Rechte von KDVern, ergänzt durch Öffentlichkeitsarbeit. Die Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK unterstützt bei der Dokumentation von Fällen der Verletzung des Rechts auf KDV, der Dokumentation von russischen KDV in der Region sowie der Erstellung einer Broschüre über die Situation von KDV in Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Russland.

Wolfram Kastner und Hans Wallner stellten das Projekt „DenkMalKrieg – DenkMalFrieden“ zur Behandlung von Kriegsmonumenten in Deutschland und Österreich vor.

Heide Schütz und Elise Kopper vom Frauennetzwerk für Frieden (FNF) stellten die Bertha-Bahn vor: Anlässlich des 70. Jubiläums der Namensgebung des Bertha-von-Suttner-Platzes in Bonn wurde eine Straßenbahn der Linie 61/62 nach einem Entwurf des Künstlers Frans Valenta mit einem Abbild Bertha von Suttners inklusive ihrer Zitate „Die Waffen nieder!“ und „Rache und immer wieder Rache! Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut soll immer wieder mit Blut ausgewaschen werden.“ verziert. Zusätzlich sind einige Eckdaten ihres Lebens vermerkt. Die Straßenbahn, die seit 2019 durch Bonn fährt, leistet seitdem täglich einen wichtigen Beitrag zur Erinnerung an Bertha von Suttner. Projektträger\*innen sind das FNF und das Netzwerk Friedenskooperative. Freundlich unterstützt wurde das Projekt durch die Stadtwerke Bonn, die Stadt Bonn und das Stadtarchiv Bonn.

Das zweite Panel befasste sich mit einem kritischen Blick auf Pazifismus und Friedensbewegung heute. Als erste Rednerin sprach Mai Ali Shatta als Repräsentantin von Sudan Uprising, eine Organisation, die Aufmerksamkeit auf den anhaltenden Krieg im Sudan lenkt. Sie engagiert sich für mehr Diversität in der Friedensszene und betont die Wichtigkeit, einander die Hand zu reichen und sich auch mit Konflikten außerhalb des Globalen Nordens auseinanderzusetzen.

Julia Nennstiel vom „Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung“ (IFGK) reflektierte in ihrem Impulsvortrag über die Frage, mit welchen Herausforderungen sich die aktuelle pazifistische Forschung befasst und wie man diesen begegnen könne. Sie resümierte, dass aktuelle pazifistische Forschung daran arbeiten zu zeigen, dass weder ein nüchterner Blick auf „reale“ Wirkungszusammenhänge, noch die Notwendigkeit aktiven Widerstands gegen Unrecht, noch die Forderung nach einem differenzierten Umgang mit normativen

Prinzipien für militärische (Gegen-)Gewalt und gegen Pazifismus spreche. Die „brutale Realität“ spreche nicht für militärische Gewalt. Damit wehrte sie sich eindeutig gegen den Vorwurf, Pazifismus sei eine „naive Utopie“.

Guido Grünewald von der DFG-VK rief die Teilnehmenden zu einer kritischen Reflektion aktueller pazifistischer Thesen und Forderungen auf, was beispielsweise unter einem Verhandlungsfrieden verstanden wird, und wies auf mögliche Meinungsverschiedenheiten diesbezüglich innerhalb der Friedensbewegung hin. Gleichzeitig vertrat er die Ansicht, dass Pazifismus voraussichtlich eine Minderheitenmeinung bleiben werde.

*Franzi Hippler studiert Sozialwissenschaften und schreibt aktuell ihre Masterarbeit im Bereich feministische Friedens- und Sicherheitspolitik. Am Symposium nahm sie als Praktikantin des Frauennetzwerks für Frieden teil.*



Aus Anlass des 180. Geburtstags Bertha von Suttners und zum dreißigjährigen Bestehen der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK fand am 23. September in Bonn ein Symposium statt unter dem Titel „Die Waffen nieder!“ – Gilt das auch heute noch? Gemeinsam organisiert wurde es von der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, dem Frauennetzwerk für Frieden, dem Netzwerk Friedenskooperative und der DFG-VK.

Neben den Überblicksbeiträgen von Franzi Hippler und von David Scheuing, dem Vorsitzenden des Stiftungsrates der Suttner-Stiftung veröffentlicht die *ZivilCourage* die Vorträge von Margot Käßmann und von Jasmin Lörchner, mit denen das Symposium eröffnet wurde.

Weitere Informationen über die Stiftung sind im Internet zu finden unter [bertha-von-suttner-stiftung.de](http://bertha-von-suttner-stiftung.de)

Das Porträt Bertha von Suttners ist ein Gemälde von Jürgen Grässlin (Acryl im Format 80 x 100 cm).

# Die Aktualität des Rufs „Die Waffen nieder!“

Impulsreferat beim Suttner-Symposium am 23. September in Bonn

Von Margot Käßmann

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges schrieb Stefan Zweig über Bertha von Suttner: „Aber eben diese Frau, von der man meinte, sie habe nichts als ihre drei Worte der Welt zu sagen, ... wußte ja .... um die fast zernichtende Tragik des Pazifismus, daß er nie zeitgemäß erscheint, im Frieden überflüssig, im Kriege wahnwitzig, im Frieden kraftlos ist und in der Kriegszeit hilflos. Dennoch hat sie es auf sich genommen, zeitlebens für die Welt ein Don Quichotte, der gegen Windmühlen ficht“.

Nichts als drei Worte: Die Waffen nieder! Das klang damals lächerlich, die Friedens-Bertha, sie wurde belacht. Aber ist es wirklich Tragik? Meiner Überzeugung nach sind es die Gewaltlosen, die am Ende mit Würde erinnert werden, nicht die Kriegstreiber. Viel eher der namenlose junge Mann, der sich vor 30 Jahren auf dem Tian'anmen-Platz entgegenstellte als Stalin. Viel eher Suttner als Hitler.

Und es klingt auch heute lächerlich, angesichts von Waffenlogik für Frieden einzutreten. Pazifistinnen und Pazifisten werden diffamiert als „wohlstandsverwöhnt“, Putin-Versteher, Romantikerinnen, die keine Ahnung haben von Realpolitik gegenüber Russland oder wie zuletzt von Kanzler Scholz als „gefallene Engel aus der Hölle“. Dazu hätte ich als Theologin einiges zu sagen. Aber manchmal bin ich es leid, ja müde, weiterhin scheinbar gegen Windmühlen zu kämpfen. Es scheint eine mediale absolute Mehrheit zu geben, die jede Kritik an Waffenlieferungen brutal niedermäht. Wer will sich das noch antun, dagegen zu halten? Doch dann dreht sich mir der Magen um angesichts der Fakten. Und wir können das Thema Frieden auch nicht der AfD überlassen, die sich den Raum der Kritik zu-

nutze macht, den andere Parteien ihr überlassen. Wir dürfen nicht aus lauter Angst, mit solchen Rassisten in einen Topf geworfen zu werden, schweigen. Denn wer Unfrieden in der Gesellschaft sät, ist ganz gewiss kein Friedensfreund, keine Friedensfreundin.

Das Konfliktbarometer verzeichnet derzeit weltweit 216 gewaltsam ausgetragene Konflikte zwischen Staaten, Bevölkerungsgruppen und politischen Gruppen. Laut der vom Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung veröffentlichten Studie ist die Zahl der Konflikte um zwölf auf 216 gestiegen. Das Barometer listet 21 Kriege sowie 21 „limitierte Kriege“ auf. Das sind zwei mehr als im Jahr zuvor. Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine gibt es einen kriegerischen Konflikt der höchsten Eskalationsstufe in Europa. Den Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan werteten die Forscher vor Kurzem noch als „limitierten Krieg“, die zweithöchste Stufe, auch er ist jetzt unfassbar eskaliert.

Gleichzeitig erleben wir eine Aufrüstung, die ich mir noch vor zwei Jahren nicht hätte vorstellen können. Vor diesem Hintergrund will ich sechs Punkte nennen, in denen heute „Die Waffen nieder“ hoch aktuell ist.

## 1. Rüstungsexporte stoppen

Vor Kurzem habe ich die offizielle „Liste der militärischen Unterstützungsleistungen“ an die Ukraine der Bundesregierung ausgedruckt. Es sind satte zwölf A4-Seiten: 10 Kampfpanzer Leopard 1 A5, 18 Kampfpanzer Leopard 2 A6, 40 Schützenpanzer Mader mit Munition, 15510 Schuss 155 mm Artilleriemunition, 5 Mehrfachraketenwerfer Mars II mit Munition, 14 Panzerhaubitzen 2000 und so weiter und so weiter. Material für 22 Milliarden Euro wurde inzwischen transferiert.

Seit vielen Jahren engagiert sich die Friedensbewegung gegen Rüstungsexporte. Wir haben vor allem kritisiert, dass entgegen dem tradierten politischen Konsens immer wieder Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete geliefert wurden, beispielsweise an Saudi-Arabien, das im Jemen Krieg führt. Mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine gibt es keinerlei Zurückhaltung mehr. Eigentlich hatte die Ampel geplant, die Exporte zurückzufahren und ein Kontrollgesetz auf den Weg zu bringen. Stattdessen waren 2021 und 2022 mit Rüstungsexporten in Höhe von je fast zehn Milliarden Euro in der Geschichte der Bundesrepublik die Jahre mit den höchsten Rüstungsexporten, die es je gab. Die weltweite Aufrüstung nimmt rasant an Fahrt auf. Daran verdient vor allem die Rüstungsindustrie. Seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine ist die Aktie von Rheinmetall von 90 auf 262 Euro gestiegen. Die Prognosen sind bestens, zeigen Analysten und stufen die Aktie als „attraktiv“ ein.

Ingeborg Bachmann hat so treffend gesagt: „Die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler.“ Das scheint auch jetzt zu gelten. Angesichts der Kampfhandlungen in der Ukraine kommen vielen Bilder von Verdun 1916 in den Sinn. Für ein paar Quadratkilometer sterben Tausende. Was für eine Barbarei!

Ganz klar ist doch heute, dass zivile Mittel immer Vorrang haben müssen vor militärischen. Wer aber sieht, wie pazifistische Positionen in Frage gestellt sind, ja, lächerlich gemacht werden, wie militärische Einsätze mit humanitären Zielen begründet werden, wer erkennt, dass Deutschland zu einer Rüstungsexportnation aufgestiegen ist, die auch in Krisengebiete liefert, dem wird bewusst: Es gilt, wach und wachsam und widerständig



zu bleiben. Gerade die Rüstungsexporte machen doch den Widerspruch klar: Wir können nicht die Kriege dieser Welt beklagen, die Menschen, die aus diesen Kriegen zu uns flüchten, abweisen – und gleichzeitig verdient unsere Wirtschaft an genau diesen Kriegen!

## 2. Der Militarisierung der Gesellschaft widerstehen

Ein Beispiel: Am Vorabend der Stuttgarter Friedensdemo unter dem Motto „Stoppt das Töten in der Ukraine“ am 10. September habe ich mit meinem Partner im Hotel „Das aktuelle Sportstudio“ geschaut. Prinz Harry und Verteidigungsminister Pistorius waren zu Gast. Berichtet wurde über die Invictus-Games, die in diesem Jahr in Deutschland stattfanden. Kriegsversehrte werden über Sport wieder in die Gesellschaft integriert. An sich eine gute Sache, denkt die unbedarfte Zuschauerin. Vorgestellt werden Angelo und Jens. Der eine hat eine posttraumatische Belastungsstörung, der andere hat beide Beine im Afghanistankrieg verloren.

In der gesamten Sendung aber wird die Ursache für die Behinderungen nicht ein einziges Mal genannt. Der Kommentator sagt: „Um Ruhm und Ehre geht es nicht, davon ist unter den Teilnehmenden schon genug vorhanden!“ Der Verteidigungsminister lobt die Versehrten, die „für unser Land gekämpft haben“. Sie seien „Role Models“. Im Publikum sitzen erkennbar Soldatinnen und Soldaten, die eifrig klatschen. Und dann wird berichtet, dass die Invictus Games von der Rüstungsindustrie gesponsert werden.

Ich konnte nicht fassen, dass der Krieg nicht einmal in Frage gestellt wurde. Von der immensen Suizidrate unter Kriegsteilnehmenden ist nicht die Rede. In den USA nehmen sich täglich 20 Kriegsveteranen das Leben! Keiner fragt: Wofür haben die Menschen ihr Leben riskiert? Was ist mit denen, die gestorben sind?

In einem Kommentar zu der Sendung von Jana Stegemann in der Süd-

deutschen Zeitung hieß es: „Nach 45 Minuten stellt die Moderatorin die erste kritische Frage an Boris Pistorius, den zurzeit in Deutschland beliebtesten Politiker. Ob er verstehen könne, dass Kritiker in den vom Rüstungskonzern Boeing gesponserten Invictus Games eine Heroisierung von Krieg und Militär sähen? Der Verteidigungsminister verneint. Es gehe darum, „Solidarität und Respekt für die Einsatzkräfte“ zu zeigen. Krieg sei „kein Computerspiel, sondern Schrecken und Tod“. Dass die Sportsendung vollkommen unkritisch berichtet, hat mich massiv befremdet.

Es gibt weitere Indizien für die Militarisierung. Das ist zum einen die Sprache. „Helden“, „Blutzoll“, „Flanke“ – all das gehört neuerdings zum Sprachgebrauch in den Nachrichten.

Aber auch die angeblich neue Rolle der Bundeswehr passt ins Bild. Obwohl im Koalitionsvertrag von 2021 steht, dass „Ausbildung und der Dienst an der Waffe bleiben volljährigen Soldaten vorbehalten“, und obwohl der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes Deutschland wegen der Rekrutierung Minderjähriger kritisiert hatte, erhöhte sich ihre Zahl 2022 um 23 Prozent gegenüber 2021 auf 1 773, darunter 327 Mädchen. Das Kinderhilfswerk Terre des Hommes, dessen Botschafterin ich die letzten Jahre war, nennt das ein „Armutzeugnis“ für die Bundesregierung. Bundesminister Pistorius wirbt inzwischen für „Schnupperpraktika“ und fordert ungehinderten Zugang für Jungoffiziere an Schulen, um den Dienst in der Bundeswehr Jugendlichen schmackhaft zu machen.

Dazu passt die jüngste Meldung über einen Antrag der CDU/CSU im Bundestag, für die bessere Sichtbarkeit von Soldaten in der Öffentlichkeit einen nationalen Veteranentag „für Respekt, Anerkennung und Würdigung unserer Soldatinnen und Soldaten“ ins Leben zu rufen.

Und nicht zuletzt: In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung sagt der Militärökonom Marcus Keupp: „Ich möchte nicht von Verhandlun-

gen sprechen, weil das Wort durch die Pro-KremI-Clique ideologisch vorbelastet ist.“ Das bedeutet: Allein der Begriff Verhandlungen ist bereits kontaminiert. Und in einem Meinungsbeitrag derselben Zeitung heißt es: „Es macht nur noch deutlicher, dass es Putin nicht nur um Überwältigung und Umerziehung der ‚Kleinnussen‘ ging, wie die Ukrainer in der Diktion der Slawophilen heißen. Sondern um Demütigung und Vernichtung. Und selbst das ändert den Blick jener selbsternannten Friedensfreunde auf Wladimir Putin und sein Russland nicht, die das große Leid der Ukrainer bis heute mit dem Einwurf relativieren, dass die Nato den Russen zu nah gekommen sei, die Amerikaner die Russen zu sehr gedemütigt hätten und die Ukrainer den Russen entgegenkommen müssten.“ Ich selbst habe nie und nirgends gehört, dass bei Überlegungen nach westlicher Mitverantwortung das Leid der Ukrainer in irgendeiner Weise relativiert worden wäre...

## 3. Atomwaffen abschaffen

Der Film Oppenheimer ist in den Kinos derzeit – kurz hinter Barbie! – ein Erfolg und wird hoch gelobt. Ich fand ihn, offen gestanden, sehr langatmig. Die Gewissensbisse von Oppenheimer angesichts der Folgen seiner Forschungsergebnisse überzeugen auch nicht wirklich.

Was mich vor allem gestört hat: Das Elend in Hiroshima, die realen Bilder der grauenvoll zerstörten Stadt, der brennenden Menschen, die Tragödie vor Ort wurde überhaupt nicht gezeigt. Lediglich in Träumen von Oppenheimer kommen ganz kurz verbrennende Menschen vor. Wollen die amerikanischen Filmemacher den ganzen Schrecken nicht zeigen, den die Atombomben in Hiroshima und Nagasaki angerichtet haben, frage ich mich.

2001 war ich vom dortigen Oberbürgermeister eingeladen, in Hiroshima zum Gedenktag des Atombombenabwurfs am 6. August 1945 eine Ansprache zu halten. Wer die Geschichten der Menschen dort hört, die »

» miterlebt haben, wie andere geradezu verglühten, wer die Angst vor Missbildungen begreift, weil die genetischen Veränderungen bis heute reichen, kann nicht verstehen, dass irgendein Mensch auf die Idee kommen könnte, noch einmal eine Atomwaffe einzusetzen! Und doch bringt vor allem der frühere russische Präsident Dimitri Medwedew immer wieder einen möglichen Atomwaffeneinsatz Russlands gegen die Ukraine ins Gespräch. Auch Donald Trump fragte in seiner Zeit als US-Präsident: „Wenn wir Atomwaffen haben, warum setzen wir sie nicht ein?“ Ralph Freund, stellvertretender Vorsitzender der Republicans Overseas sagte in einem Interview: „Warum haben Sie ein Atomwaffenpotenzial, wenn Sie damit noch nicht mal drohen?“ Und Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärt: „Diese nukleare Teilhabe ist wichtig für die Nato. Und ich dränge so viele Bündnispartner wie möglich, Teil dieser nuklearen Teilhabe zu sein – das schließt Deutschland ein.“ Angesichts solcher Aussagen von Menschen, die Verantwortung tragen, gruselt mir nach der grauenvollen Zerstörung in Hiroshima und Nagasaki. Da ist ganz klar Widerspruch angesagt!

Friedensforscher zeigen, dass die Atomkräfte in die Modernisierung ihrer Atomwaffen investieren. Zurzeit, so das Friedensforschungsinstitut Sipri gibt es 13 865 Atomwaffen auf der Welt. 20 davon lagern höchstwahrscheinlich in unserem eigenen Land, in Büchel. Es ist nicht besonders transparent, dass wir noch nicht einmal das genau wissen, selbst die Existenz dieses Depots wird offiziell nicht bestätigt. Dabei hat jede Atomwaffe des hier höchstwahrscheinlich lagernden Typs B-61 die drei- bis vierfache Sprengkraft der Hiroshima-Atombombe.

Friedrich Siegmund-Schultze hat 1946 formuliert: „Der Haß ist sicherlich eine der stärksten Mächte im Leben der Menschheit. ... Vielleicht, dass nicht in jedem Fall, in dem die Erde versengt oder der Tod gestreut wird, der Haß den Zerstörer treibt; aber un-

sichtbar steht der Dämon des Hasses hinter dem, der die Bombe plant oder wirft. Und die Menschheit läßt sich wie stets in die Verantwortungslosigkeit hineinschlafeln, die die Tat ermöglicht, die den Täter schützt, ja bewundert.“ Ein hervorragender Ansatzpunkt für Friedensethik: sich nicht in eine Verantwortungslosigkeit „hineinschlafeln“ lassen! Vom biblischen Friedensauftrag her gilt es für mich, sich für die Überwindung von Hass und Krieg einzusetzen. Das ist nicht naiv, sondern hoffnungsvoll. Es knüpft an die biblischen Hoffnungsbilder an, die erzählen, wie Gewalt überwunden wird, wie die Spirale der Gewalt durchbrochen werden kann.

Mit Fantasie für den Frieden, mit der Naivität, die andere Wange hinzuhalten, mit einer Gewaltlosigkeit, die Gewalttäter fassungslos macht, etwa wenn Jesus sagt: „Liebt eure Feinde, tut wohl denen, die euch hassen“. Der Friedensnobelpreisträger Martin Luther King hat erklärt, das sei das schwerste Erbe, das Jesus uns hinterlassen hat. Das stimmt. Aber es ist wichtig, dass der Protest gegen Atomwaffen gewaltfrei bleibt. Denn Gewalt setzt die Täter immer ins Unrecht.

Pazifismus ist kein Kinderspiel, kein Unfug und kein Nichtstun. Martin Luther King sagte: „Zuerst muß betont werden, daß gewaltloser Widerstand keine Methode für Feiglinge ist. Es wird Widerstand geleistet. ... Der Ausdruck ‚passiver Widerstand‘ erweckt oft den falschen Eindruck, daß das eine Methode des Nichtstuns sei, bei der derjenige, der Widerstand leistet, ruhig und passiv das Böse hin nimmt. Aber nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt. Denn der Anhänger des gewaltlosen Widerstands ist nur insofern passiv, als er seinen Gegner nicht physisch angreift; sein Geist und seine Gefühle aber sind immer aktiv. Sie versuchen ständig den Gegner zu überzeugen, daß er im Unrecht ist. Die Methode ist körperlich passiv, aber geistig stark aktiv. Es ist keine Widerstandslosigkeit gegenüber dem Bösen, sondern aktiver gewaltloser Widerstand gegen das Böse.“

## 4. Keine Legitimation von Gewalt durch Religionen

1948 erklärten die Kirchen der Welt in Amsterdam: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“ Sie hatten gelernt aus dem Grauen der Kriege. Noch zu Beginn des Ersten Weltkrieges haben die Kirchen mit Kriegspredigten ihre jeweiligen Nationen befeuert. Und auch im Zweiten Weltkrieg haben sie nicht in ausreichendem Maße gegen die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten und ihre Kriegstreiberei protestiert.

Gewalt und Krieg können nicht mit Gottes Willen legitimiert werden, das haben die Kirchen nach Jahren der Legitimation von Gewalt endlich begriffen. Religion darf sich nicht missbrauchen lassen, um Öl in das Feuer ethnischer, religiöser, nationaler oder wirtschaftlicher Konflikte zu gießen. Es gibt keinen „gerechten“ Krieg, nur gerechten Frieden. Und zum Frieden zu rufen, ist Aufgabe der Kirchen. Das können wir weitergeben aus bitterer Erfahrung: Krieg kann nicht gerecht sein. Aber haben wir wirklich gelernt?

Als Christin sehe ich Frieden und Toleranz biblisch begründet. Und es ist mir wichtig, mit Menschen anderer Religionen zusammenzuarbeiten, die sich für die Überwindung von Krieg einsetzen. Auch das ist nicht naiv, sondern hoffnungsvoll. Es geht letzten Endes um ein Eintreten für Menschenwürde, ja Menschlichkeit und Zukunftsfähigkeit. Biblisch-theologisch gesprochen: Es geht um die Gottebenbildlichkeit jedes Menschen, um Nächstenliebe und Schöpfungsbewahrung. Da ist die Lerngeschichte je neu eine aktuelle Herausforderung. Oder reicht die Fantasie der Menschen nicht für den Frieden?

Im Zeitalter von Massenvernichtungswaffen kann niemand mehr Krieg als ein Werkzeug Gottes sehen. Der Kriegstaukel von Terroristen, die zum angeblich „heiligen Krieg“ aufrufen, erinnert erschreckend an den Dreißigjährigen Krieg in Europa wie an das „Gott mit uns“ auf den Koppelschlössern der Soldaten 1914. Immer wieder wird der Name Gottes missbraucht,

um eigene Vorstellungen durchzusetzen. Und immer leiden zuerst die Kinder und werden traumatisiert fürs Leben. Der Krieg zerstört nicht nur Städte und verwüstet Felder, er prägt die Kinder, Enkel und Urenkel der Täter und der Opfer. Wir wissen heute, wie traumatisiert auch Soldaten durch die Kriege dieser Welt sind.

Wie kann es sein, dass wir im Jahr 2023 noch immer nicht fähig sind, Konflikte friedlich zu lösen? Vielmehr wird ächerlich gemacht, wer die Spirale der Gewalt unterbricht. So schreibt Oliver Trekamp in „Die Lage am Abend“ auf Spiegel-online: „Die Armenier in Bergkarabach haben offenbar zugestimmt, den Widerstand gegen die Truppen Aserbaidschans aufzugeben und ihre Waffen niederzulegen. Es wäre eine Kapitulation.“ Warum aber ist Kapitulation so furchtbar, wenn sie Menschenleben schützt, frage ich mich.

Noch immer haben wir unsere Füße nicht auf den Weg des Friedens ausgerichtet. Warum nur wird das Heil weiter im Militär gesucht, wenn wir doch alle, alle wissen, dass mehr Rüstung nicht mehr Frieden bringt, sondern Krieg wahrscheinlicher macht? Wenn heute von mehr internationaler Verantwortung die Rede ist, kann es doch nicht um mehr militärische Verantwortung Deutschlands gehen, sondern allein um mehr Friedensverantwortung!

Meine Motivation, mich für den Frieden zu engagieren, ist der christliche Glaube. Aus der biblischen Überlieferung kann ich keine Legitimation von Gewalt herauslesen. Ich engagiere mich gern gemeinsam mit Menschen, die andere Motive haben. Es gibt nicht viele Vorbilder. Bertha von Suttner ist eines für mich, auch wenn sie nicht kirchlich geprägt war. Zum Glück legt ein kleiner Verlag ihre Schriften endlich neu auf, beginnend mit „Die Waffen nieder!“

## 5. Zur Kriegsdienstverweigerung ermutigen

Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht. 300 000 junge Män-

ner haben Russland verlassen. Sie werden zum Teil als Feiglinge diffamiert. Nein, sie verweigern auf ihre Weise. Und sie sollten als politisch Verfolgte bei uns Asyl erhalten. Männer in der Ukraine zwischen 18 und 60 Jahren dürfen das Land nicht verlassen – das KDV-Recht wird faktisch aber nicht gewährt. Allein 163 000 ukrainische Männer haben allein im ersten Kriegsjahr Zuflucht in Deutschland gesucht und müssen nun befürchten, in den Kriegsdienst ausgeliefert zu werden. EU-weit beträgt die Zahl der wehrpflichtigen geflüchteten Ukrainer 650 000. Kiew erwägt, ihre Auslieferung zu beantragen. Würde das mit europäischen Werten übereinstimmen, frage ich mich. Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht.

Wir dürfen uns nicht von Feindbildern verführen lassen: Hier die Guten, da die Bösen. Wladimir Putin ist glasklar schuldig, er hat diesen sinnlosen, desaströsen, völkerrechtswidrigen Krieg begonnen, er könnte ihn sofort beenden. Ich wünsche mir, dass er für sein Handeln zur Rechenschaft gezogen wird. Und wir fordern, dass die russische Armee sich zurückzieht. Aber ich mache nicht jeden jungen russischen Soldaten dafür verantwortlich. Mein Vater war 18, als der Zweite Weltkrieg begann, wurde sofort eingezogen und blieb Soldat, bis er mit 25 in amerikanische Kriegsgefangenschaft kam. Er war in der Armee der Täter. Aber er war auch Opfer. Und er hat den Krieg bis zum Ende seines Lebens gehasst.

## 6. Zukunftsbilder vom Frieden entwerfen!

Da heißt es in einer seriösen Sendung, die Ukraine müsse zu einem Igel mit vielen Stacheln aufgerüstet werden, das russische Heer dürfe sich nie mehr regenerieren. Im Grunde bedeutet das: Noch mehr rüsten nach einem hoffentlich baldigen Ende des Krieges. Die Lösung liegt allein in gegenseitiger Abschreckung. Nicht Strategien zur Deeskalation bestimmen die Politik, sondern massive Aufrüstung. Deutschland wird erstmals das Zwei-

Prozent-Ziel der Nato erreichen. Der Rüstungsetat für 2024 ist auf 85,5 Milliarden Euro angewachsen, während die Etats für Nothilfe, Entwicklung, freiwilliges soziales Jahr und Migrationsberatung sinken. In der Folge der Sanktionen gegen Russland steigt die Inflation, gestiegene Lebensmittel- und Energiepreise treffen vor allem die Ärmsten in der Bevölkerung.

Dietrich Bonhoeffer, der gern von Waffenlieferungsbefürwortern zitiert wird mit dem Bild, man müsse dem Rad in die Speichen greifen, hat sehr klar gesagt: Es gibt keinen Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Dem Rad in die Speichen greifen, das heißt für mich heute: Keine weiteren Ausgaben für Militär, sondern Investition in sozialen Ausgleich, Entwicklung und Bildung.

Um der Kinder dieser Welt willen muss das Ziel sein, zivile Konfliktbewältigung zu lernen, Mediation, gewaltfreie Formen von Widerstand einzuüben. Und die Gelder dieser Welt müssen investiert werden, um die Klimakatastrophe zu verhindern. Rüstung und Krieg zerstören das Klima. Investitionen in Bildung und Entwicklung fördern den Frieden.

Wenn unser Land 100 Milliarden Euro für Aufrüstung und 82 Milliarden zudem für den Wehretat ausgibt, aber nur 2,4 Milliarden Euro für Kindergrundsicherung ausgibt und zudem die Etats für internationale Nothilfe, für Entwicklung, für das freiwillige soziale Jahr und für Migrationsberatung kürzt, zeigt sich, wo die Prioritäten liegen.

Die Hoffnung auf Zukunft für die Kinder dieser Welt liegt in Abrüstung, nicht in ständiger Aufrüstung.

*Margot Käßmann ist DFG-VK-Mitglied und war von 2002 bis 2014 Präsidentin der Zentralstelle KDV; sie war Landesbischöfin der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers (1999-2010) und Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (2009-2019). Seit 2018 ist sie im Ruhestand.*



# Suttner: Pazifistin in militaristischen Zeiten

Impulsreferat beim Suttner-Symposium am 23. September in Bonn

Von Jasmin Lörchner

**M**it einem biographischen Blick auf Bertha von Suttner will ich skizzieren, wie sie zum Pazifismus kam, wie sie ihn verstanden und gestaltet hat.

Ich glaube, von Suttners Pazifismus setzte sich aus vielen Puzzleteilen zusammen: Den Boden bereitete intellektuelle Neugier, er konnte sich auch entwickeln als Reaktion auf die Ablehnung durch die höhere Gesellschaft, die Bertha von Suttner erfuhr. Ihre Gedanken zu Krieg und Frieden wurden beeinflusst vom Schockerlebnis, 1877 plötzlich selbst in einem Land zu leben, in dem Krieg ausbrach. Und er war durchdrungen von ihrem Mitgefühl für die Opfer des Krieges. Lassen Sie uns diese Fäden gemeinsam aufnehmen.

**Bertha Kinsky, die spätere Bertha von Suttner**, wurde am 9. Juni 1843 in Prag geboren. Weil ihre Mutter nicht aus so angesehenem Hause stammte wie ihr Vater, begegneten Bertha von Suttner immer Standesdünkel, in der sog. höheren Gesellschaft wurde sie nie ganz akzeptiert. Diese Ablehnung, diese erzwungene Distanz, bewirkte aber auch, dass sie sich später kritisch mit der Oberschicht auseinandersetzte, auch mit deren konservativen und militaristischen Überzeugungen.

Nachdem ihr Vater früh verstorben war und die Mutter mit ihr zu einem Vormund zog, wurde Bertha von Suttner nicht auf eine strenge Klosterschule geschickt, sondern bekam Privatunterricht. Sie lernte Sprachen und Musik und hatte Zugang zur Privatbibliothek ihres Vormunds, in dem sie zahlreiche Klassiker fand. Sie las Victor Hugo, Emile Zola, Gustave Flaubert und Charles Dickens. So kam sie in Kontakt mit liberalerem Gedan-

kengut, manches davon beeinflusst von der Französischen Revolution 1789/90.

Bertha von Suttner wuchs auf in einer Zeit, die bereits die Französische Revolution und die nachfolgenden Eroberungszüge Napoleons erlebt hatte. Die europäischen Mächte hatten sich nach dem Sieg über Napoleon auf dem Wiener Kongress 1814/15 neu geordnet. Man kehrte in gewisser Weise wieder zur alten Ordnung zurück, und als es 1848, nur fünf Jahre nach Bertha von Suttners Geburt, zur Revolution kam, wurde diese Revolution im Keim erstickt – und damit auch liberalere, demokratische Gedanken.

Die Zeit war von starkem Herrschaftsetzungen bestimmt. Außenpolitik bestand noch nicht so sehr aus beschwichtigender und befriedender oder gar feministischer Diplomatie, sondern aus Säbelrasseln und eben kriegerischen Konflikten. Trotzdem – oder vielleicht auch gerade deshalb, weil das eine sehr maskulin dominierte politische Sphäre war – blieb Bertha von Suttner bis in ihre Dreißiger unpolitisch.

Ihre Begegnung mit Alfred Nobel in Paris 1876 war vermutlich das erste Mal, dass Bertha von Suttner auf einer philosophischeren Ebene direkt mit Gedanken zum Krieg konfrontiert wurde. Bei ihren Gesprächen dachte der Erfinder des Dynamits laut darüber nach, wofür seine Erfindung eigentlich eingesetzt wurde. Nobel wollte sie als Privatsekretärin engagieren; zwar trat sie die Stelle nie an, aber die beiden verband dann eine lebenslange Freundschaft. Sie beschreibt ihn in ihren Memoiren als melancholischen Menschen, und sein Blick auf Krieg und Frieden war pessimistisch: Er glaubte, nur die Abschreckung durch Massenvernichtungswaffen könne Menschen zum Frieden zwingen. Das

ist eine Schlussfolgerung, die wir so wiederholt auch ein knappes Jahrhundert später im Kalten Krieg hören.

**Nachdem Bertha heimlich ihre große Liebe** Arthur von Suttner geheiratet hatte, zog das Paar für neun Jahre in das Fürstentum Mingrelien im heutigen Georgien. Und dort machte Bertha von Suttner in meinen Augen ihre entscheidende Entwicklung durch. In Georgien wurde aus der jungen Frau, die weitgehend privilegiert aufgewachsen war, eine gesellschaftskritische und intellektuell denkende Autorin, die erste pazifistische Positionen entwickelte.

Denn 1877, ein Jahr nach der Ankunft der von Suttners, marschierten russische Truppen im Land ein. Russland, Persien und die Türkei stritten sich schon seit Langem um die Region, und nun lebte Bertha von Suttner plötzlich in einem Land, in dem Krieg herrschte. Hier wird es politisch interessant, denn obwohl die russischen Truppen die Aggressoren waren, unterstützten die von Suttners deren Position: Das Fürstentum Mingrelien war eine Marionettenregierung Russlands, stand also unter dessen Einfluss. Russland rechtfertigte den Krieg damit, das Land von muslimischem Einfluss zu befreien. Politisch war Bertha von Suttner noch nicht gereift genug, um die Abhängigkeiten und die russischen Interessen zu durchblicken und zu hinterfragen. Sie schreibt in ihren Memoiren:

*Es galt, „slawische Brüder“ zu befreien, das war die um uns herum ausgegebene Parole, und wir nahmen sie gläubig hin.*

Aber sie reagierte auf menschlicher Ebene: Sie sah das Leid und hörte von den Verlusten. Sie wollte für das Rote Kreuz Freiwilligendienst leisten, schließlich engagierte sie sich bis zum

Kriegsende im März 1878 für wohltätige Zwecke. Diese Erinnerung daran, dass Freund\*innen Familienangehörige verloren oder Angst um Ehemänner, Söhne und Brüder hatten, die in den Krieg gezogen waren, die scheint etwas ausgelöst zu haben.

Sie wollte offenbar die Welt um sich herum besser verstehen, denn sie bildete sich in den kommenden Jahren intensiv weiter. Sie verschlang die Literatur der Aufklärung regelrecht, sie beschäftigte sich mit dem neu aufkommenden Glauben an den Fortschritt der Menschheit, einem Fortschritt zum Guten. Sie hinterfragte ihre adelige Herkunft, sie beschäftigte sich mit Wissenschaft und Technik und veröffentlichte erste analytische Artikel.

### Nach ihrer Rückkehr nach Wien

1885 hörte Bertha von Suttner zum ersten Mal von der Existenz der „International Arbitration and Peace Association“, die der britische Pazifist Hodgson Pratt 1880 gegründet hatte. Das war ein Aha-Erlebnis für sie, das sie beeindruckte. Sie schreibt, dass die Nachricht sie elektrisierte.

Kurz darauf veröffentlichte Bertha von Suttner unter dem Pseudonym „Jemand“ ihr Werk „Das Maschinenzeitalter“. Sie hat dort ihre erste Ideen über Krieg und Frieden verschriftlicht, nämlich ihre Kritik an der weit verbreiteten Idee der Hochrüstung, um sich mit gegenseitiger Abschreckung in Schach zu halten. Diese Überzeugung stellte sie in „Das Maschinenzeitalter“ erstmals öffentlich kritisch in Frage.

Kaum 20 Jahre zuvor hatte der Deutsch-Französische Krieg getobt, und die Spannungen zwischen den europäischen Großmächten konnte man weiter fast mit Händen greifen. Die Angst vor einem europäischen Krieg spricht Bertha von Suttner in ihrem Buch an:

*In einem künftigen europäischen Krieg konnte das gleiche Quantum von Tötung, Verwüstung und Verwilderung aufgehäuft werden, wie solche in hundert Schlachten des Altertums nicht enthalten waren.*

Hier ist eine Frau, die von der Weltpolitik unbeeindruckt aufgewachsen ist und die sich nun auf ihre wachsenden pazifistischen Überzeugungen einlässt. Sie glaubt nicht mehr, dass Kriege unvermeidlich sind, dass Außenpolitik nur mit Waffengewalt gemacht werden kann.

Ihre pazifistischen Überzeugungen sind das Ergebnis eines Reifeprozesses. Es genügt ihr nicht mehr, ihre Überlegungen im stillen Kämmerlein anzustellen.

Auch wenn es sich für Frauen ihrer Zeit nicht gehörte, sich zu Wort zu melden, nahm sie sich dieses Recht mit zunehmendem Selbstbewusstsein. Ihr pazifistischer Reifeprozess war auch ein feministischer Reifeprozess, auch wenn sie sich wohl nicht als Feministin bezeichnet hätte. Und sie erkannte auch, dass Bewegungen, noch dazu Bewegungen, die die Welt verändern wollten, auf Netzwerke und Allianzen angewiesen sind. Sie entpuppt sich als engagierte und talentierte Netzwerkerin.

### Bertha von Suttner veröffentlicht

**1889** ihren Roman „Die Waffen nieder“. Ihre Protagonistin Martha von Althaus verliert einen ersten Ehemann in der Schlacht von Magenta im Sardinischen Krieg 1859. Sie verliebt sich erneut, und auch ihr zweiter Ehemann muss für sein Land wiederholt in den Krieg ziehen und wird in der Schlacht von Königgrätz im Deutschen Krieg von 1866 schwer verwundet. Und trotzdem will der Patriarch der Familie, der Großvater ihrer Protagonistin, ihren Sohn zu einem Soldaten machen.

Für „Die Waffen nieder“ recherchierte Bertha von Suttner die Zustände der österreichisch-italienischen Unabhängigkeitskriege, die der preussischen Kriege mit Frankreich und Österreich. Sie interviewte Soldaten und grub sich durch Archive, las Berichte von Militärärzt\*innen und Zeitzeug\*innen. Über ihre Motivation berichtete sie einige Jahre später in ihrem Artikel „How I wrote ‚Lay Down Your Arms‘“ – also: Wie ich „Die Waffen nieder“ geschrieben habe.

*Mit diesen Daten ausgestattet, machte ich mich an die Arbeit am historischen Gerüst meines Buches und an die Entwicklung meiner Handlung, deren Grundlage natürlich die leidenschaftliche Verurteilung des Krieges war.*

Bertha von Suttner lässt ihre Protagonistin auf der Suche nach ihrem Mann über ein Schlachtfeld laufen. Sie beschreibt schonungslos und blutig das menschliche Leid der verwundeten Soldaten, die qualvoll sterben. Sie beschreibt das Leid der Frauen, die ihre Männer im Krieg verlieren. Sie hinterfragt die Heroisierung des Militärischen, des Krieges und des Kriegstods: Sie legt offen, dass Kriege nicht mit dem letzten Schuss und einer Waffenruhe enden. Sie zeigt, dass die Erzählungen, Mythen, Rachegefühle und Schuldzuweisungen rund um Kriege immer auch das Futter für den nächsten Konflikt liefern.

Und dass es genau deshalb Mechanismen und Vereinigungen braucht, die auf Völkerverständigung, auf Aussöhnung und friedliche Verhandlungen hinarbeiten.

„Die Waffen nieder“ wurde in 17 Sprachen übersetzt und schon vor dem Ersten Weltkrieg 31 Mal neu aufgelegt. Bertha von Suttner wurde beinahe über Nacht berühmt und katalpultierte sich in die Mitte der Friedensaktivist\*innen ihrer Zeit. 1899 war sie eine der bedeutendsten Stimmen auf der ersten Haager Friedenskonferenz.

Die Netzwerkerin Bertha von Suttner schloss Freundschaft mit Hodgson Pratt, dem Gründer der britischen Friedensinitiative, mit dem norwegischen Friedensaktivisten Bjørnstjerne Bjørnson und mit der schwedischen Frauenrechtlerin und Autorin Ellen Key. Sie formte in diesen Jahren eine Idee und ein Ideal: Der Beginn des 20. Jahrhunderts soll die Abkehr vom Krieg bedeuten; es sollte ein Jahrhundert ohne Krieg werden. Am 30. Oktober 1891 gründete Bertha von Suttner deshalb die Österreichische Friedensgesellschaft, die bald 2000 Mitglieder zählte, am 9. November 1892 dann in Berlin zusammen mit Alfred Her- »

»mann Fried die Deutsche Friedensgesellschaft. Und sie wurde zur Vollblut-Aktivistin, die weltweit auf Friedenskongressen sprach. Der französische Friedensaktivist Frédéric Passy verpasste ihr übrigens einen Spitznamen, ironischerweise dem Militärjargon entlehnt: Er nannte sie bald „notre général en chef“, die Oberbefehlshaberin – ich weiß nicht, ob das Pazifisten-Humor ist?

**Bertha von Suttners Pazifismus** und ihre Gedanken zum Frieden entwickelten sich stetig weiter. Sie dis-



Foto: Christian Göhl

kutierte in ihren Briefen mit Alfred Nobel über Schlichtungsverfahren für die internationale Bühne und stellte sich energisch gegen Nobels Idee, dass nur Hochrüstung gegenseitige Abschreckung bewirken und Frieden garantieren könne. Sie argumentierte: Frieden kann nicht auf Angst gegründet werden. Frieden muss auf Vertrauen basieren. 1895 begründete Alfred Nobel mit seinem Testament die Vergabe der Nobelpreise, darunter ein jährlicher Friedenspreis.

10 Jahre später, 1905, wurde Bertha von Suttner als erste Frau mit der Auszeichnung bedacht. In ihrer Dankesrede bezog sie sich auf den kurz zuvor tobenden russisch-japanischen Krieg und die gescheiterte russische Revolution von 1904 und fragte, ob man den Pazifismus mit Blick auf all diese Gewalt ernstnehmen kann?

Sie argumentierte: *Man muss verstehen, dass zwei Weltanschauungen und zwei Zivilisationsepochen jetzt*

*mit einander ringen, und da wird man gewahr, dass mitten unter dem krahenden, drohenden Alten das verheissende Neue sich emporringt, gar nicht mehr vereinzelt, gar nicht mehr schwach und formlos, sondern schon viel verbreitet und lebenskräftig. Ganz unabhängig von der eigentlichen Friedensbewegung, die ja selber mehr ein Symptom als die Ursache der sich vollziehenden Wandlung ist, geht ein Prozess der Internationalisierung, der Solidarisierung der Welt vor sich.*

Bei aller Anerkennung in den eigenen Reihen stieß Bertha von Suttner auch auf breite Kritik. Als Pazifistin hatte sie es in einer militaristischen Zeit nicht einfach. In ihrem Nachlass, der bei den Vereinten Nationen in Genf im Archiv liegt, findet sich auch eine ganze Mappe mit kritischen Pressestimmen über sie.

Ich zitiere aus einem Artikel namens „Die Waffen hoch“, leider ist das Medium nicht überliefert:

*Im Orient grollts, am Balkan ballen sich die schweren Wetterwolken, Serben, Bulgaren, Makedonier warten nur auf den Augenblick zum Losschlagen, im Hintergrunde lauern die Mächte, es ist die drückende Schwüle, die dem Sturm vorherzugehen pflegt, da auf einmal ruft die schrille Stimme einer ältlichen Dame dem erstaunten Europa wieder einmal den abgedroschenen Ruf entgegen: „Die Waffen nieder – Friede auf Erden“*

Der Pazifismus wird hier in seiner weiblichen Erscheinung in Form von Bertha von Suttner ganz offen abgewertet. Man rät ihr in dem Stück, ihre Friedensphrasen lieber nur bei ihren Teegesellschaften „vorzubeten“.

Weiter heißt es: *Und wenn Frau Suttner Zeitungen lesen würde, so müßte ihr der spanisch-amerikanische, der südafrikanische, der China-krieg und Venezuela den vollständigen Bankerott ihrer Friedensideen gelehrt haben, sie müßte einsehen, welche lächerliche Rolle die alten Perrücken der Haager Friedenskonferenz – und*

*mit Respekt zu sagen, die Frau Baro-nin selber spielen.*

*Ein ewiger fauler Friede wäre das größte Unglück für alle Staaten. Es wäre somit mehr als Wahnsinn, wollten wir uns von einer hysterischen Dame mit schönen leeren Phrasen in einen reichlichen Friedensdusel einwiegen lassen, aus dem uns eines schönen Tages dröhnender Kanonendonner unsanft erwecken wird.*

Bertha von Suttner spürte die Spannungen in Europa natürlich auch. Sie leitete daraus eine Verpflichtung ab: 1913 traf sie den jungen österreichischen Schriftsteller Stefan Zweig und warnte ihn eindringlich: Seine Generation müsse sich den Zielen der Friedensbewegung anschließen und sie lautstark verteidigen. Erst Jahre später wird Stefan Zweig zugeben, wie sehr sie recht hatte.

**Den Beginn des Ersten Weltkriegs** erlebte Bertha von Suttner nicht mehr. Sie starb am 21. Juni 1914 mit 71 Jahren. Eine Woche später fielen in Sarajevo die tödlichen Schüsse auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand und seine Frau Sophie.

Ist Bertha von Suttner also gescheitert mit ihrer Idee und ihrer Überzeugung des Pazifismus, weil schon kurz nach ihrem Tod der erste von zwei Weltkriegen begonnen wurde und massenhaftes Morden und Sterben folgten? Ich glaube nicht. Ihre pazifistischen Überzeugungen und die der Friedensbewegung allgemein trugen viel dazu bei, den Militarismus und die bewaffnete Konfliktlösung als außenpolitische Strategie zu hinterfragen und inakzeptabler zu machen. Ihr Engagement half, die Grundlagen für internationale Einrichtungen zu legen, die sich bis heute der Friedenssicherung verschreiben. Es waren auch ihre Überzeugungen, die die Frauen auf dem Internationalen Frauenfriedenskongress 1915 inspirierten und später Woodrow Wilson zu seinem Vorschlag der League of Nations bzw. dem Völkerbund, aus dem die Vereinten Nationen hervorgingen.

Bertha von Suttner wäre entsetzt gewesen über die vielen Kriege, die die Welt seit ihrem Tod 1914 gesehen hat. Der Blick auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bringt mich einerseits zurück zu ihrer Mahnung, dass jede Generation ihr Engagement für die Friedenssicherung und -bewahrung erneuern muss. Gleichzeitig stellt sich die moralische Frage, ob auch bei einem Angriffskrieg wirklich der Verzicht auf Waffen geboten ist

und Aggressoren so freie Bahn gegeben wird, um zu erobern, zu unterdrücken und zu morden.

Ich will mir nicht anmaßen zu vermuten, welche Antwort Suttner auf diese Frage gegeben hätte. Aber ich bin gespannt auf die Sichtweisen, die wir heute zu ihrem Werk und vielleicht auch zu solchen Fragen austauschen.

*Jasmin Lörchner ist freie Journalistin mit Schwerpunkt Geschichte und*

*schreibt u.a. für Medien wie Spiegel Geschichte, Geo Epoche, Mare und PM History.*

*Seit 2020 hostet und produziert sie den Podcast „HerStory“ (www.herstorypod.de), in dem sie zweiwöchentlich Frauen und queeren Protagonist\*innen der Geschichte nachspürt und historischen Figuren eine Bühne gibt, die übersehen werden oder nicht genügend Aufmerksamkeit bekommen.*



# Ja, sie gilt – aber nicht ohne Anstrengung

## Zur Bedeutung der Suttner'schen Forderung „Die Waffen nieder!“

Von David Scheuing

**D**anach zu fragen, ob es heute noch gelte, „die Waffen nieder!“ zu fordern, mögen manche als Provokation und andere wieder als Selbstverständlichkeit verstehen. Durch die Kriegsgeschehnisse in der Ukraine sind die Fragen danach, ob es angemessen sei, eine solche Forderung zu erheben, allerdings wieder sehr viel unmittelbarer in die Wohnzimmer, in die politischen Pausengespräche und in fast alle Diskussionsräume gedrungen.

Grund und Anlass genug, dieser Frage Raum zu geben – angemessen zum 180. Geburtstag von Bertha von Suttner.

Dieser intensive Austauschtag voller Inputs (siehe den Bericht von Franz Hippler und die beiden Referate von Margot Käßmann und Jasmin Lörchner auf den folgenden Seiten) bestärkte letztlich grundsätzliche Hoffnungen in diesen Tag: Dass es notwendig ist, die Forderung „die Waffen nieder!“ laut und vielleicht auch politisch unbequem zu erheben; dass es aber immer auch notwendig ist, dass pazifistische Forderungen und Positionen sich ihrer eigenen Beschränktheit bewusst sind und in einen selbstbewussten Austausch mit der breiteren Gesellschaft treten. Denn keinesfalls sollten es sich, so der Tenor des Tages, der Pa-

zifismus oder alle, die Pazifisten formulieren, zu leicht machen. Nein, es gelte, um Antworten zu ringen, in den Austausch zu gehen, Geduld zu haben, abweichenden Stimmen zur eigenen Position auch zu hören und anzuerkennen – und immer auch sichtbar zu machen, wie partiell die Perspektive ist, die wir einnehmen.

Historisch ist eine solche Position keinesfalls einmalig: Pazifist\*innen standen schon vielfach unter Beschuss, die Zitate, die Jasmin Lörchner aus dem Nachlass von Suttner vortrug, waren dafür Illustration genug. Pazifist\*innen hatten schon vielfach die Debatte mit anderslautenden Positionen und auch Betroffenen von Kriegen und Gewalthandlungen gesucht – dies brachte Bianca Walther vom Podcast „Frauen von damals“ ein, und Mai Shatta von „Sudan Uprising Germany“ bekräftigte die Notwendigkeit zu Handlung in Solidarität für die heutige Zeit. Pazifist\*innen sind – und müssen – auch immer wieder ins Zweifeln geraten, ins Nachdenken, ins Ringen darum, wie eine gewaltfreie Welt aussehen könnte. Aus diesem Nachdenken, aus dieser Selbstbefragung, sind wichtige und „gewaltige“ Impulse entstanden – dazu kann uns Bertha von Suttner lebendig Zeugnis geben und Inspiration sein.

Worum es nun gehen muss: Bestärkt durch diese von vielen beim Symposium geäußerte Bekräftigung der Forderung, „die Waffen nieder!“ zu legen, weitergehen und -arbeiten. Mit einem feministisch-intersektional informierten Pazifismus, der klar Kriegs- und Gewaltursachen benennt, die Logik und Dynamik von Krieg sichtbar macht und Alternativen dazu vorschlägt; der nicht in den Methoden, Mitteln und Slogans voriger Tage verharrt, sondern sich kreativ aus ihnen löst, ohne ihren Geist zu verraten; mit einer Friedensbewegung, die sich über progressive Bewegungen hinweg vernetzt und in kritischer Solidarität agiert.

Lauter hätte ein Aktionsprogramm für „Die Waffen nieder!“ - heute ebenso wie früher, kaum benannt werden können. Ein inhaltlich durchweg inspirierender Tag – auch wenn mehr Zeit für den Austausch zwischendrin hätte sein können. Stoff genug für viele Abende am Esstisch, im politischen Bücherclub, im Freund\*innenkreis allemal.

*David Scheuing ist Vorsitzender des Stiftungsrats der Suttner-Stiftung der DFG-VK und beruflich tätig als verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift W&F – Wissenschaft und Frieden.* <<

# Gegen die „Rattenfänger“ der Bundeswehr

Mit dem Motto „Schulfrei für die Bundeswehr“ gegen die Militarisierung der Jugend

Von Klaus Pfisterer

**D**ie Bundeswehr ist auf großem Werbefeldzug. Dem Jahresbericht 2022 der Wehrbeauftragten Eva Högl (SPD), ist zu entnehmen, dass zum 31.12.2022 183051 Soldat\*innen Dienst leisteten: 56729 Berufssoldat\*innen, 116872 Soldat\*innen auf Zeit und 9450 Freiwillig Wehrdienstleistende – 600 weniger als ein Jahr zuvor. Nach den Vorstellungen von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) soll die Zahl auf 203000 steigen. Es gibt jedoch Probleme: die Konkurrenz mit der Wirtschaft, den Fachkräftemangel und die sinkenden Schulabgänger\*innenzahlen. Hinzu kommen Probleme in der Truppe: Entlegene Standorte sind unattraktiv, die Vereinbarkeit von Familie und Dienst ist nicht gegeben und in zahlreichen Kasernen gibt es kein W-Lan.

2022 gab es 18770 Dienstantritte. Von diesen Personen haben 3970 (rund 21 Prozent) innerhalb der ersten sechs Monate die Bundeswehr wieder verlassen, im Heer sogar 30 Prozent. Die Gründe sind vielfältig: Persönliches und Familiäres, Gesundheit, Entfernung vom Heimatort, falsche Vorstellungen von den Rahmenbedingungen, bessere berufliche Alternative. Gleichzeitig gab es 18692 unbesetzte Stellen. Die Bewerber\*innenzahl ging von 49200 auf 43900 zurück. In den ersten fünf Monaten 2023 sank die Zahl um weitere 7 Prozent (tageschau.de vom 2. August 2023).

7070 Soldat\*innen auf Zeit verlängerten ihren Dienst. Dafür wurden 11,5 Millionen Euro Verpflichtungsprämien ausbezahlt. Allerdings ist die Verpflichtungszeit gesunken. Bei den Wiedereinstellungen traten von 3914

von Reservis\*innen 2020: 12 Anträge; 2021: 10; 2022: 271. Hier zeigt der Krieg in der Ukraine seine Auswirkungen.

**Die Bundeswehr wirbt massiv**, um Jugendliche anzulocken. Das beginnt damit, dass sie Postkarten an diejenigen Jugendlichen sendet, die im Folgejahr 18 Jahre alt werden. Dazu werden der Bundeswehr jährlich Meldedaten von Jugendlichen übermittelt, wenn diese nicht vorsorglich widersprechen. Für Kampagnen wie die Youtube-Serie „Die Rekruten“, Plakataktionen wie „Mach, was wirklich zählt“, Sommercamps, Fernsehspots usw. gibt die Bundeswehr jährlich mindestens 35,3 Millionen Euro aus.

Jugendoffiziere schwärmen in die Schulen aus und werden in allen 16 Bundesländern eingesetzt. In neun Bundesländern wurden Kooperationsvereinbarungen geschlossen, die ihnen einen privilegierten Zugang zu den Schulen ermöglichen. Sechs davon untersagen ihnen, für Tätigkeiten in der Bundeswehr zu werben: Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein. Die Jugendoffiziere verweisen daher auf die Karriereberater\*innen, die explizit werben. Diese werden von keiner der Kooperationsvereinbarungen erfasst, wodurch der Werbung Tür und Tor geöffnet ist.

Die CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg will noch mehr Militär in den Schulen. In ihrem Sicherheitspapier „Tun, was getan werden muss“ vom 12. Januar 2023 will sie der Entfremdung zwischen Bundeswehr und Gesellschaft mit der Standardisierung eines Jugendoffiziers in den Schulen entgegenwirken. In einer Landtagsanfrage vom 9. Mai wollte sie die Außen- und Sicherheitspo-

Bewerber\*innen lediglich 1570 den Dienst an. Noch weniger Einstellungen gab es beim Seiteneinstieg: von 9928 Bewerber\*innen gerade einmal 1141. In beiden Bereichen sind die Bewerbungen rückläufig. Vor allem die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte ist ein Problem, trotz der „Fachkräftekampagne 2022“, die vor allem auf Messen durchgeführt wurde.

Hinzu kommt, dass die Bundeswehr durch Kriegsdienstverweiger\*innen Personal verliert, wenn auch auf niedrigem Niveau: KDV-Anträge von Soldat\*innen 2020: 108; 2021: 176; 2022: 235;





litik noch stärker als bisher in Schule und Unterricht abbilden und in den Bildungsplänen stärker verankern lassen.

Die FDP-Fraktion forderte in einer Landtagsanfrage vom 17. April, die Besuche von Jugendoffizieren in den Lehrplänen der jeweiligen Schularten zu verankern und feste Deputatseinheiten für sie vorzusehen. Sie wollte auch wissen, welche Schulen bzw. Lehrkräfte sich gegen den Besuch von Jugendoffizieren ausgesprochen hätten.

Die baden-württembergische Kultusministerin Waltraud Schopper (Grüne) wehrte diese Ansinnen ab und stellte klar, dass die gegenwärtigen Vereinbarungen ausreichend seien. Zudem seien die Jugendoffiziere an den „Beutelsbacher Konsens“ gebunden, der das Kontroversitätsgebot und das Überwältigungsverbot enthält.

**Dass die Bundeswehrwerbung** teilweise fruchtet, sieht man an den Einberufungszahlen bei Minderjährigen. Seit Aussetzung der Wehrpflicht 2011 wurden mehr als 15000 Minderjährige zur Bundeswehr einberufen. 2022 waren es 1773 minderjährige Soldat\*innen. Das entsprach 9,2 Prozent der 18770 Dienstantritte. Dass die Bundesregierung dabei gegen die UN-Kinderrechtskonvention verstößt, wird billigend in Kauf genommen.

Der Koalitionsvertrag der Ampelregierung sieht vor: „Ausbildung und Dienst an der Waffe bleiben volljährigen Soldatinnen und Soldaten vorbehalten.“ Die Umsetzung ist bisher nicht erfolgt und wird es wohl auch nicht. Denn das Verteidigungsministerium und die Truppe erarbeiten derzeit ein Konzept, wie die minderjährigen Soldat\*innen zunächst ohne Ausbildung an der Waffe in die Streitkräfte integriert werden können.

Es gibt Widerstand. Das Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“ in Baden-Württemberg setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, dass die Landesregierung die Kooperationsvereinbarung kün-

digd und die Besuche der Karriereberater\*innen in den Schulen untersagt. Jugendoffiziere verschweigen in ihren Vorträgen oft die Kriegsrealität. Die Karriereberater\*innen werben mit den Sonnenseiten der Bundeswehr und führen die Jugendlichen somit in die Irre. Das Schulfrei-Bündnis ist der Auffassung, dass an ihrer Stelle die verantwortlichen Politiker\*innen in den Schulen informieren sollten, denn sie treffen die Beschlüsse zu den Bundeswehreinsätzen.

Letztlich entscheidet jede Lehrerin und jeder Lehrer, ob sie/er das Angebot eines Jugendoffiziers annimmt. Und die wenigsten Kolleg\*innen tun dies. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat klare Beschlüsse gegen Jugendoffiziere im Unterricht. Die baden-württembergische GEW-Vorsitzende Monika Stein erklärte, dass die politische Bildung auch in Fragen der Sicherheitspolitik in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute gehört und nicht in die von Jugendoffizieren.

Der Widerstand sollte auch aus den Schulen kommen, vor allem von Schüler\*innen. Aber die sind sich noch uneins. Während die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz die verstärkte Werbung der Bundeswehr an Schulen verurteilt und stattdessen fordert, den Fokus auf die Förderung von Frieden, Gewaltlosigkeit und zivilem Engagement zu legen, sieht der Vorsitzende des Landesschülerbeirats in Baden-Württemberg auch Vorteile von Soldat\*innen in Klassenzimmern: Das bringe Abwechslung in den Unterricht.

Wichtig wäre, dass sich die Schüler\*innen entschieden gegen die Militarisierung des Bildungswesens stemmen, und dies in Zusammenarbeit mit Friedensorganisationen, die sie darin unterstützen könnten.

Die „Kriegsbegeisterung“ der jungen Menschen ist nicht sehr ausgeprägt. Doch Vorsicht ist geboten. Die Bundeswehr wird in ihren Werbemaßnahmen nicht nachlassen. Neben dem Widerstand der GEW bedarf es auch dessen der anderen Lehrer\*innenver-

bände. Schüler\*innen benötigen Friedenserziehung und Friedensbildung statt Wehrpropaganda.

*Klaus Pfisterer ist Landesvorsitzender der DFG-VK Baden-Württemberg und Mitglied im Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“ in Baden-Württemberg.* <<

**Danke, alles Gute und ciao, Kathi!**



Seit 2018 hat Katharina „Kathi“ Müller in der DFG-VK-Geschäftsführung als Referentin für Friedenspolitik gearbeitet; zum 1. September hat sie als hauptamtlich Beschäftigte aufgehört. Viele kennen sie von den zahlreichen Aktivitäten, die sie organisiert hat; z.B. die Jugenddelegationen zu den Uno-Atomwaffen-Konferenzen und zuletzt eine Tour mit Aktivisten von den durch Atomwaffentests betroffenen Marshallinseln. Vor allem war Kathi aber hinter den Kulissen aktiv: bei der Betreuung des zweimonatlichen „Frieden mitmachen“-Newsletter, der Website und beim Fundraising. Wir danken Kathi für ihre großartige Arbeit! Sie wird uns als Mensch fehlen – und natürlich auch ihre Arbeit selbst. Wer sie besuchen möchte, kann das in Köln machen: Dort hat sie mit ihrem Partner ein Brettspielcafé eröffnet ([www.brettspielecafekoeln.de](http://www.brettspielecafekoeln.de)). Vielleicht ja ein Ort für ein DFG-VK-Treffen?

*Michael Schulze von Glaßer*

## Mit langem Atem

### 19. Friedensfahrradtour der bayerischen DFG-VK – von Ingolstadt nach Lindau

Von Johanna Pfeffer

**W**enig baden, viel duschen. Der Wettergott hat es den Friedensradler\*innen der 19. Friedensfahrradtour (FFT) des bayerischen DFG-VK-Landesverbands nicht leicht gemacht; doch sie haben nicht nur durchgehalten, sondern einmal mehr mit Engagement und Humor eine erfolgreiche Tour gestaltet.

Zum Auftakt am Freitag, 28. Juli, traf ein Großteil der Teilnehmenden bereits am Nachmittag ein, um in einem „Friedenscafé“ in der Jugendherberge in Ingolstadt über unterschiedliche Perspektiven des Kriegs in der Ukraine zu diskutieren. Angelehnt an die Methode eines „World-Cafés“



sprachen die Teilnehmenden und einige interessierte Ingolstädter\*innen in kleinen, wechselnden Viererrunden über Möglichkeiten, diesen Krieg zu beenden.

Weitere Friedenscafés fanden später in München und am Ende der Tour in Lindau statt. Die Resonanz auf das Format des direkten Austauschs war überaus positiv. Sowohl die Radler\*innen als auch andere interessierte Teilnehmende lobten die Möglichkeit zum konstruktiven, niedrigschwelligen Informationsaustausch und fühlten sich durch diesen inspiriert, sich weiter mit

friedenspolitischen Themen zu befassen.

Am Samstag ging es nach einer Auftaktkundgebung und der Verabschiedung durch Eva Bulling-Schröter, der langjährigen früheren Ingolstädter Linke-Bundestagsabgeordneten, auf die Räder zu einer Fahrraddemo für Abrüstung nach Manching. Eine von der 3. Ingolstädter Bürgermeisterin Kleine zunächst zugesagte Begrüßung wurde einen Tag vor dem Demostart aus fragwürdigen Termingründen kurzfristig zurückgezogen.

Die Rheinmetall Airbus Defence AG ist der zweitgrößte Rüstungskonzern Europas und der Standort in Manching einer der größten Rüstungsstandorte in Bayern mit ca. 5500 Mitarbeitern. Dort werden u.a. der Eurofighter produziert sowie Kampffjets, Transportmaschinen und Awacs-Aufklärungsflugzeuge für die Bundeswehr gefertigt. Tommy Rödl, wesentlicher Initiator und langjähriger „Häuptling“ der FFT Bayern von 2004 bis 2019, erwartete das Eintreffen der Demo geduldig im strömenden Regen, um dann einen Überblick über die Aktivitäten von Airbus Defence zu geben.

Wetterbedingt fiel die nächste Kundgebung in Pfaffenhofen sehr kurz aus, und alle weiteren Zwischenstopps am ersten Fahrtag waren ganz und gar unpolitischer Natur: Regensachen an, Regensachen aus, an und aus – und so weiter. Bis wir an dem wunderschönen Badeweiher nahe Freising ankamen, waren wir so gründlich geduscht, dass niemand mehr Lust aufs Baden verspürte und wir vielmehr dankbar waren, unter ei-

ner Markise sitzend eine Pizza genießen zu dürfen.

Mit nassen Zelten und kritischen Blicken auf die abwechselnd hell und dunkel aufziehenden Wolken schien es am Tag darauf ausgeschlossen, den Termin bei Krauss-Maffei Wegmann in Allach halten zu können. Schließlich konnten wir die BI „Schule statt Panzer“ nicht ebenso im Regen stehen lassen wie tags zuvor Tommy Rödl. Also abgesagt und durchgeradelt bis München zum nächsten Friedenscafé im Eine-Welt-Haus. Wie gut es sich im Trockenen doch diskutieren lässt!

Bei den Kundgebungen am dritten Fahrtag in Starnberg und Weilheim hatten wir mehr Wetterglück und konnten mit einer von Franziska Maier gestalteten Plakataktion zum AVV, einem Infotisch und dem aufblasbaren zerbrochenen Gewehr einige Menschen und in Weilheim auch die Presse für unser Anliegen interessieren. Unser musikalischer Mitradler, Claus Hofmann (Bandleader der „Ruam“), stimmte mit einem Friedenslied ein, und die Tour-Sprecherin Maria Feckl warb als Rednerin um Unterstützung dafür, die deutsche Regierung zur Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages aufzufordern und Bürgermeister\*innen zu einer Mitgliedschaft bei den Mayors for Peace zu bewegen.

**Nach einer weggespülten Kundgebung** in Schongau am Vormittag des vierten Tages ging es nachmittags zu einem Highlight der Tour: In Kaufbeuren konnten wir – dank der Zusammenarbeit mit der Kaufbeurer Initiative für Frieden Internationalen Ausgleich und Sicherheit (Kifias) – eine überdachte Bühne für unseren Auftritt nutzen. Für die Kifias sprachen Silvia Strauch und Rudi Krumm u.a. über

den Luftwaffenstandort am Fliegerhorst Kaufbeuren. Die Touransprache hielt Andreas Zumach, der von Ingolstadt bis Kaufbeuren mitradelte.

Bereits im Rahmen der Vorgespräche für die Tourplanung hatten die Friedensaktivist\*innen von Kifias ihren Bürgermeister Stefan Bosse (CSU), davon überzeugen können, Mitglied bei den Mayors for Peace zu werden, und später erreichte uns in Lindau die Nachricht, dass die neue Mitgliedschaft tatsächlich besteht.

Für den Abend hatte Kifias den Vortrag von Andreas Zumach zum Thema „Krieg in der Ukraine und kein Ende?“ vorab beworben, so dass der Saal mit ca. 120 Zuhörer\*innen gut gefüllt war. Den Vortrag hat Martina Jäger aufgezeichnet, und er wird demnächst online zu sehen sein.

Bei den Kundgebungen der nächsten Tage hatten wir keine Friedensgruppen vorab erreichen können. Angemeldet waren ursprünglich jeweils die zentralen Punkte im Ortskern, was – mit Ausnahme von Füssen – auch unproblematisch war. Füssen hatte uns zweimal neue Plätze zugewiesen, eine versprochene Sperrung war nicht erfolgt, die Polizei vor Ort zeigte wenig Kooperationsbereitschaft. In Marktobendorf, Immenstadt und Oberstaufen waren die Behörden deutlich freundlicher. Doch letztlich sorgte das sehr durchwachsene Wetter an allen Orten im Allgäu dafür, dass die Fußgängerzonen nur mäßig besucht waren und wir nicht viele Menschen anlocken konnten.

Die Fahrtage durch die wunderschöne Landschaft im Allgäu und auch die abschnittswise Sonnenstunden haben uns für die Strapazen der Steigungen, des teils heftigen Gegenwindes und des wiederkehrenden Regens dann doch immer wieder entschädigt. Und so konnte uns Werner Mesnaric als „Tourguide“ in immer noch guter Stimmung am 4. August, pannenfrei bis Lindau führen.

Der Aktionstag am 5. August in Lindau umfasste eine Führung in den Friedensräumen, einen vierstündigen Infostand am Alten Rathaus, Kundge-

bung und Plakataktion sowie eine Begrüßung durch die 3. Bürgermeisterin, Frau Dorfmueller (SPD). Diese berichtete, dass Lindau nicht nur bereits 2006 den Mayors for Peace beigetreten ist, sondern sich noch immer als atomwaffenfreie Stadt definiert. Ferner veranstalteten wir erneut ein Friedenscafé und ein mit der Tour de Natur gemeinsam gestaltetes Umwelt- und Friedensfest.

Tommy Rödl erläuterte in einer spannenden Rede die Vorgeschichte zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und das Versagen der westlichen Politik und begründete die pazifistischen Forderungen nach einem sofortigen Waffenstillstand, Verhandlungen und Abrüstung.

Beim dritten Friedenscafé der Tour wurde erneut über die unterschiedlichen Aspekte zum Krieg in der Ukraine diskutiert, und die Resonanz der Teilnehmenden aus dem Kreis der „Ökoradler\*innen“, deren einziger Kritikpunkt war, dass die Diskussionszeiten zu kurz bemessen gewesen seien, bestätigte einmal mehr unser „Bauchgefühl“, das der Idee des Friedenscafés zugrunde liegt:

Das Friedenscafé wurde dazu konzipiert, Menschen, die nicht originär in der Friedensbewegung verortet sind, anzusprechen und mit pazifistischen

Sichtweisen in Kontakt zu bringen. Von Mensch zu Mensch – oder von Radler\*in zu Radler\*in.

Zum Abschluss gestalteten wir gemeinsam mit der Tour de Natur ein „Umwelt- und Friedensfest“ mit Ansprachen, Musik und vielen nachdenklichen Tönen – leider bei weiter fallenden Temperaturen, so dass wir uns gegen 21 Uhr schon zum Campingplatz zurückzogen.

**Mein Resümee:** Was heißt erfolgreich? Wir haben – trotz der schwierigsten Wetterbedingungen seit 2004 – wieder einige Menschen erreicht, einige Presseberichte ausgelöst und einige Menschen neu kennengelernt und hoffentlich einige Sympathisant\*innen dazugewonnen. Wir haben die Tour gemeinsam bewältigt, viel gelacht und uns über das Zeitgeschehen ausgetauscht. Mit den Friedenscafés haben wir ein neues Format gefunden, das geeignet ist, „gesinnungsverwandte“ Gruppen und Strömungen anzusprechen. Darin steckt Potenzial. Wir haben die Welt nicht umgekrempelt, aber wir haben einmal mehr gegeben, was wir konnten. Frieden braucht einen langen Atem!

*Johanna Pfeffer war Co-Organisatorin der Friedensfahrradtour 2023.* <<



# Notwendige Fragen zu Rüstungsexporten

## Deutschlands Geschäft mit dem Tod

Von Marina-Felicitas Obst-Dieterle

Laut offiziellem Statement der Bundesregierung sind Rüstungsexporte sehr streng reguliert und bedürfen der mehrfachen Genehmigung. Hierzu steht im Rüstungsexportbericht 2021: „Das KrWaffKontrG [Kriegswaffenkontrollgesetz] bestimmt, dass der gesamte Umgang mit Kriegswaffen (Herstellung, Erwerb und Überlassung der tatsächlichen Gewalt, jede Art der Beförderung sowie Vermittlungsgeschäfte) einer vorherigen Genehmigung der Bundesregierung bedarf (vgl. §§ 2 bis 4a KrWaffKontrG). Für kommerzielle Geschäfte ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) die Genehmigungsbehörde; das Bundesministerium der Finanzen (BMF), das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) sind jeweils für die Genehmigungen nach dem KrWaffKontrG für ihren Geschäftsbereich verantwortlich.“

Worauf ist es dann zurückzuführen, dass Deutschland der viertgrößte Waffenexporteur der Welt ist – und das, obwohl die Regierung eigentlich Rüstungsexporte begrenzen wollte? Allein in diesem Jahr wurden bereits Waffen im Wert von 4,62 Milliarden Euro exportiert. Das sind 12 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Größtes Empfängerland mit einem Anteil von 1,18 Milliarden Euro ist die Ukraine. Damit sind Deutschlands Waffenexporte das dritte Jahr in Folge auf hohem Niveau.

Weiterhin betont man im Rüstungsexportbericht: „Nach § 6 KrWaffKontrG besteht kein Anspruch auf Erteilung einer Genehmigung für die Ausfuhr von Kriegswaffen. Diese ist zwingend zu versagen, wenn die Gefahr besteht, dass die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung ver-

wendet, völkerrechtliche Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt werden oder aber der Antragsteller nicht die für die Handlung erforderliche Zuverlässigkeit besitzt.“

Wie ist es dann möglich, dass Deutschland Waffen nach Saudi-Arabien liefert, einem Land, das das Völkerrecht massiv verletzt, indem es ei-

nen verbrecherischen Krieg gegen die Bevölkerung im Jemen führt und hierbei auch vor zivilen Zielen wie Schulen, Wohnhäusern und Kindergärten nicht Halt macht?

Warum wurde mit Beginn des Ukraine-Krieges das seither geltende Rüstungsexportverbot in Kriegsgebiete aufgehoben?

Welche Bedeutung kann man der angeblich so restriktiven Rüstungs-



exportpolitik einer Bundesregierung sowie ihrer diversen Vorgängerregierungen beimessen, wenn es einerseits heißt, wir machen es uns nicht einfach und setzen hohe Hürden vor Waffenexporte, und andererseits seitens des Bundeskanzlers und der Verteidigungsministerin gesagt wird, wir haben Verpflichtungen gegenüber unseren Partnern in der EU, dafür müssen auch mal Ausnahmen gemacht werden – wie beim Staatsbesuch des Kanzlers vor zehn Monaten in Saudi-Arabien, wo Waffenlieferungen ausgehandelt wurden, obgleich sogar im Koalitionsvertrag der Ampelregierung eindeutig steht: „Wir erteilen keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten, solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“

Deutschland tauscht Moral gegen Wasserstoff und begründet dies mit der aktuellen Energiekrise in unserem Land – dabei wäre diese zu vermeiden gewesen, hätte man rechtzeitig auf Regenerative umgestellt.

Darüber hinaus rechtfertigt man die Lieferung elementarer Komponenten zur Herstellung von Waffen mit der Langfristigkeit bestimmter kooperativer EU-Projekte sowie der dazugehörigen politischen Beschlussfassungsverfahren. Gleiches gilt für die Genehmigungswerte.

**Tatsache ist doch**, dass es weder ein verlässliches, unabhängiges Kontrollgremium für Rüstungsexporte gibt – die Bundesregierung kontrolliert sich selbst und hat die Formulierungen der entsprechenden Gesetze so gewählt, dass sie jederzeit juristisch auslegbar und somit stets rechtssicher für die beteiligten Politiker\*innen sind – noch von Seiten der Bundesregierung der Wille zu einer konsequenten Änderung der Rüstungsexportpolitik besteht. Zur Not redet man sich auf „Verpflichtungen gegenüber den Bündnispartnern in EU und Nato“ heraus.

Die im Rüstungsexportkontrollgesetz festgeschriebenen Regelungen werden fortwährend ausgehebelt. Gilt ein Staat z.B. als strategischer Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, liefert man auch Waffen dorthin – selbst, wenn es ein Krisengebiet ist. So geschehen beispielsweise im Fall von Algerien.

Und die Rüstungsindustrie? Ihr geht es so gut wie nie! Seit 2016 hat Deutschland seine Rüstungsexporte um 21% gesteigert. Die namhaften Waffenhersteller Rheinmetall und Heckler & Koch verzeichnen hohe Gewinne sowie volle Auftragsbücher.

Leider sind sowohl der aktuelle Rüstungsexportbericht als auch das Eckpunktepapier zu diesem Thema nichts als viele schöne Worte!

Ein wirklich glaubwürdiges Rüstungskontrollgesetz etabliert ein Verbandsklagerecht, mittels dessen die Bundesregierung sowohl gegenüber ihren eigenen Bürger\*innen als auch gegenüber denjenigen, die von den Rüstungsexporten direkt betroffen sind und darunter zu leiden haben, Rechenschaft ablegen muss. Ebenso sollten die Kleinwaffengrundsätze explizit festgeschrieben und eine bessere Kontrolle deutscher Firmen im Ausland gewährleistet werden.

Weiterhin haben bezüglich der Rüstungszusammenarbeit auf EU-Ebene Nachbesserungen zu geschehen. Es ist extrem wichtig, dass Deutschland sich mit Nachdruck für eine restriktivere rechtliche Regelung auf EU-Ebene einsetzt und auch national mit wirksameren Kontrollmechanismen vorangeht, um ein gutes Beispiel für andere Länder abzugeben und diese zu motivieren, gleichfalls Schritte in diese Richtung zu unternehmen.

*Marina-Felicitas Obst-Dieterle ist langjähriges DFG-VK-Mitglied, aktiv in der Gruppe Stuttgart und arbeitet im Arbeitskreis Friedenslogik der DFG-VK mit.* ‹‹

## Bitte umsteigen von analog auf digital



Der DFG-VK-Bundeskassierer Christoph Neeb wirbt:

**Weniger Geld für die Post, mehr für Politik!**

Und bittet darum, dass sich möglichst viele Mitglieder dafür entscheiden, die *ZivilCourage* nicht mehr als gedrucktes Heft per Post zu beziehen, sondern digital als PDF per E-Mail. Zu lesen am Computer, auf dem Tablet oder Smartphone. Bisher haben sich mehr als 500 Mitglieder für den Digitalbezug entschieden und sparen v.a. Portokosten (und in geringerem Maß auch Druckkosten) ein. Geld, das damit nun direkt in die politische Arbeit der DFG-VK fließt. Und eine Umstellung schont natürliche Ressourcen.

**Die Umstellung ist ganz einfach:** Entweder [zivilcourage.dfg-vk.de/die-zivilcourage-online-beziehen/](http://zivilcourage.dfg-vk.de/die-zivilcourage-online-beziehen/) aufrufen, eintragen, absenden, fertig. Oder: E-Mail an: [zc@dfg-vk.de](mailto:zc@dfg-vk.de) mit dem Betreff: *ZC digital* Bitte Vor- und Nachnamen, Wohnort und (falls griffbereit) Mitgliedsnummer angeben. Vielen Dank!

# Zivilklauseln unter Beschuss

## Keine militärische Forschung an Universitäten und Hochschulen

Von Jan Sander

**K**urz nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar vergangenen Jahres forderte Bildungsministerin Stark-Watzinger (FDP) die verstärkte Einbindung von Jugendoffizier\*innen der Bundeswehr in den Schulunterricht. Seitdem gerieten auch die Universitäten ins Visier der militäraffinen Ministerin. Viele Universitäten verpflichteten sich in der Vergangenheit durch eine sogenannte Zivilklausel dazu, die Forschung rein friedlichen Zwecken zu unterstellen. Doch gerade diese, oft über Jahre erkämpften, Zivilklauseln werden aktuell massiv infrage gestellt.

So schrieb Stark-Watzinger in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung im August, man müsse „die strikte Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung hinterfragen“ – es stelle sich die Frage, ob solche Zivilklauseln noch „zeit-

gemäß“ seien. Damit folgt sie einem Gutachten der „Expertenkommission Forschung und Innovation“, in dem es heißt, die „in Deutschland bestehende strikte Trennung von militärischer und ziviler Forschung“ müsse „überwunden werden, um Synergien zu schaffen“.

Solche Ideen wurden in den letzten Monaten immer wieder vorgebracht und verschärfte die Diskussionen. Mit der seit der Bologna-Reform zunehmenden neoliberalen Ökonomisierung sowie den aktuellen Streichungen von Haushaltsgeldern für die Bildung sehen sich viele Unis regelmäßig einem heiklen Balanceakt ausgesetzt. Laut einem Artikel des Deutschlandfunks finanzierten sich deutsche Hochschulen schon 2019 zu 50 Prozent aus Projekt- oder Drittmitteln.

**Während der Bildung** und anderen sozialen Politikfeldern ständig Geld entzogen wird, ist klar, wer vor allem seit der sogenannten Zeitenwende mehr als genug Mittel hat, um Projekt- und Drittmittelfinanzierungen anzubieten: das Militär und die Rüstungsindustrie. Die fehlgeleitete Prioritätensetzung dieser Haushaltspolitik fördert also auch die Abhängigkeit der Forschungseinrichtungen. Ironischerweise sind es vor allem die Befürworter dieser Politik, die gegen die Zivilklauseln mit „Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung“ argumentieren.

Den finanziellen Lockungen zu widerstehen, wird für Unileitungen und andere Vertreter\*innen akademischer Einrichtungen immer

schwieriger. Das bekannte Problem der „Dual-Use-Forschung“ wird zunehmend thematisiert, und auch die rhetorischen Grenzen zwischen ziviler und militärischer Forschung werden weiter aufgeweicht. So betonte der Präsident der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften, Jan Wörner, vor Kurzem, dass auch der „Erhalt der Wehrhaftigkeit einer Nation“ ein friedlicher Zweck sein könne. Neben direkten Angriffen auf die sowie so oft nur vage formulierten Zivilklauseln wird auch der Begriff der friedlichen Forschung weiter ad absurdum geführt.

**Sagen wir es einmal deutlich:** Friedliche, zivile Forschung, die das menschliche Wohl, die Verbesserung menschlicher Lebenssituationen und die Erhaltung menschlicher Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt stellt, sollte selbstverständlicher Anspruch einer demokratischen Gesellschaft sein. Neben dem Inhalt sollte dabei immer auch der Prozess kritisch begleitet werden: Wer forscht für wen? Wer hat überhaupt Zugang zu entsprechenden Bildungsangeboten? Und so weiter ... Militärische Forschung ist destruktive Forschung. Sie hat keinen partizipativen, emanzipatorischen Anspruch und erst recht nicht die Verbesserung menschlicher Lebenssituationen im Sinn – im Gegenteil. Was militärische Forschung in erster Linie hervorbringt, sind noch effektivere Methoden, wie Menschen sich gegenseitig im Sinne zerstörerischer Kapitalinteressen umbringen können. Diese Art der Forschung sollten nicht nur Pazifist\*innen entschieden ablehnen.

Jan Sander ist Mitglied im DFG-VK-Bundessprecher\*innenkreis und Teil des U-35-Netzwerks. <<



## Deserteure und KDVer unterstützen

### Telegram-Kanal von Connection zu Kriegsdienstverweigerung und Asyl – in Russland

Von Rudi Friedrich

**A**ls Teil der *#ObjectWarCampaign*, die sich für Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweiger\*innen und Deserteure\*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine einsetzt, hat Connection e.V. vor wenigen Wochen einen russischsprachigen Telegram-Kanal eröffnet.

Telegram, das ist ein umstrittener Messenger-Dienst. Er bietet wie WhatsApp, Signal und andere derartige Dienste die Möglichkeit, über das Smartphone Kurznachrichten an andere Personen oder Gruppen zu senden. Der Messenger-Dienst gilt nicht wirklich als sicher, weil z.B. nur zwischen Endgerät und Server verschlüsselt wird. Und Telegram bietet radikalen Gruppierungen eine Bühne, weil ihre Chatgruppen nicht kontrolliert werden.



Dennoch haben wir uns dafür entschieden, dort einen Kanal aufzumachen, der sich in russischer Sprache ausschließlich mit der Frage von Kriegsdienstverweigerung und Asyl beschäftigt. Grund dafür ist vor allem, dass von russischsprachigen Menschen fast durchgängig Telegram genutzt wird, auch von all den

Gruppen und Organisationen, die sich für Kriegsdienstverweiger\*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine einsetzen. Wenn wir diese erreichen wollen, müssen wir zwangsläufig auch deren Medien nutzen.

Seit Beginn des Ukraine-Krieges haben sich Hunderte von Verweiger\*innen aus den drei Ländern bei uns gemeldet. Allein in den Wochen nach der Teilnabilmachung in Russland im September 2022 gab es bei uns und Pro Asyl, mit denen wir an dieser Stelle eng zusammenarbeiten, weit mehr als 1 000 Anfragen.

Die Betroffenen brauchen seriöse Informationen darüber, welche Organisationen weiterhelfen können, wie eine Ausreise aus ihren Ländern noch möglich ist, welche Visaregelungen es gibt, wer eine Chance hat, Asyl zu erhalten und vieles mehr. Es ist sicher

notwendig, dies in jedem Einzelfall zu klären. Aber grundlegende Informationen sind doch eine wesentliche Basis dafür, dass Menschen, die sich dem Krieg verweigern, für sich selbst eine Entscheidung treffen können, was sie tun sollen.

Wir bieten dafür Beratung an, seit Anfang des Krieges in Deutsch, Englisch und Russisch. Wir hatten eine Hotline aufgemacht, bei der sich die Betroffenen melden können und in russischer Sprache Infos erhalten (+49 157 824 702 51 und [get.out.now@gmx.de](mailto:get.out.now@gmx.de)). Auf Anregung von Gruppen der DFG-VK gibt es den Flyer der Kampagne auch in russischer Sprache. Das eröffnet die Möglichkeit, ihn z.B. vor entsprechenden Supermärkten zu verteilen oder auszulegen. Der

Telegram-Kanal ergänzt nun dieses Angebot.

Auf dem Telegram-Kanal wird über wichtige Fragen des deutschen Asylrechts informiert, und es werden Beispiele genannt, wie Betroffene auf Bescheide und Entscheidungen reagieren können. Während Personen, die aus einem schon angetretenen Militärdienst desertieren, mit einer Anerkennung als politischer Flüchtling rechnen können, gibt es diese Sicherheit für Kriegsgegner\*innen nicht, die bereits vor einer Einberufung das Land verlassen.

Glücklicherweise können wir für die russischsprachigen Publikationen wie diesen Telegram-Kanal eng mit Aktiven aus der russischen Antikriegsbewegung zusammenarbeiten, die aufgrund der ihnen drohenden Repressionen nach Deutschland gekommen sind. Im Rahmen des Europäischen Netzwerkes der *#ObjectWarCampaign* gibt es in der Zwischenzeit ein gutes Netz von Aktiven, die an verschiedensten Stellen unterstützen, Übersetzungsdienste leisten, Aktionen vorantreiben oder eben auch den Telegram-Kanal betreuen. Die Idee des Telegram-Kanals ist aus dieser Kooperation heraus entstanden. Und kaum hatten wir den Kanal veröffentlicht, gab es von Seiten der ukrainischen Pazifistischen Bewegung auch den Vorschlag, ein ähnliches Angebot auch für ukrainische Verweigerer vorzusehen. Wir werden das Angebot entsprechend ausbauen.

Rudi Friedrich ist Geschäftsführer von Connection e.V. und langjähriges Mitglied der DFG-VK. <<



Der Kanal ist unter diesem Link abrufbar: [https://t.me/connection\\_ev](https://t.me/connection_ev)

## „Putins Krieg sabotieren!“

Adbusting-Aktion für das Recht auf Asyl für Kriegsdienstverweigerung in Berlin

Von der Kommunikationsguerilla-Gruppe „Asyl für Kriegsdienstverweigerer jetzt!“



tionsguerilla-Gruppe „Asyl für Kriegsdienstverweigerer jetzt!“ (AfKj!) hatte unerlaubt fast 20 Werbeplakate zwischen Treptower Park, Alexanderplatz und Tiergarten gekapert. Die eigentlich hängenden Werbeplakate für Eiscreme, Zeitschriften, einen Freizeitpark, die Berliner Verkehrsbetriebe, Duschgel oder Kleidung veränderte die Gruppe AfKj! mit Schere, Papier oder Farbe so, dass die abgebildeten Personen und Motive jetzt dafür warben, Kriegsdienstverweigerer\*innen aus Russland, der Ukraine und Belarus einfacher Asyl zu gewähren. „Die meisten Werbemotive sind derart platt, dass man sie sich einfach mit einer anderen Forderung, wie Recht auf Asyl für Kriegsdienstgegner\*innen, aneignen kann“, sagt Roderich Supersonnen-

### Diktatoren eiskalt erwischen

Genau vor der belarusischen Botschaft forderte ein umgebasteltes Werbeplakat für die Winterkollektion eines Fast-Fashion-Konzerns mit der Abbildung einer im Schnee stehenden Person: „Give dictators the chills“ („Bringt Diktatoren zum Zittern“). Wie das gehen soll, steht auch in großen Buchstaben auf dem Poster: „Support Russian and Belarusian war resisters!“ („Unterstützt russische und belarusische Kriegsgegner\*innen! Unterstützt russische und belarusische Kriegsdienstverweigerer\*innen!“).

### Putins Krieg sabotieren

Statt Werbung für eine Zeitschrift zu machen, fragt am Brandenburger Tor die abgeBILDete Prominente nach dem Poster-Hack: „Putins Krieg sabotieren?“ Ihre Antwort: „Mit Asyl für Kriegsdienstverweigerer\*innen!“

### Stoppt die zweite Front!

Ein Plakat, dass ein angebissenes Eis zeigt, warb jetzt für Asyl für belarusische Kriegsdienstverweigerer\*innen: „Taking a bite out of the Belarusian army. Asylum for conscientious ob-

„Mit dem Werbe-Plakat stimmt doch was nicht?“ Das dachten sicher sich auch viele Passant\*innen, die Mitte August durch Berlins Mitte flanierten. Denn die Kommunika-

wetter, Sprecher\*in der Aktionsgruppe AfKj!. Außerdem fand sich auf allen Plakaten ein Link und ein QR-Code, der zur Homepage der Kriegsdienstverweigerungsorganisation Connection e.V. führt.







jectors stops the second front!“ („Beiß ein Stück aus der belarusischen Armee! Asyl für Kriegsdienstverweigerer stoppt die zweite Front!“).

## Trauma statt Duschgel

Eine Werbung für Duschgel kaperte AfKj! ebenfalls. Statt die Vorteile einer bestimmten Seife anzupreisen, lautete der Poster-Text nun: „Trauma kannst Du nicht abwaschen. Asyl für Kriegsdienstgegner\*innen!“

## Traktoren klauen Panzer

Vor der russischen Botschaft zeigt die Werbung für einen Erdbeer-Freizeitpark eine Frau mit Kindern auf einem Traktor. Die Kommunikationsguerilla stattete mittels Farbe den Traktor mit

ukrainischen Flaggen aus. Die Personen auf dem Traktor sagen ergänzend zur politischen Forderung nach Asyl für Kriegsdienstverweigerer\*innen: „We stole Putin’s tanks, you should take the soldiers!“ („Wir haben Putins Panzer gestohlen, übernehmt ihr die Soldat\*innen!“).

Auf allen Plakaten befand sich ein Link und ein QR-Code, der zur Homepage der Kriegsdienstverweigerungsorganisation Connection e. V. führt: <https://de.connection-ev.org/article-3779>



## Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2023 im 50. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

**Redaktionsanschrift:** *ZivilCourage* – Magazin der DFG-VK, Hornbergstr. 100, 70188 Stuttgart, Tel. 0711-51 89 26 20, E-Mail [zc@dfg-vk.de](mailto:zc@dfg-vk.de), Internet [www.zivilcourage.dfg-vk.de](http://www.zivilcourage.dfg-vk.de)

**Herausgeberin:** Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart  
**V.i.S.d.P.:** Stefan K. Philipp ([philipp@dfg-vk.de](mailto:philipp@dfg-vk.de))

**Druck:** Druckhaus Stil + Find, Felix-Wankel-Straße 2, 71397 Leutenbach-Nellmersbach, Telefon 0711-12020213, E-Mail [info@stil-find.de](mailto:info@stil-find.de)

**Vertrieb:** Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834

**ISSN:** 1614-1954

**Anzeigenverwaltung:** DFG-VK, Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1.2.2019 gültig.

**Erscheinungsweise:** vier Mal/Jahr  
**Haftungsausschluss:** Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

**Bezugsbedingungen:** Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonniierung schriftlich bei der Herausgeberin. Eine Teilaufgabe enthält die *Südwest-Kontakte* als Informationsbeilage für alle baden-württembergischen DFG-VK-Mitglieder.

**Redaktionsschluss** für diese Ausgabe war der 27. Oktober.



## Steinmeier und andere Verfassungsfeinde

Das Grundgesetz verbietet jede Dienstpflicht (außer als *lex specialis* die Wehrpflicht)

Von Stefan Philipp

Seit dem Beginn des Krieges Russlands gegen die Ukraine melden sich wieder zunehmend junge Männer und solche, die vor Jahren Soldat bei der Bundeswehr waren, bei der DFG-VK. Ihre Sorge: Der Krieg könnte sich so ausweiten, dass die Nato, und damit auch die Bundeswehr, die Ukraine nicht mehr nur logistisch, finanziell, mit Waffen und Munition, sondern auch mit eigenen Soldaten unterstützt – und sie dabei mitmachen müssten. Die Zahl solcher Besorgter und Ratsuchender ist zwar (noch) überschaubar, aber die Kriegsdienstverweigerung (KDV) nach Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes (GG) wird so wieder zu einem Thema für die DFG-VK.

Gleichzeitig werden immer wieder Vorschläge zur Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht bekannt. Während dies in den letzten Jahren häufig nur ein Thema im Sommerloch war, haben in den letzten Monaten vor allem prominente SPD-Leute solche Ideen propagiert: Bei mehreren Gelegenheiten sprach sich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier für eine „soziale Pflichtzeit“ aus. Noch keinen Monat im Amt sah der neue Kriegsermächtigungsmminister Boris Pistorius im Februar „gute Argumente für eine allgemeine Dienstpflicht“. Und die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl, schlug erst im Sommer ein „Dienstjahr für Deutschland“ vor.

Daneben gibt es vermehrt Forderungen, Asylbewerber zu „gemeinnütziger Arbeit“ zu verpflichten.

Wenn der deutsche Staat Bürger\*innen zu Dienstleistungen zwangsverpflichten will, dann ist zunächst zu fragen: Woraus leitet die deutsche Bundesrepublik ihre Legitimität ab? Formal, rechtlich und inhaltlich einzig und allein daraus, dass sie sich als demokratischer und sozialer Bundesstaat mit einer verfassungsmäßigen Ordnung konstituiert (hat), in dem „alle Staatsgewalt vom Volk“ ausgeht, Exekutive und Judikative an Gesetz und Recht gebunden sind und die Legislative strikt im Rahmen der Verfassung, also dem Grundgesetz, agiert (Art. 20 GG). Die erste Verpflichtung des deutschen Staates und der in seinem Auftrag Handelnden ist die Achtung und der Schutz der unantastbaren Menschenwürde und der sich daraus ergebenden Menschen- und Grundrechte.

Die Grundrechte sind in den Artikeln 1 bis 19 des Grundgesetzes festgeschrieben und dürfen durch (einfach)gesetzliche Regeln in ihrem Wesensgehalt „in keinem Falle (...) angefasst werden“ (Art. 19 Abs. 2 GG). Sie sind fundamentale Freiheits- und Abwehrrechte gegen einen übergriffigen Staat. Und: Sie sind die freiheitliche Antwort auf das verbrecherische Nazi-Regime.

Illustrieren lässt sich das an der Aufnahme des Rechts auf KDV in den Katalog der Grundrechte: In den Verhandlungen des Parlamentarischen Rats, der 1948/49 das Grundgesetz erarbeitete, gab es einen legendär gewordenen Wortwechsel. Theodor Heuss, Vorsitzender der FDP-Fraktion (späterer Bundespräsident von 1949 bis 1959; als Reichstags-

abgeordneter der Deutschen Staatspartei hatte er im März 1933 dem „Ermächtigungsgesetz“ zugestimmt) war gegen das KDV-Grundrecht, weil er für den Kriegsfall einen „Massenschleiß der Gewissen“ befürchtete. Für die SPD-Fraktion, die den Antrag eingebracht hatte, antwortete Fritz Eberhard (vormals Widerstandskämpfer, Reichsleiter des illegalen Internationalen Sozialistischen Kampfbunds, ab 1937 im Exil in London, später von 1949 bis 1958 Intendant des Süddeutschen Rundfunks): „Ich glaube, wir haben hinter uns einen Massenschlaf des Gewissens. In diesem Massenschlaf des Gewissens haben die Deutschen zu Millionen gesagt: Befehl ist Befehl und haben daraufhin getötet. Dieser Absatz [wonach niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden darf] kann eine große pädagogische Wirkung haben, und wir hoffen, er wird sie haben. (...) Darum glaube ich, gerade in dieser Situation nach dem Kriege und nach dem totalitären System, wo wir Schluss machen mit der Auffassung: Befehl ist Befehl – wenn wir nämlich Demokratie aufbauen wollen – ist dieser Absatz angebracht.“ Gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und einiger Abgeordneter von CDU/CSU wurde dann die KDV als Grundrecht beschlossen.

Ähnliches gilt für das durch Art. 12 Abs. 2 GG garantierte Dienstleistungspflichtverbot. Es ist die Antwort auf die vielfältigen Dienstpflichten im NS-Staat bis hin zur massenhaften Zwangsarbeit in KZs und von „Fremdarbeitern“.

Wie passt das alles zu den Dienstpflichtplänen von Steinmeier, Pistorius, Högl etc.? Gar nicht!

Was ist dann aber mit der Wehrpflicht, die 2011 lediglich ausgesetzt, aber nicht abgeschafft wurde?

DFG-VK-Infos im Internet zur Kriegsdienstverweigerung:  
<https://dfg-vk.de/verweigerung/>



**Kurz zusammengefasst** ist die verfassungsrechtliche und systematische Einordnung diese:

Die erst 1956 im Zuge der „Wiederbewaffnung“ eingeführte und durch das Wehrpflichtgesetz geregelte und schließlich 1968 durch die Einfügung von Art.12a ins Grundgesetz erlaubte Wehrpflicht ist eine Spezialregelung und als eng begrenzte Ausnahme von den Freiheitsgarantien von Art. 12 GG erlaubt. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist durch die (nachträgliche) Einfügung von Art. 87a GG, wonach der „Bund (...) Streitkräfte zur Verteidigung“ aufstellt, eine „verfassungsrechtliche Grundentscheidung für eine wirksame militärische Landesverteidigung getroffen“ worden. Ausschließlich Krieg und Verteidigung erlauben also eine Ausnahme vom grundsätzlichen Dienstpflichtverbot, und die gilt auch nur für ab 18-jährige Männer.

Man mag das als Pazifist\*in zu recht für politisch unzureichend und falsch halten, ebenso wie das lediglich beschränkte KDV-Recht („Gewissensgründe“).

Dennoch gilt: Der Staat und seine Funktionäre können höchstens dann Legitimität beanspruchen und zeigen dann ein gewisses Maß an demokratischer Glaubwürdigkeit, wenn sie sich an die selbst gesetzten Regeln halten.

**Es ist deshalb höchst skandalös**, wenn Steinmeier, Pistorius und Högl eine Dienstpflicht propagieren (und dabei stets betonen, die Wehrpflicht solle nicht wieder eingeführt werden; der Dienst bei der Bundeswehr solle vielmehr eine Alternative im Rahmen der umfassenden Dienstpflicht sein).

Abgesehen davon, dass die Drei allesamt promovierte Jurist\*innen sind, verstoßen sie eklatant gegen ihren Amtseid. Der lautet für alle gleich: „Ich schwöre, dass ich (...) das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen werde. So wahr mir Gott helfe.“ (Art. 56 GG)

*Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage.* ‹‹

## Grundgesetz

für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (zuletzt geändert am 19.12.2022) – *Auszüge*

### Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

### Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(...)

### Artikel 4

(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

### Artikel 12

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. (...)

(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

### Artikel 12a

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.

(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnissen verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.

(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünf- und fünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.

(...)

# Global betrachtet

## Informationen aus dem Netzwerk War Resisters' International (WRI)

Von Keno Goertz

**W**as für eine hübsche Veranstaltung die Konferenz „Antimilitarist Roots“ in London vom 16. bis zum 18. Juni doch war! Mit einem bunten Programm aus Workshops und Arbeitsgruppen kam fast jede\*r auf den eigenen Geschmack. Die Assembly, auf der die eigentlichen politischen Entscheidungen gefällt werden, fiel hingegen leider recht klein aus, und das Konsensverfahren der WRI hat auch so seine Macken. Und da wir immer noch in der Friedensbewegung sind, geht's auch nicht ganz ohne Probleme mit mangelnder Sensibilität für israelbezogenen Antisemitismus.

**Interaktives Programm.** Jeder Tag der Konferenz „Antimilitarist Roots“ startete mit einer Stunde Kennenlernspiele und regem Austausch zwischen den Teilnehmer\*innen. Mein Eindruck war, dass auch Leute, die allein zur Konferenz angereist waren, gut Anschluss finden konnten. Meiner Erfahrung nach ist das überhaupt keine

Selbstverständlichkeit: Unsere Veranstaltungen sind immer noch viel zu sehr darauf ausgerichtet, dass neue, junge, nicht-weiße und/oder nicht-männliche Teilnehmer\*innen sich lieber unterordnen sollen, statt ihre Meinung kundzutun. Wir sollten überlegen, ob wir so was Partizipatives und Einbindendes wie auf der WRI-Konferenz nicht auch auf unserem nächsten Bundeskongress machen wollen.

**Soziale Verteidigung.** Nach kurzer Pause ging es dann in die Workshops. Am ersten Tag besuchte ich einen Workshop von Stephan Brues vom Bund für Soziale Verteidigung (BSV). Er präsentierte dort einen für Schulklassen konzipierten Workshop, in dem es zunächst um die Frage ging, was wir eigentlich verteidigen möchten. Anschließend dachten wir darüber nach, womit wir diese Dinge gut verteidigen könnten. Erkenntnisgewinn am Ende: Das Militär hilft fast nie.

Gegen Ende des Workshops entstand eine Debatte darum, wie lange Soziale Verteidigung eigentlich schon

in der WRI verhandelt wird. Während eine\*r meinte, dieser Workshop sei der erste zu Sozialer Verteidigung auf einer WRI-Assembly, erinnerten sich einige ältere Mitglieder daran, dass man schon seit Jahrzehnten über dieses Thema spricht. Gut so: Schließlich müssen wir auch Alternativen aufzeigen können. Schade aber, dass die WRI damit in der Zwischenzeit offenbar nicht wirklich vorangekommen ist.

**KDV in Finnland.** Außerdem besuchte ich einen Workshop von Jyry Virtanen von der Union der Kriegsdienstverweiger\*innen Finnlands (AKL) über die Lage der Kriegsdienstverweigerung in Finnland. Dort gibt es einen Zivildienst, den man als Alternative zum Kriegsdienst ausüben darf. Für Totalverweiger\*innen gibt es 173 Tage Knast. Jyry Virtanen klärte uns darüber auf, wie Finnland den Zivildienst möglichst unattraktiv macht (zum Beispiel dauert er mit zwölf Monaten doppelt so lange wie der kürzestmögliche Dienst an der Waffe).

**Antimilitaristische Arbeitsgruppen.** Jenseits der Workshops gab es auf der Konferenz tägliche Arbeitsgruppen zu den Themen „Kriegsdienstverweigerung“, „Klimakrise“, „Waffenhandel“, „Queere Perspektiven“, „Antimilitaristisches Elternsein“ und „Wie reagieren auf alltäglichen Militarismus?“. Am Ende hielten alle Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse auf Plakaten fest, damit die anderen sie sich angucken konnten.

**Leider auch dabei: Israelhass.** Einen faden Beigeschmack dieser Veranstaltung möchte ich nicht verschwei-



Foto: WRI

„Familienfoto“ bei der WRI-Konferenz „Antimilitarist Roots“ in London

gen: die mangelnde Sensibilität für Israelhass und Antisemitismus. Einen der Frontalvorträge gab ein israelischer Kriegsdienstverweigerer, der in Israel 122 Tage lang inhaftiert war. Ich habe großes Verständnis dafür, dass er nicht gut auf das Land zu sprechen ist, das ihn so lange eingesperrt hat. Jedoch hätte ich mir mehr Sensibilität in der Wortwahl und dafür, was sie beim Publikum auslöst, gewünscht. Denn er bedient ein Publikum, in dem zu viele Israel gerne als die singuläre Ausgeburt des Bösen darstellen – und nicht etwa als einen militaristischen Nationalstaat, der handelt, wie ein militaristischer Nationalstaat es halt tut.

An einer Stelle behauptete der Redner beispielsweise, „nur der Geist eines Zionisten“ sei zu Äußerungen fähig, wie den Tod eines palästinensischen Kindes mit der Notwendigkeit der Terrorbekämpfung zu rechtfertigen.

Mir fallen da z.B. Putin, die Nato oder auch deutsche Innenminister\*innen ein, die das Sterben im Mittelmeer rechtfertigen ... Im Publikum beobachtete ich jedoch, wie sich zu viele in ihrem einseitigen Israelhass bestätigt fühlten.

In meiner Arbeitsgruppe zu alltäglichem Militarismus schilderte ein\*e Aktivist\*in, dass er\*sie Soda-Stream-Werbung mit einem Israelboykottaufdruck überklebt habe. Ich erzählte dann, dass eine Soda-Stream-Fabrik auf Druck der Boykott-Kampagne aus dem Westjordanland in die Negev-Wüste verlegt wurde. Als Konsequenz zogen 110 Palästinenser\*innen in die Wüste, um ihren Job, gegen den sie eigentlich wenig einzuwenden hatten, zu behalten. Forderungen der palästinensischen Mitarbeiter\*innen, die Boykott-Kampagne gegen Soda-Stream zu stoppen, ignorierte die BDS-Bewegung. Aber das wollten die anderen Teilnehmer\*innen nicht hören: Zum einzigen Mal in der gesamten Konferenz fielen mir meine Mitmenschen mit Nachdruck ins Wort. Nur eine elegante Abmoderation durch die Leitung der Arbeitsgruppe verhinderte einen Eklat.

Falls jemand mehr über das Ding mit Soda-Stream wissen möchte: <https://bit.ly/3QgnYYb>

Ich stehe etwas ratlos vor der Frage, wie man mit diesem israelbezogenen Antisemitismus umgehen soll. Das betrifft ja auch die DFG-VK: Ich erinnere mich noch gut daran, mit welchen fadenscheinigen Argumenten gegen einen Antrag für einen Antisemitismus-Workshop auf dem letzten Haushalts-BA argumentiert wurde. Dann heißt es immer, das sei alles gar kein Antisemitismus, man habe ja nichts gegen Jüd\*innen, sondern nur gegen Israel. Ich frage mich, wie es dann sein kann, dass Leute Israel das Existenzrecht absprechen, die wildesten Boykottfantasien haben, aber wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland ganz schlimm menschenverachtend finden.

Na ja, ich freu mich jetzt schon auf die bestimmt konstruktiven Leser\*innenbriefe mit Ideen dazu, wie man das Problem in den Griff kriegen könnte.

**International Assembly.** Rund um die öffentliche Konferenz fand die Assembly der WRI statt (entspricht in etwa unserem DFG-VK-Bundeskongress). Dort saßen leider, obwohl diese Veranstaltung für das gesamte Netzwerk öffentlich ist, hauptsächlich Mitglieder des Councils. Man stelle sich vor, unser Bundeskongress wäre kaum größer als unser Bundesausschuss. Wenn wir in der WRI die beiden Veranstaltungen schon so trennen, sollten wir in Zukunft mehr darauf achten, zumindest die Ergebnisse der Arbeitsgruppen auf der großen Konferenz als Anträge in die Assembly einfließen zu lassen.

Auf der Assembly passierten so spannende Dinge wie, dass David Scheuing als „Individual Council Member“ ins „Executive Committee“ (in etwa wie unser Bundessprecher\*innenkreis) gewählt wurde.

**Konsens oder Nonsense?** Im letzten Beitrag dieser Kolumne habe ich versprochen, meinen Eindruck zum Konsensverfahren bei der WRI zu schil-

Keno Goertz wurde auf dem Bundeskongress im Mai 2022 als Vertreter der DFG-VK im



Council der War Resisters' International (WRI) gewählt. Diese Internationale der Kriegs(dienst)gegner\*innen ist ein 1921 entstandenes globales pazifistisches und antimilitaristisches Netzwerk von aktuell über 90 Gruppen und Organisationen in 40 Ländern.

In dieser Kolumne berichtet Keno Goertz regelmäßig aus der WRI, um den *ZivilCourage*-Leser\*innen das globale Engagement von Kriegsgegner\*innen sichtbar zu machen.

dern. Ich bemerkte schnell, dass Anträge bei der WRI eher durchgewinkt als ausdiskutiert werden. Das hat natürlich Vorteile: Man muss sich nicht in endlose Diskussionen verstricken, sondern alle können einfach mal machen und sich einen gegenseitigen Vertrauensvorschuss geben. Es hat aber auch Nachteile: Einen Antrag, gegen den ein\*e Delegierte\*r Einwände hatte, hat die Tagesleitung einfach ohne Entscheidung an das Executive Committee delegiert. Auch wenn ich mit der Entscheidung des Executive Committees vermutlich recht zufrieden sein werde, finde ich das Vorgehen alles andere als konsensorientiert. Ich sehe meine Befürchtung, dass nur, weil Konsens drauf steht, nicht unbedingt Konsens dahintersteckt, zumindest teilweise bestätigt.

**Zum Schluss** dieser Kolumne möchte ich noch Werbung für eine Veranstaltung machen:

Vom 18. bis zum 20. November veranstalten WRI, World Without War und Connection e.V. eine Konferenz zu Kriegsdienstverweigerung in Seoul. Damit stärken sie ein gerade entstehendes Netzwerk aus asiatischen Kriegsdienstverweiger\*innen: <https://bit.ly/46FQrMu> <<

# Mehr Pazifismus wagen

## Gedanken zur WRI-Grundsatzerklärung und zu politischem Pazifismus

Von Stefan Philipp

**M**artin Niemöller (1892-1984) war seit 1957/58 Präsident der DFG-VK-Vorläuferorganisationen *Deutsche Friedensgesellschaft* (DFG) und *Internationale der Kriegsdienstgegner* (IdK). Nach der Fusion von der (1968 zusammengeschlossenen) DFG-IdK und dem *Verband der Kriegsdienstverweigerer* (VK) zur DFG-VK 1974 war er ihr erster und bisher einziger Präsident, später dann Ehrenpräsident.

Dieser Theologe und Pastor entwickelte sich im Laufe seines Lebens vom Marine-Offizier und U-Boot-Kommandanten in der kaiserlichen Marine im Ersten Weltkrieg, rechtsradikalen Antisemiten, der Demokratie und Republik ablehnte und die Nazi-Partei wählte, zum Hitler-Gegner und war von 1937 bis 1945 im KZ inhaftiert.

In den 1950er Jahren wandelte er sich zum Pazifisten, der die Grundsatzerklärung der War Resisters' International (WRI) unterstützte und unterschrieb (sonst hätte er auch nicht Mitglied der IdK werden können). Pazifist blieb er bis zum Ende seines Lebens.

Ein Leitmotiv seines Denkens und Handelns war die Frage „Was würde Jesus dazu sagen?“ Die Antwort darauf, was Krieg, Gewalt und Hass angeht, ist klar: „Liebt eure Feinde!“

Nun muss man kein Christ oder mit einer sonstigen Religion verbunden sein, um zu der An- und Einsicht zu gelangen: Gewalt und Hass führen immer zu Not, Elend und Unmenschlichkeit. Deshalb ist der Aufruf zur Feindesliebe, der in der neutestamentlichen Formulierung (Matthäus 5,38) fortgesetzt wird mit „und tut denen Gutes, die euch hassen“ im Kern auch zu finden in anderen Religionen und Weltanschauungen.

Er ist gewissermaßen die Quintessenz der Entwicklung des Menschen als Wesen, das zwar Teil der

Natur ist und bleibt, dabei aber Vernunft und Kultur entwickeln kann. Unrecht mit Unrecht vergelten zu wollen, schafft nur neues Unrecht. Die Kette der Gewalt wird unterbrochen durch Benennung des Unrechts, Verantwortungsübernahme, Reue, Buße, Verhaltensänderung, im besten Fall Versöhnung, den Versicht auf Gewalt und die Stärkung des Rechts zum Schutz der Schwachen und der Begrenzung der Macht der Starken.

Bemerkenswert an dem Feindesliebe-Aufruf scheinen mir v.a. zwei Punkte:

Er ist realistisch. Er geht nämlich davon aus, dass es Feinde gibt. Und ist damit weit entfernt von einem Friede-Freude-Eierkuchen-Menschenbild, nach dem der Mensch an sich gut sei und doch alle nur das gleiche und Gute wollen. Menschen sind unterschiedlich, mit verschiedenen Bedürfnissen, anderen Interessen; und diese schließen sich manchmal gegenseitig aus. Es gibt Feindschaft und Feinde, das zu leugnen, wäre naiv.

Zweitens aber ist der Mensch insofern ein „offenes System“, als er sich entscheiden und sein Handeln selbst bestimmen und verändern kann. Biblisch gesprochen: Der Akt des Ungehorsams von Adam und Eva, vom Baum der Erkenntnis des Guten und Bösen zu essen und dafür aus dem Paradies vertrieben zu werden, das machte sie erst zu Menschen. Könnte sich die/der Einzelne nicht entscheiden, sondern wäre wie ein Tier rein instinktgesteuert, dann wäre der Aufruf zur Feindesliebe sinnlos.

Worum geht es also? Darum, zu erkennen, was „gut“ und „böse“ ist, welche Werte unser Verhalten bestimmen, was für Menschen förderlich oder schädlich ist. Stichworte für das „Gute“ sind: Menschenrechte, Mitbestimmung, Minderheitenschutz,

Interessenausgleich, Gewaltminimierung/-vermeidung, Kriegsdienstverweigerung, Nicht-Beteiligung an Unrecht und Verbrechen.

**Was hat das alles mit der DFG-VK, der WRI-Grundsatzerklärung und Pazifismus zu tun?**

Der Begriff Pazifismus leitet sich vom lateinischen *pacem facere* = *Frieden schaffen* (wörtlich: Frieden tun, machen) her. Entstanden ist der Begriff im 19. Jahrhundert, gebräuchlich ist er seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Inhaltlich genau bestimmt ist er nicht; lohnenswert ist z.B. die Lektüre des entsprechenden Wikipedia-Bitrags ([de.wikipedia.org/wiki/Pazifismus#Begriff](https://de.wikipedia.org/wiki/Pazifismus#Begriff)), der die Vielfalt dessen zeigt, was unter Pazifismus verstanden werden kann.

Das Besondere der DFG-VK ist, dass sie als Teil des weltweiten Netzwerks der WRI von allen ihren Mitgliedern als Voraussetzung für deren Mitgliedschaft nach § 4 Absätze (3 und 4) ihrer Satzung verlangt: „(Die Mitgliedschaft beginnt durch schriftliche Beitrittserklärung gegenüber dem Verband.) Jedes Mitglied verpflichtet sich zu folgender Grundsatzerklärung: Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“ Bemerkenswert ist dabei, dass sich die DFG-VK kein Prüfungsrecht vorbehält, wer bei ihr Mitglied wird, sondern nach der Satzung eine einseitige Willenserklärung ausreichend ist.

Gleichzeitig verbindet die DFG-VK – neben der, auch formalrechtlich als eingetragenen Verein erforderlichen Beschreibung „Zweck und Ziele“ (§ 2 der Satzung; [dfg-vk.de/Satzung-der-dfg-vk/](https://dfg-vk.de/Satzung-der-dfg-vk/)) – mit der Grundsatzerklärung ein Programm, das vom Bundeskon-

gress als höchstem Gremium des Verbands beschlossen wird (*dfg-vk.de/programm/*). Ein solches wird nach demokratischen Verfahrensweisen von Delegierten des föderal gegliederten Verbands beschlossen.

Damit entsteht eine Form des politischen Pazifismus, der Pazifist\*innen organisatorisch vereint und ihnen einen gemeinsamen Willen gibt und eine Stimme verleiht.

Dennoch bleibt eine große Autonomie von Gruppen und Landesverbänden erhalten. Zwar ist es nach der Satzung ihre Aufgabe, „friedenspolitische Arbeit in ihrem Bereich zu leisten und sich an den Diskussionsprozessen und gemeinsamen Aktionen des Verbandes zu beteiligen.“ (§ 2) Allerdings gilt: „Sie regeln ihre Gremien und ihre Arbeitsweisen sowie ihre Aufgabenstellungen und Arbeitsschwerpunkte selbständig.“ (§ 2)

Und schließlich: Mitglied der DFG-VK zu werden, ist leicht – schriftliche Beitrittserklärung reicht. Der Ausschluss eines Mitglieds hingegen ist nicht so einfach, Voraussetzung und Verfahren sind in § 3 der Satzung geregelt. Es gilt: „Ausgeschlossen werden kann, wer gegen die Ziele und Grundsätze der Satzung verstößt oder dem Verband durch sein Verhalten Schaden zufügt.“ Gegen einen Ausschluss gibt es Widerspruchsmöglichkeiten.

Auch wenn die DFG-VK das „Deutsche“ in ihrem Namen trägt, so ist diese Namensgebung eher aus historischen Gründen zu verstehen. So wurde Ende Oktober 1891 in Wien u.a. von Bertha von Suttner die *Österreichische Friedensgesellschaft* gegründet und dann, ein Jahr später, am 9. November 1892 in Berlin, ebenfalls durch von Suttner und gemeinsam mit Alfred Hermann Fried die *Deutsche Friedensgesellschaft*. Der im Juni 1919 gegründete Bund der Kriegsdienstgegner als Vorläufer des deutschen Zweigs der 1921 gegründeten Internationale der Kriegsdienstgegner/War Resisters´ International trägt den übergreifenden Anspruch bereits im Namen.

Die DFG-VK weist gleich in § 1 ihrer Satzung darauf hin, dass sie Mitglied der WRI sowie des Internationalen Friedensbüros (International Peace Bureau, IPB) ist; sie nennt als Zweck die „Förderung des Friedens und Rechtsgedankens in den zwischenstaatlichen Beziehungen“, verweist auf die Vereinten Nationen als Friedensinstrument und „fördert daher die internationale und antimilitaristische Gesinnung“.

An diesen Grundsätzen will niemand etwas ändern. Sollte sich allerdings das Verständnis der WRI-Grundsatzerklärung im Verband wandeln und durch „Uminterpretation“ deren klare Aussage verwässert werden, dann würde die Zugehörigkeit der DFG-VK zur WRI in Frage gestellt und ggf. die WRI zu einem Ausschluss der DFG-VK aus dem internationalen Netzwerk veranlassen.

Die Strukturen und das Selbstverständnis der DFG-VK sind so, dass sie Streit einerseits herausfordert, andererseits aber auch gut erträgt. Grundlegende (Änderungs-)Beschlüsse kann nur der Bundeskongress treffen, der alle zwei Jahre stattfindet, Satzungsänderungen bedürfen dabei einer Zwei-Drittel-Mehrheit. An den Delegierten liegt es damit, wie gründlich sie Kandidat\*innen für Ämter und v.a. für den Bundessprecher\*innenkreis vor Wahlen befragen und sie ggf. eben auch nicht wählen. Und an den Landesverbänden liegt es wesentlich, ob sie den Bundesausschuss als höchstes Organ zwischen den Bundeskongressen nutzen, pazifistische Politik für den Gesamtverband zu entwickeln.

Insgesamt rate ich zu Toleranz im Zulassen und Ertragen auch unbehaglicher Meinungen und zum Vertrauen auf die Kraft des „besseren Arguments“.

**Was bedeuten diese** eher allgemeinen Gedanken konkret für die DFG-VK? Ausgelöst wurde dieser Artikel durch die Beiträge von Werner Glenewinkel und Ralf Cüppers in der Titelseite der letzten Ausgabe.

Diese machen das Spektrum der in der DFG-VK vorhandenen Positionen klar, ebenso wie auch die dazu in diesem Heft veröffentlichten Briefe dazu. Mir zeigt das: Es gibt in der Frage, wie Verteidigungskriege – oder besser vielleicht: die militärische Abwehr eines kriegerischen Angriffs – zu bewerten ist, Klärungs- und Diskussionsbedarf unter uns.

Nach dem dem Massaker und dem Terrorangriff der Hamas gegen die Zivilbevölkerung in Israel und sowie der Entführung Hunderter Geiseln Anfang Oktober und dem Krieg Israels gegen die Hamas mit dem erklärten Ziel der völligen Vernichtung derselben, wobei eine Schonung der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen und damit die Einhaltung des Völkerrechts faktisch nicht möglich ist, wird diese Diskussion vermutlich noch weiter verschärfen.

Ich verstehe meine Aufgabe als verantwortlicher Redakteur dieser Zeitschrift so, dass ich diesem Diskussionsbedürfnis Raum gebe. Und alle, die sich an der Diskussion beteiligen, deutlich mache: Das Gegenüber, dessen Position ich kritisiere und für falsch halte, ist ebenfalls Pazifist\*on, DFG-VK-Mitglied und hat die Grundsatzerklärung unterschrieben; hat also für sich persönlich erklärt, dass er/sie daraus, dass der Krieg ein Verbrechen an der Menschheit ist, die Konsequenz zieht, keine Art von Krieg zu unterstützen. Wie weit diese Nicht-Unterstützung geht, was sie im Einzelfall konkret bedeutet, das bleibt seine/ihre persönliche Entscheidung.

Die Politik der DFG-VK insgesamt kann sicherlich nicht losgelöst von der Grundsatzerklärung formuliert werden. Aber sie ist etwas anderes als diese persönliche Absichtserklärung, sie hat nämlich das demokratisch beschlossene Programm und das, was die Satzung an Zielen beschreibt, nach den in der Satzung geregelten Verfahrensweisen zu konkretisieren und umzusetzen.

*Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage.* <<

# Ohne Zweifel gibt es keinen Dialog

## Dogmatischer Pazifismus führt zur Verarmung von Debatten

Von Helmolt Rademacher

**D**er russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat mit Macht einen Krieg nach Europa gebracht mit noch nicht absehbaren Folgen. Unmittelbare Auswirkungen erleben wir durch die aus der Ukraine Geflüchteten, die Ängste derjenigen, die Verwandte in der Ukraine haben, und die Verknappung und Verteuerung von Weizen u.a. durch die Aufkündigung des Getreideabkommens durch Russland.

Die Friedensbewegung war überrascht und hat sich mit Demonstrationen deutlich zu Wort gemeldet. Die Überraschung liegt aber auch darin, dass dieser Krieg durch Russland mit Angriffen auf zivile Ziele und die Brutalität gegen Zivilisten wie in Butscha vermutlich so nicht erwartet wurde.

Auch der Verteidigungswille der ukrainischen Bevölkerung wurde erst unterschätzt, wurde doch bei der massiven zahlenmäßigen Überlegenheit der Russen damit gerechnet, dass die Ukraine schnell erobert würde.

Rückblickend hätte auch die Friedensbewegung den aggressiven Charakter der russischen Führung schon früher erkennen und benennen können: Der Tschetschenien-Krieg mit der fast vollständigen Zerstörung der Stadt Grosny, die massive Zerstörung syrischer Städte wie Homs und Aleppo mit russischer militärischer Unterstützung, die militärische Besetzung der Krim und der Krieg im Donbass. Auch die Politik hat diese Zeichen nicht rechtzeitig erkannt und sich damals in eine unglückliche Abhängigkeit von russischem Gas begeben.

In einzelnen Beiträgen in der *ZivilCourage* gibt es eine fatale Gleichsetzung von Angriffs- und Verteidigungskrieg, indem beide unterschiedslos als Verbrechen dargestellt werden. Ferner gibt es vereinzelte Beiträge, wie den von Urania Grudzinski (ZC

1/2023) in dem auf der Grundlage eines rechtsextremistischen Autors eine einseitige Schuldumkehr in Richtung der Nato erfolgt (siehe auch die Leserbriefe dazu in der ZC 2/2023).

Wichtig ist aber: Es gibt in der ZC eine Debatte. Die Positionen bleiben nicht unwidersprochen. Innerhalb der Mitgliedschaft werden Zweifel an Eindeutigkeiten geäußert, die nicht so eindeutig sind. Es gibt keine eindeutige wissenschaftliche Erkenntnis, was der richtige Handlungsstrang ist. Wenn behauptet wird, dass nur soziale Verteidigung der wissenschaftlich richtige Weg wäre, dann werden andere wissenschaftliche Positionen der Friedensforschung schlicht und einfach ausgeblendet. Wie Werner Glenwinkel in der ZC 2/2023 zu Recht schreibt, befindet sich die Friedensbewegung in einem absoluten Dilemma zwischen der Ablehnung auch eines Verteidigungskriegs auf der einen Seite und der Akzeptanz des Willens des ukrainischen Volkes, einen Verteidigungskrieg mit westlichen Waffen führen zu wollen. Die deutsche Friedensbewegung kann sich nicht anmaßen, für das ukrainische Volk zu sprechen und zu entscheiden. Es gilt, dieses Dilemma auszuhalten und damit die Zweifel zu benennen, wie es einige Pazifisten tun. Insofern sind Zweifel sehr wichtig und berechtigt. Ohne Zweifel gibt es keinen Dialog und keine Auseinandersetzung.

Auch das DFG-VK-Mitglied Margot Käßmann betont das in einem Interview mit der Zeitung „Südkurier“ am 2. September. Auf die Frage: „Warum gibt es jetzt keine großen Friedensdemonstrationen?“ antwortet sie:

„Viele Menschen sind sehr verunsichert. Sie wissen nicht, was in dieser Situation des russischen Angriffskriegs richtig ist. Ich finde es immer besser, Zweifel zu haben, als keine

Zweifel zu haben, denn sie sind wichtig für die eigene Positionierung. Zudem ist es ein großes Problem, dass die AfD ständig versucht, die Friedensbewegung zu kapern. Dabei haben die Friedensbewegten nun wirklich gar nichts mit der AfD am Hut. Die AfD will unserem Land nicht Frieden bringen, sondern Unfrieden. Darum sage ich auch: Auf Friedensdemonstrationen der DFG-VK ist kein Platz für Neonazis und Vertreter der AfD.“

Wenn wir Zweifel nicht zulassen, dann mündet das in einem Dogmatismus, der neue Argumente nicht mehr zulässt, sondern nur zur Erstarrung führt. Dogmatische Glaubenssätze – wir kennen sie zur Genüge aus der katholischen Kirche oder aus den Zeiten des real existierenden Sozialismus sowie dessen damaligen Vertretern in den westeuropäischen Ländern – unterdrücken gegenteilige Meinungen, verhindern einen Dialog, der zu notwendigen Erkenntnissen führt. Der Dogmatismus, der in den realsozialistischen Ländern keinen Widerspruch duldet, hat dann auch zum Ende dieser Staatsform geführt. Auch heute erleben wir in einem verstärkten Maße, dass in vielen Ländern die Meinungsfreiheit komplett unterbunden (Russland, China) oder in sogenannten demokratischen Staaten (Ungarn) eingeschränkt wird.

Es ist gut, dass in der *ZivilCourage* unterschiedliche Positionen zu Wort kommen. Wenn ein Mitglied der DFG-VK fordert, dass andere Mitglieder, die nicht seinem dogmatischen Pazifismus folgen, aus der Organisation austreten sollten, dann führt das zu einer Verarmung von Debatten und zu keiner Weiterentwicklung und Differenzierung von Argumenten.

*Helmolt Rademacher ist seit Jahrzehnten Mitglied in der DFG-VK.* <<





**AKTIV FÜR FRIEDEN  
DER DFG-VK-KALENDER 2024  
DIN A4 | 14 SEITEN | 9,95 EURO**

**JETZT BESTELLEN IM DFG-VK-SHOP:  
WWW.SHOP.DFG-VK.DE**

**IDEAL AUCH ALS GESCHENK FÜR  
FRIEDENSFREUNDINNEN UND -FREUNDE!**

## Die herbeigeredete Unbestimmtheit: cui bono?

Wissen wir wirklich nicht mehr, wo rechts und wo links ist?

Von Cornelia Mannewitz

**D**ass „links“ und „rechts“ ihre Bedeutungen verloren hätten, ist eine der Lieblingsbehauptungen von Anhängern der „Mahnwachen für den Frieden“ 2014/15 bis zu denen der Post-Corona-„Montagsdemos“ heute. Es sei ja alles so unbestimmt. Sie liegt auch einem Diskussionspapier der sogenannten „Ukraine-Initiative – Die Waffen nieder“ von August 2023 zugrunde: „Rechtsoffenheit in der Friedensbewegung – Kampfbegriff oder reales Problem?“ ([https://nie-wieder-krieg.org/2023/08/24/diskussionspapier\\_rechtsoffenheit/](https://nie-wieder-krieg.org/2023/08/24/diskussionspapier_rechtsoffenheit/) = <https://bit.ly/3F3vlvF>)

Was ist denn so unbestimmt? Laut dem Papier begann „mit dem Triumph des Neoliberalismus (...) die traditionelle Links-Rechts-Konfiguration (...) zu erodieren. Mit New Labour – in Deutschland mit Gerhard Schröder als ‚Genosse der Bosse‘ – begann die Entfremdung zwischen Lohnabhängigen und Sozialdemokratie (...). Die soziale Frage, die immer der harte Kern des Begriffs ‚links‘ war, wurde durch den Neoliberalismus zwar enorm verschärft, verlor aber zunehmend ihre Repräsentation im politischen System.“

Das mag sein. Aber hier wird schon deutlich, warum es den Ausdruck „drin, was draufsteht“ gibt: Weil es eben oft nicht so ist. Wenn ein Linker rechte Politik macht, ist diese Politik deswegen nicht links, sondern der Linke ist orientierungslos. Oder der Linke nennt sich nur links. Oder er will den Rechten zu Gefallen sein. Auch mit „rechts“ ist es nicht so einfach. Das Papier hat recht, wo es fordert: „Wer heute über ‚rechts‘ redet, steht (...) in der Pflicht, präzise zu sagen, was

damit gemeint ist.“ Es hat aber nicht recht mit dem Satz, der diesem vorangeht: „Die relative Kohärenz linker wie rechter Weltbilder befindet sich in Auflösung, und die einstmals eindeutigen Begriffe sind auch innerhalb der jeweiligen Lager umstritten.“ „Weltbilder“ ist hier eindeutig zu hoch gegriffen. Es reicht schon, „rechtsradikal“ zu sagen, wenn man „rechtsradikal“ meint, und nicht bei „rechts“ stehenzubleiben. Allerdings denkt heute, wenn es heißt, jemand sei ein\*e Rechte\*r, wohl niemand mehr an ein CDU- oder CSU-Mitglied. Von 1987 stammt der Ausspruch von Franz Josef Strauß, rechts von der CDU/CSU dürfe es keine demokratisch legitimierte Partei geben. Lange her, und in dieser Zeit hat sich entsprechend der gewandelten Parteienlandschaft der politische Gebrauch von „rechts“ gewandelt, nicht aber das Wort selbst.

Das Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus (2015, Band 8/II: „links/rechts“) hilft bei der Unterscheidung von Wortbedeutung und Wortgebrauch: Die Links-Rechts-Unterscheidung kommt aus der Französischen Revolution. In der Nationalversammlung saßen links die Gegner und Kritiker der Monarchie, rechts ihre Befürworter. So wurden die Träger\*innen von Liberalismus und Aufklärung auf der einen Seite und von Konservatismus auf der anderen Seite voneinander unterschieden. Der politische Sieg der Bourgeoisie und der Aufstieg der Arbeiterbewegung führte dann, wenig verwunderlich, nicht zum Wegfall einer der beiden Seiten, sondern „links/rechts“ diente nun zur Binnendifferenzierung innerhalb

der Seiten. Marx bezeichnet an einer Stelle als „links“ die Industriebourgeoisie und als „rechts“ die Grundbesitzer – sehr vereinfacht gesagt, eine Unterscheidung zwischen weniger Konservativen und Konservativen, die beide zur Rechten zählten. Ähnlich bildete sich bei der Linken mit der kommunistischen Bewegung etwas heraus, was Engels einmal „extreme Linke“ genannt hat. Weiter ging es mit Flügelkämpfen auf der Seite der Linken, in denen „links“ mit „revolutionär“ und „rechts“ mit „reformistisch“ assoziiert wurde. Und ich würde fortsetzen: Weiter ging es über einen staatspolitischen „Mainstream“ (wie man heute sagen würde) innerhalb des als linkes gestarteten Projekts Sowjetunion, zu dessen linker und rechter Seite jegliche Opposition nach Möglichkeit vernichtet wurde, bis ... zur Sitzordnung in heutigen Parlamentssälen, wo rechts und links noch immer funktioniert.

Ökonomische und gesellschaftliche Verhältnisse lagen und liegen dem Gebrauch von „links“ und „rechts“ zugrunde, die Wörter dienen auch als Selbstbezeichnung und sind heute ganz in der Politik beheimatet. Aber begründet wird der Gebrauch von „links“ und „rechts“ mit den Bedeutungen dieser Wörter. Diese haben sich kaum gewandelt und jede\*r, der\*die sie bewusst gebraucht, weiß das auch.

Wem nützt dann die herbeigeredete Unbestimmtheit? Sie nützt dazu, Menschen ins Boot zu holen, die sich nicht als „rechts“ bezeichnen lassen wollen. Anders gesagt, dass man Rechtsoffenheit praktiziert – nicht mehr und nicht weniger. In der Interpretation

des Papiers dagegen ist der Begriff „Rechtsoffenheit“ der „Nährboden für eine Unkultur permanenter Verdächtigung und Denunziation, befeuert von selbsternannten Tugendwächtern“. Was das Papier über seine Gegner behauptet, nämlich, dass sie Begriffe nicht definieren und nur politische Prinzipien reiten, tut es hier selbst: Es bestimmt „Rechtsoffenheit“ rein funktional und verunglimpft gleichzeitig die, die Substanzielles dazu zu sagen haben.

In dem zitierten Papier gibt es noch viele andere Ungereimtheiten. Zum Beispiel die, dass es zwar „Rechtsoffenheit“ im Titel hat, sich aber zunächst ausführlich über „neue(n) und neuartige(n) Protestbewegungen“ auslässt. Zu fragen wäre, warum sich eine Bewegung, die sich „Friedensbewegung“ nennt, seinerzeit nicht der bereits existierenden Friedensbewegung angeschlossen hat. Diente das schöne Wort „Frieden“ nicht eher dazu, dem Unbehagen von Menschen, die von den aktuellen Krisen auf die Straße getrieben wurden, einen gewissen Glanz zu verleihen und unter dieser Tünche „Faschismus, Antisemitismus, Rassismus, nationalistische, völkische Überlegenheitsideologien und dämonisierende Feindbilder“ verbreiten zu können, auch wenn diese Dinge laut dem Papier „in der Friedensbewegung nichts zu suchen“ haben?

Einen Höhepunkt seiner ganz speziellen Argumentation erreicht das Papier aber dort, wo es „neue

Kreationen im Arsenal der Kampf-begriffe“ identifiziert: „Verschwörungstheorie bzw. -ideologie, Wissenschaftsfeindlichkeit, Irrationalismus und Esoterik. (...) Man findet sie millionenfach in der Gesellschaft. Ein Beispiel: In den programmatischen Schriften von Christen, Juden und Muslimen – Bibel, Koran, Thora sowie den Edikten ihrer Päpste, Oberrabbiner und Imame – wimmelt es nur so von Irrationalismus und Esoterik.“ Besser kann man nicht sagen, dass man Akteuren, denen an kritischem Denken ihrer Anhänger\*innen nicht gelegen ist, nach dem Mund reden will. Die Bücher der Religionen bestehen aus Legenden, historischen Beschreibungen, Glaubenssätzen und Erklärungen von Phänomenen entsprechend dem Wissensstand der Entstehungszeit dieser Bücher. Diese Erklärungen sind vorwissenschaftlich. Verschwörungstheorien dagegen sind unwissenschaftlich. Wenn wir beide gleichsetzen, landen wir bei Wissenschaftsfeindlichkeit und letztlich bei der Behauptung, wissenschaftliche Erkenntnisse seien ja auch nur Meinungen – ebenfalls seit 2014/15 ein beliebtes Motiv.

Unter dem Punkt „Praktische Konsequenzen“ findet sich in dem Papier dann einiges, was sinnvoll ist, mit den vorangegangenen Abschnitten des Textes aber kaum zusammenpasst: „die Friedensbewegung darf sich nicht instrumentalisieren lassen“, „die Friedensbewegung muss stets unabhängig sein und ihr eigenes Profil immer

deutlich herausstellen“ u.ä. Welche Friedensbewegung? Die diffuse, die das Papier beschreibt? Jedenfalls bringt das Papier am Schluss noch einmal die emotionalsten Elemente seiner Rhetorik in Stellung: „in geradezu geheimdienstlicher Manier vermeintlich verdächtigen Kontakten“ nachspüren, „Klima des Verdachts und der Denunziation“, „was nicht die – wie immer definierte – reine Lehre ist“, „sektenhafte Selbstisolierung von den Realitäten unserer Gesellschaft“. Sie richten sich gegen Kritiker\*innen. Vermutlich sind sie dem erklärten Bestreben, „breitere Kreise der Gesellschaft, die jüngere Generation und die bitter notwendige politische Wirkung (zu) erreichen“, im Weg. Dass dieser Weg in die Übernahme durch rechts führt, glauben die Autor\*innen wohl durch ständige Überprüfung von Erfahrungen und „Korrekturen“ von „Strategie und Taktik“ verhindern zu können. Dabei müssten sie selbst den Realitäten ins Auge sehen: Gerade bei der politisch aktiven jüngeren Generation ist die Friedensbewegung seit 2014/15 hinreichend diskreditiert, eben wegen ihrer kaum reflektierten Rechtsoffenheit.

Und ganz nebenbei: Warum eigentlich nicht „Kampfbegriff“ Rechtsoffenheit? Ist doch völlig in Ordnung. Rechte Einflüsse auf die Friedensbewegung müssen bekämpft werden.

*Cornelia Mannewitz ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern.* ‹‹





Jürgen Grässlin: *Einschüchtern zwecklos. Unermüdet gegen Krieg und Gewalt – was ein Einzelner bewegen kann.* München 2023; 384 Seiten; 14 Euro

Dieses Buch richtet sich an „Menschen, die etwas bewegen und viel verändern wollen“, wie Jürgen Grässlin eingangs schreibt – und zwar gegen Krieg und Gewalt, wie es im Untertitel heißt. Dieser endet mit dem Halbsatz „was ein Einzelner bewegen kann“. Das ist ein großes Versprechen, zudem steht das Stichwort „Erfolge“ auf der Rückseite des Buches: Zeigt der Autor tatsächlich, wie jede\*r von uns politischen Erfolg haben kann?

Als ersten Erfolg schildert Jürgen Grässlin die Großdemonstration der rund 500 000 am 10. Juni 1982 anlässlich eines Nato-Gipfels mit US-Präsident Ronald Reagan. „Nie zuvor hatte ich eine Protestveranstaltung dieses Ausmaßes und dieser Schubkraft erlebt.“ Sodann wird die von Ulli Thiel entworfene Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm 1983 mit ca. 400 000 Teilnehmenden erwähnt, „eine logistische Meisterleistung“. Später beschreibt der Autor ausführlich die gezielte Kampagne, aufgrund derer der Daimler-Konzern (Mercedes u.a.) sich zunächst aus der Landminen- und Streumunitionsproduktion zurückzog und sich dann von seinen Anteilen am Luftfahrt- und Rüstungskonzern EADS (European Aeronautics Defence and Space Company, heute Airbus) trennte. Und er schildert den Staffellauf „Frieden geht!“, der mehrere Tausend Menschen gegen Rüstungsexporte mobilisierte und sich in einer wohlwollenden Berichterstattung vor allem in lokalen und regionalen Medien niederschlug.

Schon die ausführliche Auswertung und Darstellung der Genese dieser beiden und anderer Aktionen/Kampagnen einschließlich Tipps für

Nachahmer\*innen lösen das eingangs erwähnte Versprechen ein.

Lehrreich sind auch Jürgen Grässlins Erfahrungen mit den Medien – sei es die Entstehung des investigativen Spielfilms „Meister des Todes“, der mehr als 20 Millionen Fernsehzuschauer\*innen erreichte, seien es die über 400 Medienberichte nach der Verleihung des Aachener Friedenspreises an ihn und andere. Spannend ist gleich am Anfang des Buches, wie der Autor einen Filmabend vor Rüstungsarbeitern erlebte.

Wertvoll sind Erfahrungen, auf welchen (u.a. juristischen) Widerstand der Gegenseite wir uns einstellen müssen. Selbstredend kommen die erfolgreichen Strafanzeigen gegen Heckler & Koch und Sig Sauer im Buch vor, die beiden führenden Kleinwaffenhersteller, die zu Strafzahlungen von mehr als 14 Millionen Euro führten – darunter der höchsten Summe, die je von einem Kleinwaffenhersteller eingezogen worden ist.

Dank dem Autor und der „Action Aufschrei“ haben außerdem „die Verantwortlichen in Berlin erkannt, welche gewaltige Vernichtungskraft den so harmlos klingenden kleinen und leichten Waffen zukommt“, und haben seit 2009 „nie wieder Lieferungen von Blaupausen für den Nachbau von Kleinwaffen in andere Länder genehmigt“. Für diese Erfolge war es bedeutsam, immer wieder die Sicht der Opfer der gelieferten Gewehre zu schildern. Es ist sympathisch, dass diese im Buch mehrfach wiedergegeben wird. Zudem sind Jürgens Grässlins Ausführungen gerade in den Rüstungsexport-Kapiteln politisch hochaktuell.

Erfreulich ist, dass die DFG-VK immer wieder prominent erwähnt wird – auch, wie der Autor Mitglied wurde.

Ein wesentlicher Aspekt des Buches ist die durchgängige Verbindung von persönlichem Erleben herrschenden Unrechts und herrschender Gewalt mit dem politischen Engagement. Diese Verknüpfung authentisch herzustellen, ist nicht einfach – es gelingt dem Autor jedoch rundum über-

zeugend. Diese Verknüpfung ist der Schlüssel dafür, dass viele der herausfordernden Bemühungen nicht im Sande verlaufen sind, sondern Erfolge zeitigten.

Ein ausführliches Personen- und Sachregister, konkrete und direkt nutzbare Hinweise auf gut 50 engagierte Organisationen und zahlreiche Vierfarbfotos runden das positive Bild ab und lassen mich dieses Buch auch als (Weihnachts-) Geschenk rundheraus empfehlen.

*Thomas Carl Schwoerer*

## Wichtiges Ehrenamt in der DFG-VK: Bundeskassierer\*in gesucht!

Nach elf Jahren wird der DFG-VK-Bundeskassierer Christoph Neeb beim kommenden Bundeskongress im Herbst 2024 in Halle (Saale) nicht wieder kandidieren.

Daher suchen wir eine\*n Nachfolger\*in auf dieser für unseren Verband enorm wichtigen Position. Die Person gehört zum Bundessprecher\*innenkreis, bereitet den Haushaltsplan vor und hat bei den DFG-VK-Finanzen alles im Blick. Die Position als Bundeskassierer\*in ist eine der bedeutsamsten und einflussreichsten im gesamten Verband. Zur Unterstützung der Arbeit gibt es die Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart sowie die Finanzkommission. Interessierte sollten für das Amt mitbringen:

- Erfahrung im Umgang mit Finanzen, Kontoführung und Banken
- Kenntnisse in Buchführung und/oder Steuerrecht
- „etwas“ Zeit (Arbeitsaufwand: ca. 40 Stunden pro Monat)
- langjährige Mitgliedschaft in der DFG-VK
- temporär auch mal starke Nerven und Dickfelligkeit

Wer sich vorstellen kann, Bundeskassierer\*in zu werden, melde sich bitte bei Christoph Neeb ([neeb@dfg-vk.de](mailto:neeb@dfg-vk.de)) und Michael Schulze von Glaßer ([svg@dfg-vk.de](mailto:svg@dfg-vk.de)).

*Michael Schulze von Glaßer  
politischer Geschäftsführer  
der DFG-VK*



Zuschriften bitte  
per E-Mail an:

[zc-briefe@  
dfg-vk.de](mailto:zc-briefe@dfg-vk.de)

Briefe sollten  
maximal 1 800  
Zeichen lang  
sein. Die Redak-  
tion behält sich  
Kürzungen vor.

Ich verfolge die Diskussionen in der *ZivilCourage* und in den Resten der ehemals politischen linken Bewegung mit zunehmendem Befremden. Für mich war immer klar, dass Friedensbewegung entsteht, wenn wir Menschen überzeugen, nicht durch Aus- und Abgrenzung. Die, die ungefähr unserer Meinung sind, sollten wir auch ansprechen, aber viel mehr die, die noch zu überzeugen sind.

Aufmerksamkeit, was militaristische und rassistische Gruppen treiben, ist sicher wichtig, nicht hilfreich ist es aber, immer mehr Personen in den Verdacht des Rechtsradikalismus zu stellen, die Vokabel populistisch wird da ja oft schon synonym gebraucht, wobei es doch nicht an sich schlecht sein kann, darauf zu hören, was die Menschen wünschen.

Könnte es sein, dass die militaristisch und imperialistisch denkenden Eliten ihre Taktik gewechselt haben und nun diejenigen als rechts betiteln, die für ihre Pläne gefährlich werden könnten? Wem man das nicht anhängen kann, der ist dann eben aus der Zeit gefallen oder Verschwörungstheoretiker. Von daher müssen wir doch selbst überlegen, was und wen wir für gefährlich halten. Dass dazu Sarah Wagenknecht und Alice Schwarzer zählen sollen, halte ich für absurd. Die vielen Menschen, die nicht mehr wissen, wen sie wählen können, werden wir nicht dadurch gewinnen, dass wir sie von Friedensdemonstrationen fernhalten, wenn sie überlegen, die AfD zu wählen oder dies mal getan haben. Wir sollten mit ihnen diskutieren.

Auch können wir nicht immer mehr Bedingungen stellen bezüglich der

Meinung zu derzeit als fortschrittlich gehandelten Fragen (immer mehr Distanzierungen auf Flugblättern), bevor wir bereit sind, mit jemandem in den Dialog zu treten oder auch mal eine Aktion zusammen zu initiieren. Friedensbewegung hat für mich gerade die Aufgabe, Brücken zu bauen in einer sich polarisierenden Gesellschaft, das vermisse ich leider auch in dem, was ich von den Diskussionen der DFG-VK mitbekomme. Die Pandemie hat die Dialogfähigkeit der Gesellschaft (auch in unserer Organisation) noch einmal massiv verschlechtert, und diese Unfähigkeit wird mit dem Ukrainekrieg lückenlos weitergeführt. Die Sprachregelungen der Politik von Friedensmissionen = Waffenlieferung, Imperialismus = Putin und dergleichen werden in der medialen Diskussion kaum hinterfragt; ich habe aber den Eindruck, dass immer mehr Menschen dem nicht mehr folgen mögen – da könnte doch die Chance der Friedensbewegung liegen. (Eher nicht in Diskussionen, die für ein Gespräch unter DFG-VK-AktivistInnen interessant sein mögen: War Martin Niemöller ein astreiner Pazifist? Darf ich als Pazifist Drohnen abschießen?)

Für mich ist es wichtig, nicht den Militärstrategen zu folgen, die heute vielleicht subtiler vorgehen als früher die „Jugendoffiziere“, indem wir ihre Art des Diskutierens aufnehmen, und stattdessen ein grundsätzlich anderes Denken, Diskutieren und Handeln zu etablieren, mit der Idee, dass friedliches Miteinander ansteckend ist. Eine Beschäftigung mit dem Thema gewaltfreier Kommunikation könnte vielleicht auch hilfreich sein.

*Harald Welteke*

[Zum Beitrag „Klare Position gegen rechts“ von Michael Schulze von Glaßer in \*ZivilCourage\* 2|2023, Seite 3 ff.](#)

Unser politischer Geschäftsführer blendet aus, dass sich Sahra Wagenknecht immer wieder von Rechten und der AfD eindeutig mit klaren Worten distanziert. Sie tat dies auch in der betreffenden Passage ihrer Rede

in Berlin („ehrlichen Herzens“) – ist aber der Erwähnung wohl nicht wert. Bei geschätzten 50 000 Teilnehmern haben öffentlich-rechtliche Medien neun AfD-Mitglieder identifiziert. Das reicht also, um die Veranstaltung als „rechtsoffen“ zu diffamieren. Nun gut, ist ja nur eine „Meinung“.

*Michael Machnik*

Ich möchte Michael Schulze von Glaßer recht geben – die „Friedensbewegung“ muss sich von rechts abgrenzen. Wie er das macht, wenigstens, wenn ich seinem Kommentar folge, halte ich für falsch. Wenn die DFG-VK seiner Position konsequent folgt, wird sie bald wie eine religiöse Sekte in die Bedeutungslosigkeit versinken.

Von Glaßer kritisiert heftig den Aufruf, den Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht initiiert haben, und die Kundgebung in Berlin. „Die Wagenknecht/Schwarzer-Kundgebung hat das Image von Friedensgruppen wie der unseren enorm geschädigt“, so von Glaßer, und weiter: „Nein, wir hatten mit der Wagenknecht/Schwarzer-Kundgebung nichts zu tun und sind auch nicht offen für rechte Positionen.“

Ich war Ende Februar auf der Friedenskundgebung in Berlin und habe das ganz anders erfahren als von Glaßer schreibt. Rechte oder „rechts offene“ Demonstranten haben wir in Berlin nicht gesehen. In Videobeiträgen konnte ich sehen, wie Sevim Dagdelen die Polizei aufgefordert hat, Jürgen Elsässer und seine Gruppe vom Kundgebungsort zu entfernen, da er dort nichts verloren hat. Auch konnte ich in Videos sehen, wie ein Mitarbeiter der „Heute-Show“ und der von mir bisher sehr geschätzte Georg Restle von „Monitor“ krampfhaft versucht haben, „Blödmänner“ zu interviewen, die dem Image von „rechts-offen“ entsprachen.

Die vielen tausend Menschen der Friedensbewegung haben mich erinnert an die Demos in Bonn oder die Menschenkette von Neu-Ulm nach Stuttgart Anfang der 80er-Jahre. Hoffnung keimte auf bei den vielen Teil- »

»nehmern der Demonstration – viele wie auch wir mit DFG-VK-Fahnen. Vielleicht gelingt es doch, die Politiker davon zu überzeugen, dass immer mehr Waffen den Krieg nur verlängern und verschlimmern, und sie doch bereit sind, Diplomatie, Verhandlungen als das richtige Mittel anzusehen, in Richtung Frieden aktiv zu werden. Die Demonstrationen in den 80er-Jahren, so meine Überzeugung, haben mit dafür gesorgt, dass die sogenannte Nachrüstung gekippt wurde. Eine gespaltene und zerstrittene Friedensbewegung heute wird keinen Einfluss auf die Beteiligung unserer Regierung/ unseres Landes auf eine möglichst schnelle Beendigung des Krieges in der Ukraine haben.

„Jeder, der ehrlichen Herzens mit uns für Frieden demonstrieren möchte, ist willkommen“, sagte Sahra Wagenknecht in einem „Spiegel“-Interview und wird so von von Glaßer zitiert.

So sagt es auch die von mir sehr geschätzte Margot Käßmann in der aktuellen *Zivilcourage*. Und so wie sich Frau Käßmann klar von „Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum“ distanziert, haben sich auch die Initiatorinnen auf der Kundgebung von Rechten distanziert.

In Berlin sagte Sahra Wagenknecht: „Selbstverständlich haben Neonazis und Reichsbürger, die in der Tradition von Regimen stehen, die für die schlimmsten Weltkriege der Menschheitsgeschichte Verantwortung tragen, auf unserer Friedenskundgebung nichts zu suchen. Das versteht sich aber wohl von selbst, dachte ich. Aber genauso sage ich auch, jeder, der ehrlichen Herzens mit uns für Frieden und für Verhandlungen demonstrieren will, ist hier willkommen, und daraus soll man nicht so eine dumme Debatte machen. Es nervt mich, auf welchem Niveau in Deutschland inzwischen diskutiert wird.“

Von Glaßer beklagt sich auch, dass ein ehemaliger Bundeswehr-General auf der Bühne stand. In unserem Schwäbisch Haller Friedensnetz

mussten wir schon häufiger feststellen: Einige Generäle und Offiziere stellen die aktuelle Situation differenziert dar, beziehen die Vorgeschichte mit ein (z.B. das Geschehen auf dem Maidan, die Nato-Osterweiterung), und machen Vorschläge, wie der Krieg beendet werden kann.

So General Kujat, der Ende Dezember 2022 in der „Rheinischen Zeitung“ „Gedanken über einen Fahrplan zu einem schnellstmöglichen Waffenstillstand und einen alsbaldigen Verhandlungsfrieden“ veröffentlicht hat und sich vor allem auf Minsk 2 beruft, auf den aber nicht mehr gehört wird. Oder der ehemalige Vorsitzende des „Darmstädter Signals“, Jürgen Rose, den ich vor vielen Jahren auf dem Ostermarsch in Ansbach als Hauptredner gehört habe, und der sehr kenntnisreich die Ursachen des Krieges in der Ukraine und den aktuellen Verlauf beschreibt.

Im Unterschied dazu höre ich verantwortliche Politiker wie Anton Hofreiter von den Bündnisgrünen („Je mehr Waffen wir liefern, desto schneller endet der Konflikt“), Agnes Strack-Zimmermann, Vorsitzende des „Verteidigungsausschusses“ von der FDP („Mit Russland unter Putin und seinen Getreuen kann man nicht verhandeln“) oder Roderich Kiesewetter von der CDU („Dass Russland verliert, heißt: Russland muss sich zurückziehen, muss verlieren lernen wie Deutschland 1945. Es muss Reparationen zahlen und Kriegsverbrecher an ein internationales Tribunal überstellen.“) – m. E. alles Positionen, die nicht nur den Krieg verlängern, sondern mit ihren Positionen auch an der Eskalationsschraube drehen.

Von Glaßer kritisiert die Inhalte des Aufrufs: „In dem Text steht nichts direkt Falsches, aber der Tenor und vor allem das, was nicht drinsteht, sollte zu denken geben“. Den von 69 Erstunterzeichnern erstellte Aufruf, alles sehr bekannte Persönlichkeiten, haben inzwischen mehr als 840 000 Menschen unterschrieben. Sowohl von den Erstunterzeichnern (mir bekannt: Margot Käßmann und Jürgen Grässlin), als

auch von den anderen Unterzeichnern sind sicherlich sehr viele DFG-VK-Mitglieder. Wäre der Aufruf nur von Pazifisten geschrieben worden, wäre er sicherlich anders formuliert worden, allerdings sicherlich von deutlich weniger Menschen unterschrieben und unterstützt und nicht mit dem Bekanntheitsgrad, den der Aufruf heute hat.

Ich halte es da eher mit Günter Verheugen, der in der Buchvorstellung des im Westend-Verlag erschienenen sehr lesenswerten Buches „Ukrainekrieg“, herausgegeben von den beiden Professoren Sandra Kostner und Stefan Luft, folgendes sagte: „810 000 Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben den von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer initiierten Aufruf unterschrieben. Man muss nicht mit allem einverstanden sein, was die beiden so gesagt und getan haben, ich bin es z.B. nicht, aber habe trotzdem unterschrieben, weil es notwendig ist, den Regierenden klarzumachen, dass es eine andere Meinung in diesem Lande gibt.“

Noch etwas zur Sprache: Kai-Uwe Dosch beklagt sich über die Wörter „unsäglich“ oder „perfide“, die immer wieder in Leserbriefen genutzt werden, und stellt fest, dass es „auch bei der DFG-VK mit diesem Konfliktverhalten nicht zum Besten steht“.

Von Glaßer bezeichnet die Initiatorinnen des Aufrufs als „umstritten“ und redet von Menschen, „die Verschwörungsmysmen anhängen“. Hierzu schreibt der Kognitionsforscher Rainer Mausfeld in seinem Buch „Warum schweigen die Lämmer“ (Ich bitte das lange Zitat zu entschuldigen): „Eine weitere Klasse kognitiver Mentalvergiftung stellen Denunziationsbegriffe und Diffamierungsbegriffe dar. Unter solchen Begriffen erfreuen sich gegenwärtig Begriffe wie ‚Querfront‘, ‚Verschwörungstheorie‘, ‚Antiamerikanismus‘, oder ‚Populismus‘ besonderer Beliebtheit bei den Macht- und Funktionseleiten. Diese Begriffe haben eine perfide Logik: Sie beruhen auf einer bestimmten Form einer gedanklichen Verklammerung unterschiedlicher Themenbereiche, durch die sug-

geriert wird, zwei gänzlich unabhängige Themenbereiche seien gleichsam ihrem Wesen nach miteinander verwoben. Auf diese Weise sollen speziell Themen, deren öffentliche Diskussion die Machteliten und die sie stützenden Elitengruppen als unerwünscht und abträglich für ihren Status ansehen, dadurch in Diskredit gebracht werden, dass sie mit Themen verklammert werden, die geächtet sind oder als anrühlich gelten – wie etwa rechtsextreme oder rassistische Auffassungen. Durch eine solche Verklammerung können sich die Macht- und Funktionsebenen vor Kritik immunisieren, indem sie bestimmte Themenbereiche aus dem öffentlichen Diskussionsraum verbannen.“

Ich denke, es wird deutlich, dass die Begriffe Verschwörungstheorie, Verschwörungserzählung oder Verschwörungsmythos vor allem dazu gebraucht werden, Themen wie z.B. 9/11 oder die Sprengung der Nordstream-Pipelines aus der öffentlichen Debatte zu verbannen.

Ein Beispiel dafür gibt Leserbriefschreiber Gernot Lennert, wenn er von „unseriösen Gestalten wie Daniele Ganser“ schreibt, oder wenn er von „Soros – dem Lieblingsbösewicht der globalen antisemitischen Verschwörungsspinnerei“ redet. Darf ich Soros nicht kritisieren, weil er Jude ist? Ich kritisiere George Soros, weil er mit seinen durch Spekulation erworbenen Milliarden (auch) Organisationen unterstützt, die sicherlich nicht dem Frieden dienen. Die Briten können ein Lied davon singen.

Ulrike Guerot stellt in einem Gespräch mit Daniele Ganser fest, dass sie in Artikeln über sie über 180 mal als „umstritten“ bezeichnet wird und sagt zurecht: „... und wir wissen ja heute schon aus semantischen Studien, dass allein die Zuordnung des Begriffes ‚umstritten‘ eigentlich schon eine üble Diffamierung der ersten Art ist, weil, wer entscheidet eigentlich, wer umstritten ist und wer nicht umstritten ist, und warum ist man umstritten ...“. Und wer Daniele Ganser als „unseriöse Gestalt“ herabwürdigt, verbannt

einen Historiker und Friedensforscher aus der Friedensbewegung, dem es immer wieder gelingt, trotz der üblen Beschimpfungen, Hallen zu füllen und mit seinen Vorträgen Menschen zu begeistern. Alles „rechtsoffene“ Zuhörer?

Mein letzter Kritikpunkt betrifft die Vorstellung von Friedensbewegung. Von Glaßer schreibt: „Ein weiterer Satz, den ich oft hörte: ‚Die Friedensbewegung darf sich nicht spalten!‘ Dem liegt schon die Fehlannahme zugrunde, es gebe die Friedensbewegung. Denn es gab noch nie die Friedensbewegung – es war schon immer eine kaum definierbare, sehr heterogene Ansammlung von Gruppen (und auch Parteien), die sich gegen die regierende deutsche Sicherheitspolitik stellt ...“

Ich bin noch nicht sehr lange Mitglied in der DFG-VK, aber schon sehr lange im Versöhnungsbund. Meine Vorstellung war und ist, dass sich die eher kirchlich/christliche Friedensorganisation (IFOR) und die eher weltlich orientierte Organisation (WRI) zusammenschließen, um eine möglichst große Wirkung zu erzielen. Natürlich muss sich die Friedensbewegung distanzieren von Gruppen, die etwas ganz anderes wollen, z.B. von der Bundeswehr, die von manchen als die „größte Friedensbewegung Deutschlands“ bezeichnet wird. Natürlich auch von der AfD, die die aktuelle Chaos-Politik ausnutzt, aber die „Kriegskredite“, auch Sondervermögen genannt, von 100 Milliarden Euro unterstützt.

Aber natürlich muss die Friedensbewegung Organisationen/Initiativen einbeziehen, die von Glaßer so beschreibt: „... Initiativen wie die ‚Seebrücke‘, die sich für Flüchtlinge einsetzen, ‚Fridays for Future‘, die gegen die Klimakatastrophe (und damit gegen eine zukünftige Hauptursache von Kriegen) demonstrieren ...“

Günter Verheugen sagt im oben schon genannten Interview: „Wir arbeiten nicht am Frieden, im Augenblick arbeiten wir am Krieg.“ Nur eine starke Friedensbewegung kann bewirken, dass eine Bevölkerungsmehrheit

die aktuelle Kriegspolitik ablehnt und die Regierung dazu bringt, ihren politischen Kurs zu ändern, so dass zunächst einmal wenigstens ein Waffenstillstand ermöglicht wird.

Oder wie es Stefan Luft, der Herausgeber in dem oben genannten Buch sagt: „Die Friedensbewegung ist – aus unserer Sicht – die einzig gesellschaftlich relevante Kraft, die den vorherrschenden Narrativen eine Alternative entgegensetzen hat. Sie hat das Potential zu einem Politikwechsel in Deutschland beizutragen – so unwahrscheinlich das zur Zeit auch erscheinen mag.“

Max Kauke

[Zum Beitrag „Kriegsrechtfertiger sind politische Gegner“ von Ralf Cüppers in \*ZivilCourage\* 2|2023, Seite 13 f.](#)

Es ist schon erstaunlich wie Ralf Cüppers politische Gegner definiert. Das sind nicht etwa solche wie Urania Grudzinski, die unter Zitierung rechtsradikaler Autoren Russland verteidigen und damit eine Schuldumkehr betreiben, sondern anscheinend Menschen wie ich und andere in der DFG-VK, die für eine differenzierte Betrachtung der Kriegsakteure plädieren, die Dilemmata und damit auch Zweifel benennen, was als Pazifisten die richtige Verhaltensweise ist.

In Ralf Cüppers Beitrag werde ich dreimal namentlich erwähnt, und ich frage mich, wie ich zu dieser Ehre komme, da ich mich weder zum Verteidigungskrieg der Ukraine explizit geäußert noch für Waffenlieferungen oder ähnliches ausgesprochen habe.

Ich habe darauf verwiesen, dass es schon früher Pazifisten wie Bertha von Suttner gab, die eine Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg gemacht haben. Ralf Cüppers hat kein Verständnis für Zweifel, wie sie auch Margot Käßmann allen zugesteht. Also alle die Mitglieder der DFG-VK, die sich des Dilemmas der Ablehnung von Kriegen und dem Verständnis für den Verteidigungswillen der Ukrainer bewusst sind, sollten aus der DFG-VK verschwinden, da- »

» mit nur noch ein starrer, dogmatischer Pazifismus Platz hat. Das würde dann angeblich unsere Glaubwürdigkeit erhöhen. Ich sage: genau das Gegenteil wäre der Fall, weil Dilemmata und Zweifel nicht mehr geäußert werden könnten.

Die russische Führung unter Putin hat ganz klar zu verstehen gegeben, dass die ukrainische Nation keinen Platz mehr hat, dass alles russifiziert werden soll und damit Freiheit und Demokratie für immer beseitigt werden sollten.

Natürlich ist es ein sehr großes Dilemma, zwischen kompletter Unterdrückung sowie dem Auslöschen ukrainischer Identität und einem vollständigen Gewaltverzicht seitens der Ukraine sich entscheiden zu müssen. Es gibt kein Richtiges im Falschen (Adorno). Der komplette Gewaltverzicht würde deutlich weniger Tote und keine Zerstörung der Infrastruktur bedeuten. Hingegen wären alle Demokraten und die, die gegen Russland opponieren würden, ihres Lebens nicht mehr sicher. Die Ereignisse im Donbass zeigen das. Es sind Russen und ihre Kollaborateure, die Gewalt, Morde, Unterdrückung und Vergewaltigung in dieses Gebiet getragen haben und nicht die Ukrainer.

Ralf Cüppers wiederholt mehrfach, dass gewaltfreier Widerstand der einzig mögliche Weg sei. Dazu wäre es notwendig gewesen, dass sich die ukrainische Gesellschaft mit dieser Art der Verteidigung seit Jahren und Jahrzehnten vertraut hätte machen müssen. Das als wissenschaftlich einzigen Weg zu beschreiben ignoriert, dass die Friedensforschung – wenn man sie als relevante wissenschaftliche Richtung denn anerkennt – zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen kommt.

Was wäre passiert, wenn die Alliierten den Hitler-Faschismus nicht militärisch besiegt hätten? Haben die Alliierten und damit auch die Sowjetunion einen verbrecherischen Verteidigungskrieg geführt?

Besonders empört mich, dass Ralf Cüppers die Ukraine faschistisch nennt. Welchen Begriff von Fa-

schismus hat er denn? Im Gegensatz zu Russland gibt es eine halbwegs funktionierende Demokratie, eine Gewaltenteilung, es werden nicht willkürlich Menschen ermordet, und die Meinungsfreiheit funktioniert auch einigermaßen. Natürlich gibt es dort noch erheblichen Entwicklungsbedarf, und dass es dort Korruption gibt – geschenkt. Aber es gibt die Hoffnung, dass Korruption weniger werden könnte – zumindest wurde eine entsprechende Institution, wenn auch nach einigem Widerstand, gestärkt. Im Gegensatz dazu gibt es in Russland wenig Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung.

*Helmolt Rademacher*

[Zum Beitrag „Zweifel sind notwendig und unverzichtbar“ von Werner Glenwinkel in \*ZivilCourage\* 2|2023, Seite 10 ff.](#)

Liebe Redaktion, ich bin irritiert. Nachdem deutsche Truppen zum dritten Mal in weniger als 100 Jahren ein kleines Land auf dem Balkan bombardierten und Menschen ermordeten und dieses alles mit einer beispiellosen Relativierung des Holocaust in einigen sog. linken Kreisen nicht nur begründet, sondern regelrecht zelebriert wurde, fand ich nach einiger Suche Gleichgesinnte, so dachte ich: Der Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Und: Bundeswehr abschaffen.

Wenig Raum für Missverständnisse, so dachte ich. Nun lese ich in der *ZivilCourage*, dass eine Diskussion über einen gerechten Krieg, nämlich einen Verteidigungskrieg geführt werden müsse. Befremdet sehe ich auf das Titelblatt; hielt ich versehentlich das olivgrüne Propagandablatt mit den drei Buchstaben in den Händen? Nein, kein Irrtum, es stand dort eindeutig *ZivilCourage*.

Als nächstes musste ich mich belehren lassen, dass Krieg gar nicht so genau definiert wäre. Merkwürdig, war ich doch bislang irrtümlich von dem Konsens ausgegangen, dass Krieg staatlich angeordnetes gegenseitiges

Ermorden von einander unbekanntem Menschen wäre.

Dann folgte das unvermeidliche grenzdebile „Argument“ von dem Selbstverteidigungsrecht der Ukraine, was immer das sein soll. Wer glaubt ernsthaft, dass sich Striche auf einem Blatt Papier verteidigen könnten? Würde hier korrekterweise von einem Verteidigungsrecht der Menschen in der Ukraine gesprochen werden, so würde das Argument schlagartig ein Argument gegen den Verteidigungskrieg werden und die Absurdität unübersehbar werden: Zwangsrekrutierung, Ausreiseverbot, die Söhne der Armen werden an der Front verheizt, während die Söhne der Privilegierten im Ausland studieren.

Und doch geht es noch dümmel, Stichwort Verteidigungswaffe. Angesichts der unübersehbaren Kollateralschäden, die der Einsatz solcher Waffen mit sich bringt, zum Beispiel die Todesopfer in Polen durch eine Flugabwehrrakete, zeigt sich auch hier ein absolutes Bildungsdefizit. Denn es gehört nun einmal zur militärischen Logik, Raketen auch über dicht besiedeltem Gebiet zu zerstören, falls dadurch eigene Mordwerkzeuge vor Zerstörung bewahrt werden könnten; dass dabei Zivilisten zu Schaden kommen, wird in Kauf genommen, der Grundsatz Menschen vor Material gilt im Krieg nicht. Ebenso wissen diejenigen, die weiterhin für Waffenlieferungen sind, nicht, dass militärische Verteidigung Selbstzerstörung bedeutet. Angesichts der Bereitstellung von Uranmunition und Streumunition macht diese Ignoranz fassungslos.

Die Redaktion wäre gut beraten, statt Platz für Diskussion Platz für Aufklärung zu bieten. Gegen Dummheit, auch die der Zweifler, hilft nur Bildung.

*Stevan Nonkovic*

[Zum Beitrag „Frieden geht nicht mit ‚rechts‘“ von Margot Käbmann in \*ZivilCourage\* 2|2023, Seite 16 f.](#)

Wie recht hat Margot Käbmann, wenn sie sagt, dass der Begriff „gefallener Soldat“ einen schrecklichen, sinnlo-



sen Tod verharmlost. Waffen schützen niemals Leben, sie töten auf allen Seiten, wenn sie eingesetzt werden. Und wenn sie als Christin anprangert, dass jahrhundertlang Kirchenvertreter Waffen gesegnet und Kriege unterstützt haben, wie jetzt Patriarch Kyrill, so stehen diese Aktionen ganz klar gegen das Gebot der Feindesliebe, das Jesus verkündet hat. Insofern habe ich auch kein Verständnis für „den Ruf nach Waffen“, sondern würde mir wünschen, dass endlich ein Umdenken bei allen Regierenden einsetzt, dass nach 2000 Jahren abendländischer Kriegsgeschichte neue Wege gesucht und beschritten werden, um Konflikte zu lösen, Kriege ein für alle Mal als Verbrechen an der Menschheit geächtet werden.

Auf dem Weg dahin gilt es zuerst, die Feindbilder zu eliminieren, die in Medien und der Gesellschaft existieren und sich verbreiten. Links- und Rechtsextreme sind die Ausgegrenzten, mit denen nicht diskutiert werden soll, was ich bedauere, weil das die Situation verschärft. Viele, die keine rassistische, demokratiefeindliche und diskriminierende Einstellung haben, schließen sich aus Frust und Enttäuschung Parteien an, die Freiheit und Menschenrechte abschaffen wollen. Diese Enttäuschten kennen oft nicht die gefährlichen Ziele (Parteiprogramme), bei denen sie mitlaufen. Hier ist Aufklärung nötig, damit beispielsweise die AfD nicht noch mehr Zustimmung und Wähler findet.

Wir Pazifisten hätten eine lohnende Aufgabe den Frustrierten zu sagen, dass sie sich Verführern anschließen, die nur ihre eigenen Zwecke verfolgen und mit herzberührenden Worten wie „Heimat“, die es zu schützen gilt, Unzufriedene anlocken. Hoffentlich wird nicht noch dieses Wort verteufelt, weil es von den Rechten missbraucht wird. Ähnliches scheint mir mit den „Volksliedern“ passiert zu sein, die einst die Nazis für ihre Belange einsetzten. Die Jungen kennen die schönen alten Lieder nicht mehr, vermutlich weil sie in der Nazizeit gesungen wurden. Wir müssen unbedingt verhindern, dass

sich ähnliches wie vor 90 Jahren wiederholt, dass die Rechten erstarken, die AfD mitregiert. Mit den unzufriedenen Mitläufern muss geredet und diskutiert werden. Wir haben ja die traurigen Beispiele in einigen europäischen Ländern, wo Rechte an Macht gewonnen haben.

*Uta Binz*

[In der \*ZivilCourage\* 4|2022/1|2023 war der Beitrag „Eine Supermacht Europa verhindern“ von Urania Grudzinski erschienen, zu dem in der Ausgabe 2|2023 Leser\\*innenbriefe von Gernot Lennert \(S. 35 f.\), von Helmolt Rademacher \(S. 36 f.\) sowie einem Mitglied, das wegen seines jahrzehntelangen Engagements gegen alte und neue Nazis schon Morddrohungen erhalten hatte und deshalb nur dann mit der Veröffentlichung einverstanden war, wenn sein/ihr Name nicht genannt wird \(S. 37 f.\). Auf diese Zuschriften reagiert Urania Grudzinski.](#)

Die fehlerhaften Zeilen über die Krim nehmen höchstens fünf Prozent ein und sind unmaßgeblich für die Kernaussagen meiner Abhandlung. Diese sind: Die USA haben nach dutzenden illegalen Kriegen, offenen und verdeckten Militär-Aktionen hegemoniale, globale Präsenz. Auch in der Ukraine verfolgen sie mit unlauteren Mitteln seit langem das Interesse, das Land in ihren militärischen und wirtschaftlichen Einflussbereich zu bringen. Dies ist schlüssig erläutert durch zusammenfassendes Tatsachenmaterial und u.a. belegt mit unstrittigen Zitaten der US-Amerikaner Obama, Friedmann, McGovern. Dass die beiden Minsker Abkommen vor allem auch dazu dienen sollten, die Ukraine militärisch aufzurüsten, räumte Angela Merkel im „Zeit“-Interview vom 7. Dezember 2022 ein. Über den israelischen Ex-Premier Bennett wurde bekannt, dass die Istanbul-Gespräche im März 2022 zu einem weitgehenden Konsens gekommen waren und „es eine gute Chance auf Waffenstillstand gab, wenn sie ihn nicht verhindert hätten“ („sie“, nämlich die USA und Großbri-

tannien). Mein Fazit: Zu einem nachhaltigen Frieden muss unbedingt auf die lang postulierten Sicherheitsinteressen Russlands und auch die der Ostukraine eingegangen werden. Und das kann nicht durch legitime Maximalforderungen der Ukraine, sondern nur durch praktikable Kompromisse geschehen.

Anstatt auch darauf inhaltlich einzugehen, werden in den Zuschriften drei von 15 Quellen so ausufernd kritisiert, dass der gesamte Artikel, ich als Autorin, ja, sogar das Magazin in anrüchiges Fahrwasser geraten.

Als ich dreißigjährig am 22. Oktober 1983 auf der Schwäbischen Alb zur weltweit längsten Menschenkette gegen den Nato-Doppelbeschluss und für den Abzug aller US-Militärstützpunkte Friedenslieder sang, hätte ich es mir nicht träumen lassen, dass heute die Friedensbewegung zu einem wenig effektiven, eher ratlos und gespaltenen Bruchteil geschrumpft sein würde.

Wenn auch mit Russland als völkerrechtswidrigem Aggressor ist der Ukraine-Konflikt doch wohl ein Stellvertreterkrieg! Die Russische Föderation und China können wir nicht beeinflussen. Wie gehabt und umso mehr geht es meiner Ansicht nach darum, die militärische Liaison mit den USA zu beenden, die gesamte Beziehung auf eine andere Basis zu stellen und blockfrei zu werden. Ich halte es für die einzig erfolversprechende Strategie, dass alle zivilgesellschaftlichen Friedensorganisationen und -gruppen zusammengehen und dieses Ziel fokussieren, und zwar durch eine umfassende, gründlich geplante Kampagne, die auch die sozialen und Umweltverbände miteinbezieht.

Lasst uns als PazifistInnen und deutsche Steuerzahler wieder eine bunte Millionenbewegung anstreben und die Bundesregierung in die Pflicht nehmen für ein atomwaffenfreies, neutrales Deutschland ohne US-Militär und Waffenexporte! Rechts-, Links- oder religiöse Extreme sind, meine ich, jetzt nicht das Hauptproblem, sondern die rasante Zerstö- »

» rung der Lebensgrundlagen, die atomare Bedrohung und der vor der Tür stehende Dritte Weltkrieg. Er wird aus meiner Sicht von der Ampelkoalition in destruktiv-suizidaler Weise befördert. Können wir als Deutsch-Europäer zur friedensstiftenden Stimme für das Überleben der Menschheit werden? Folgen wir der Bergpredigt Jesu Christi frei nach dem Motto: Wir sind das Leben, die Liebe, das Lachen...

Den Beitrag hatte ich unmittelbar nach dem baden-württembergischen DFG-VK-Landestreffen im November 2022 und wegen des nahenden Redaktionsschlusses auf die Schnelle geschrieben. Mich hatte geschockt, dass dort die Ansicht, „Russland ist schuld am Ukraine-Krieg – Punkt/Basta“ vorzuherrschen schien und von den USA, der Nato und einem Konzept für Friedensdemonstrationen der breiten Bevölkerung keine Rede war.

Kurz nach der Abgabe wurde mir peinlich bewusst, dass die Passage über die Krim falsch ist: Eine sogenannte Notwehrsezession“ wird zwar, auch in UN-Gremien, diskutiert, aber bis jetzt ist die Sezession eines Landesteils völkerrechtlich ohne Zustimmung der Zentralregierung nicht erlaubt, sogar wenn die Einwohnerschaft massiven Repressionen und Gewalt ausgesetzt ist. Was allerdings, meine ich, einen gravierenden Mangel in der UN-Charta darstellt, denn somit gibt es faktisch kein Selbstbestimmungsrecht der Völker. Und die Abspaltung des Kosovo - ohne überhaupt ein Referendum - war ebenfalls nicht legal. Widerspruch zu Rademacher: Ein Autonomieprozess kann sehr wohl schnell erfolgen, wenn nämlich die Regierung wie im Falle der quasi binationalen Ukraine massiv auf militärische Lösungen setzt. Dies führte zur grauenhaften Situation, dass nicht nur Russland in den weitgehend russischsprachigen Ostgebieten Krieg führt (Lennert wies einseitig darauf hin), sondern die Ukraine dort nun noch mit Streubomben und Uranmunition - durch wertewestliche Unterstützung! - auch gegen ihre eigenen

BürgerInnen vorgeht und fruchtbare Landstriche verseucht.

Zu den drei beanstandeten Personen: Professor Dr. Schachtschneider war mir zufällig in positiver Erinnerung, da er 2016 als einer der Beschwerdeführer gegen das Handelsabkommen CETA fungierte. In der Eile ging ich davon aus, dass ein in Deutschland habilitierter und viele Jahre tätiger Professor für Öffentliches Recht und Staatskunde so viel Sachkompetenz und Qualifikation besitze, dass er ohne weitere Recherche zitierbar sei.

Was die ZivilCourage nicht mit auf führte: Das Zitat von Ina Kirsch über George Soros war der Wiener Zeitung vom 19. Februar 2015 entnommen, die in Bezug auf Rechtsextremismus, Holocaust- und Pandemie-Leugnen gewiss unverdächtig ist. -

Und Dr. Daniele Ganser ist tatsächlich studierter Historiker und Friedensforscher mit einem unabhängigen eigenen Institut in der Schweiz. Ihn als „unseriöse Gestalt“ zu bezeichnen, ist meiner Meinung nach eine Fehleinschätzung, da er in seinen vielen Büchern und Vorträgen

in der Regel zwischen Fakten, Thesen, Wahrscheinlichkeiten und Vermutungen exakt unterscheidet und massenhaft Belege liefert, darunter zahlreiche über seine vielfältigen persönlichen Kontakte verschiedenster politischer Richtungen in den USA und aller Welt.

*Urania Grudzinski*

Mitte August hat der DFG-VK-Bundesverband einen „Sondernewsletter: Stoppt das Töten in der Ukraine! – Aktionswoche im September“ (<https://stoppt-das-toeten.dfg-vk.de>) an alle Mitglieder, die sich für den Newsletter-Bezug angemeldet haben, verschickt (<https://dfg-vk.de/newsletter/>). Dazu hat sich das Mitglied Christian Wunner geäußert und darum gebeten, seine Stellungnahme als Leserbrief in der ZivilCourage zu veröffentlichen.

Dank Herrn Putin sah ich mich im März 2022 veranlasst, wieder in die DFG-VK einzutreten.

Pazifismus scheint ja mega-out zu sein. Das sind natürlich keine günstigen Voraussetzungen für die Arbeit einer pazifistischen Organisation. Klar sollte für uns PazifistInnen sein, dass Militarismus – auch von (vermeintlich) links immer verkehrt ist. Ob Anstalt, Böhmermann oder Priol: Trommeln für den Krieg. Ob Campino oder Nie-decken: Wehrdienst statt Punk bzw. „Plant uns wieder bei Euch ein.“ Ob Neubauer oder Rackete: Statt Klimaschutz „Slava Ukraini“ bzw. statt „No Border No Nation“ „Ohne Waffenlieferungen gäbe es die Ukraine nicht mehr“.

Euren DFG-VK- Sondernewsletter vom 14. August habe ich erhalten. Dieser hatte nun zur Folge, dass ich dem letzten Lastschritteinzug wegen meines Mitgliedsbeitrages widersprochen habe. Den Betrag habe ich an das Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk des DFG-VK-Landesverbands Bayern überwiesen. Bei meinem Landesverband war und bin ich mir sicher, dass dieser sich hinsichtlich des Ukrainekrieges an die pazifistischen Grundsätze der DFG-VK hält. Wir werden keine Aufrufe zu diesem Krieg unterstützen, die den Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine und gleichzeitig Waffenlieferungen vom wem und an welche Seite auch immer nicht verurteilen. Bei der Bundesebene meiner Organisation scheinen pazifistische Grundsätze mittlerweile weniger wichtig zu sein als eine Bündnisfähigkeit mit VertreterInnen des linken Militarismus.

Bei meinem erstmaligen Eintritt in die DFG-VK Anfang der 80er Jahre war das – wenn auch unter umgekehrten Vorzeichen – teilweise auch schon mal der Fall: Hier wurde an der Kriegspolitik der Warschauer Vertragsstaaten wenig bis gar keine Kritik geübt. Vorgeblich natürlich auch nur wegen der Bündnisfähigkeit. Oder vielleicht: Weil es den GenossInnen der DKP und des sonstigen hiesigen Freundeskreises der SED und der KPdSU nicht passte? Für diese war der Leopard 1 schlecht, aber der T 72 war notwendig. Die Pershing 2 war schlecht, aber

die SS 20 war notwendig. Die von den USA unterstützten Contras in Nicaragua waren schlecht, der Einmarsch der sowjetischen Armee in Afghanistan war notwendig. Nato-Kriege waren schlecht, die von der UdSSR geführten Kriege waren notwendig.

Manche auf der Bundesebene aktiven Mitglieder scheinen sich wohl nicht mehr an diese Fehler erinnern zu können (oder wollen!?) oder haben sie altersbedingt nicht selbst miterlebt.

Denn jetzt scheint die Bündnisfähigkeit wieder mal wichtiger zu sein: Aus Rücksicht auf Organisationen, die zwischen guten und schlechten Waffen unterscheiden, für die es schlechte und notwendige Kriege gibt, beteiligt sich der Bundesverband der DFG-VK an Aufrufen wie den im Newsletter präsentierten.

Wer wie im Aufruf das „völkerrechtlich verbriefte Recht auf Selbstverteidigung“ anerkennt und sich solidarisch mit den Menschen in der Ukraine erklärt, kann doch wohl – wenn auch subtiler als Priol oder Niedecken es formulieren – nichts anderes meinen, als dass er einen Verteidigungskrieg für nicht schlecht, sondern für notwendig und damit für gerechtfertigt hält. Der Hinweis auf Artikel 51 der UN Charta ohne die Einschränkung auf Widerstandsformen unter Ausschluss

von verletzender oder tötender Gewalt ist nichts anderes als eine Kriegslegitimation. Ein Verteidigungskrieg mag laut der UN Charta legal sein. Den pazifistischen Grundsätzen unseres Verbandes entspricht kein Krieg. Offensichtlich muss auch unter uns gelegentlich daran erinnert werden, dass durch militärische Verteidigung vorwiegend unschuldige Menschen getötet werden. Militärische Gewalt ist keine polizeiliche Gewalt. PolizistInnen müssen bei der Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols immer die Verletzung oder gar Tötung von Unschuldigen ausschließen. SoldatInnen müssen, oder besser dürfen das eben nicht: Wer Kiew oder Donezk mit Raketen beschießt, wer Minen legt oder (Streu-)bomben einsetzt, hat anderes im Sinn.

Polizisten sind notwendig. Soldaten sind Mörder. Und da nützt dann auch der erste Satz des Aufrufs nichts!

Am Schluss des Aufrufs steht lang und breit, für wen alles auf den Aktionen kein Platz ist. Willkommen sind dagegen wohl Menschen, für die der T 90 schlecht, aber der Leopard 2 notwendig ist!?

So wird das nix mit der DFG-VK! Mit pazifistischen Grüßen ohne Grenzen

Christian Wunner

# FELDPOST



## TAGESBEFEHL!

### Soldatinnen und Soldaten!

Die Zusage unseres Verteidigungsministers, bis 2026 eine komplette Brigade in Litauen aufzubauen, steht seit dem letzten Jahr fest – und kaum jemand von uns meldet sich für diese herausragende Aufgabe. Was ist denn da los? Das darf doch nicht wahr sein! Wenn das der Putin mitbekommt, lacht er sich krumm. Und ganz nebenbei: Unsere Freunde von der Firma Love & Peace bilden sich jetzt schon ein, dass ihre lächerlichen Aktionen gegen unsere Werbekampagnen Wirkung zeigen. Es ist unsere soldatische Ehrenpflicht, dem Vaterlande treu zu dienen, ob am Hindukusch, in der Wüste oder an der Ostflanke der freien Welt. Ja, Auslandseinsatz ist kein Urlaub, aber jede und jeder von uns muss sagen können: Für zwei oder drei Jahre ist das **mein Einsatz!** Wegtreten zum Nachdenken!

Alex von Lingua, Feldpostmeister

# Beitrittserklärung

**Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.**

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

### Beitragsstufen

Mein monatlicher Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Mindestbeitrag 2 Euro
- Ermäßigter Beitrag 6 Euro  
(Mindestbeitrag/Ermäßigter Beitrag sind nur bei halbjährlichem oder jährlichem Bankeinzug möglich.)
- Normalbeitrag 12 Euro
- Erhöhter Beitrag 20 Euro
- Förderbeitrag 30 Euro
- Ich zahle freiwillig einen höheren Beitrag von monatlich  Euro

Darüber hinaus spende ich einmalig  Euro

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich
- Ich möchte die ZivilCourage per E-Mail als PDF erhalten.
- Ich möchte die ZivilCourage als gedrucktes Heft erhalten.

### Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

Datum

Unterschrift

**Das DFG-VK-Spendenkonto**  
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00  
BIC: BFSWDE33XXX





„VERHÄNGNISVOLL ...“

Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband  
Hornbergstraße 100  
70188 Stuttgart



Die Grundsatzklärung der DFG-VK:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.